Lügengebäude zerbricht

Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zugunsten der enteigneten Neubauern löste geheuchelten Beifall in den Medien aus. **Seite 2**

Abschied von Illusionen

Der gescheiterte EU-Verfassungsvertrag könnte durchaus ein Gewinn für eine bessere Zusammenarbeit sein. Doch nur, wenn man daraus lernt und umdenkt. **Seite 3**



Große Meisterschaft

Zu den künstlerischen Mehrfachbegabungen der deutschen Kulturgeschichte gehört der Schauspieler, Schriftsteller und Maler Armin Mueller-Stahl. Mehr auf **Seite 9**

Vor 60 Jahren

Am 15. Februar 1944 zerstörten die Alliierten das Benediktinerkloster Monte Cassino. Wie Kirchenmännern und Laien hierauf reagierten, lesen Sie auf **Seite 21**

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Jahrgang 55 – Folge 7
14. Februar 2004

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C 5524
PVST. Gebühr bezahlt

Kurswechsel nach links

Schröder schwächelt, doch wo ist die Alternative?

Wenn man regiert, ist das Regieren die Hauptsache." Mit diesem bemerkenswert simplen Satz begründete Franz Müntefering den Wechsel an der SPD-Spitze. Der Regierungschef soll also jetzt regieren und sonst gar nichts – nach allem, was man bislang mit Schröders „Chefsachen" erlebt hat, wird mancher das als Drohung empfinden. Und mancher wird auch fragen: Was hat Schröder eigentlich in all den Jahren seit dem Wahlsieg von 1998 getan? Wieso hat er so lange gebraucht, um endlich dahinterzukommen, daß „das Regieren die Hauptsache" ist?

Schröders Rückzug vom Amt des Parteichefs ist natürlich nicht eine Stärkung, sondern eine Schwächung, läutet die Kanzlerdämmerung auf Raten ein. Aber ist das auch schon der „Anfang vom Ende" der rot-grünen Macht, wie es nun aus Oppositionskreisen tönt?

Dieser Koalition ist – man mag es bedauern – im Herbst 2002 für vier Jahre der Regierungsauftrag erteilt worden. Sie hat diesen Auftrag angenommen, nun hat sie ihre Pflicht und Schuldigkeit zu tun – Fahnenflucht gilt nicht. Und auch jene, die Schröder und Fischer nach vier Jahren ziemlich schlechter Politik wieder ihre Stimme gaben, müssen lernen, daß man nicht nach eineinhalb Jahren sagen kann: „War nicht so gemeint; jetzt mögen wir euch nicht mehr". Das sollte man sich vor der Wahl etwas genauer überlegen, von wem man die nächsten vier Jahre regiert werden will.

Zudem: Was sollte ein Regierungswechsel zum jetzigen Zeitpunkt für Deutschland denn bringen? Die Opposition, insbesondere die Union, hat derzeit keine wirklich überzeugenden Alternativen zu bieten, weder personell noch inhaltlich. Daß die Erben Ludwig Erhards sich nicht einmal auf ein einheitliches Konzept einer Steuerreform verständigen



Abgewatscht: *Noch-Parteichef Schröder im Kreise seiner „Parteifreunde", unter deren Druck er das Amt des Vorsitzenden niederlegte.* Foto: M. Kneffel

können, ist schon blamabel genug. Und wenn eine große Volkspartei sich so schwertut, einen überzeugenden Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten zu finden, dann wirkt der Gedanke, nun müsse plötzlich ein Kanzlerkandidat hervorgezaubert, zumindest also zwischen Merkel und Stoiber entschieden werden, geradezu beunruhigend. Hinzu kommt die höchst überflüssige Desavouierung des konservativen Lagers durch die CDU-Spitze (siehe Hohmann); Zeichen der Stärke waren da nicht zu erkennen.

Deutschland wird also weiter mit dieser Regierung und dieser Koalition leben müssen. Aus Sicht des Kanzlers bedeutet das: Die Reformpolitik, so wie er sie in seiner Agenda 2010 umschrieben hat, wird weitergeführt. Das wäre nicht unbedingt das Schlechteste für das Land, wenn man nur wüßte, in welche Richtung die Reise gehen soll.

Der noch amtierende und der designierte neue Parteichef sagen, sie wollten eigentlich weitermachen wie gehabt. Sie glauben, daß alles richtig läuft, nur leider das Volk, insbesondere das eigene Parteivolk, noch nicht alles richtig verstanden hat, daher jetzt die Doppelspitze als Nachhilfelehrer. Die Signale aus der Partei und den ihr nahestehenden Gewerkschaften deuten aber in eine andere Richtung. Korrektur der Reformen, mehr soziale Gerechtigkeit, Erbschaftssteuer, Ausbildungsplatzabgabe – da wird tief in die Mottenkiste sozialistischer Neidkomplexe gegriffen.

Die erste Personalentscheidung des Duos Schröder/Müntefering spricht ebenfalls für einen Linksruck: Der neue Generalsekretär Klaus Uwe Benneter ist ein alter Kampfgenosse aus Juso-Tagen, einst wegen seiner Nähe zu kommunistischen Ideen und Bündnispartnern auf Betreiben des ebenfalls weit links orientierten Egon Bahr für mehrere Jahre aus der SPD ausgeschlossen. Die Freundschaft der beiden ehemaligen Juso-Vorsitzenden Schröder und Benneter hielt bis heute, was wohl auch einiges über den ideologischen Standort des Kanzlers aussagt. Seine Rolle als „Sozi im Nadelstreifen" und „Genosse der Bosse" wird dadurch nicht glaubwürdiger. **H.J.M.**

Hans-Jürgen MAHLITZ:

Kant und die Folgen

Kant und die Folgen – unter diesem Arbeitstitel lief bei 3SAT eine Woche lang eine Serie über große Philosophen des 19. und 20. Jahrhunderts. Serientitel und zeitlicher Anlaß (der 200. Todestag Kants am 12. Februar) waren zugleich Programm: Es war der Denker aus Königsberg, der den Anstoß gegeben hatte zur Blütezeit der deutschen und europäischen Philosophie.

Ein entscheidender Aspekt aber unterscheidet Immanuel Kant von allen Philosophen, die ihm folgten (dies ist nicht nur zeitlich gemeint): Soviel seine gesammelten Werke dem Leser auch abverlangen, es geht doch nie der Bezug zum Lebensalltag, zum gesellschaftlichen und politischen Umfeld des Menschen verloren. „Reine Vernunft" und „praktische Vernunft", so die Titel seiner Hauptschriften, gehören zusammen, bedingen einander.

Ganz anders bei den Philosophen des 20. Jahrhunderts. Da scheint nur noch die „reine Vernunft" zu herrschen. Selbst wenn es mit viel Mühsal gelungen ist, sich durch viele hundert Seiten hindurchzuarbeiten, selbst wenn man dann das stolze Gefühl hat, den großen Denker einigermaßen verstanden zu haben – am Ende fragt man sich doch entnervt: Was habe ich nun davon? Was kann ich für mich persönlich, für meine Lebensplanung, für mein Verhalten anderen gegenüber daraus lernen?

Die Antwort fällt in den meisten Fällen negativ aus: nichts. Zeitgenössische Philosophie hat mit dem „wirklichen Leben" in aller Regel nichts zu tun. Bei den seltenen Ausnahmen ist das Resultat ebenfalls negativ. Nehmen wir als Beispiel die sogenannte Frankfurter Schule: Soweit diese unselige Melange aus Philosophie, Soziologie und Ideologie in der Realität Wirkung entfaltete, kann diese nur mit einem Adjektiv beschrieben werden – zersetzend. Unter dem Deckmantel geisteswissenschaftlicher Freiheit ging es letztlich nur um die systematische Zerstörung der traditionellen bürgerlichen Gesellschaft. „Macht kaputt, was euch kaputtmacht!" – Der Kampfspruch der 68er war schon deshalb verlogen, weil niemand diesen saturierten Bürgerkindern mit ihrem spätpubertären Revoluzzergehabe irgend etwas „kaputtgemacht" hatte.

Im krassen Gegensatz dazu der Denkansatz bei Immanuel Kant. Ihm ging es darum, die Grundelemente des menschlichen Zusammenlebens – in der Familie, in der näheren Nachbarschaft, in Volk und Staat – philosophisch zu untermauern im Sinne der Aufklärung, und das hieß für ihn im Sinne der „reinen" wie der „praktischen" Vernunft. Seine Größe läßt sich daran ermessen, daß seine Grundthesen, sein kategorischer Imperativ, sein Verständnis von Ethik und Verantwortung gerade in heutiger Zeit gefragt sind. Was er bis zu seinem Tode vor genau 200 Jahren formuliert hat, ist nichts anderes als die legendären preußischen Tugenden. Und zwar die echten, nicht die verfälschten, verbogenen, einseitig überzogenen oder mißbrauchten, die Preußen oft in Verruf gebracht haben. Preußentum, so wie der große preußische Denker aus Königsberg i. Pr. es verstanden und gelebt hat, davon könnte unser Land heute eine gute Portion brauchen.

Aber was mußten wir statt dessen kürzlich erleben? Im Fernsehen wurden die größten Deutschen aller Zeiten gesucht, und da landete auf Platz 3 tatsächlich ein Philosoph. Alle Achtung, trotz Pisa sind wir ja doch noch das Volk der Denker! Nur: Leider ist der laut Fernsehpublikum größte Philosoph und drittgrößte Deutsche eben nicht derjenige, der es verdient hätte, sondern ein gewisser Karl Marx. Und den mag eine noch so große Mehrheit der TV-Abstimmungsteilnehmer für einen bedeutenden Philosophen halten, für mich ist er der geistige Wegbereiter blutrünstiger Massenmörder. Zu den größten Deutschen aber gehört nicht Marx, sondern Immanuel Kant.

Dicke Luft

Streit um Emissionshandel

Zwischen Bundesminister Trittin und seinem Kollegen Clement herrscht zur Zeit dicke Luft, dabei ist es genau diese, die Trittin mit seinen Vorschlägen zum Emissionshandel, der 2005 EU-weit startet, bekämpfen will. Da die Wirtschaft allerdings meint, mit den ihr laut Trittin zustehenden CO_2-Rechten nicht auszukommen, müßte sie dazukaufen, was eine Erhöhung der Produktionskosten mit sich brächte. So spricht Thyssen-Krupp von der Verteuerung einer Tonne Stahl um 30 bis 50 Euro, was die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt zunichte mache. Daß für Trittin aber Ökologie grundsätzlich vor Ökonomie geht, lesen Sie auch auf **Seite 8.**

Warum nicht gleich auflösen?

FDP stellt Antrag für eine wirklich neue Bundesagentur für Arbeit

Florian Gerster war seines Vorstandspostens bei der Bundesagentur für Arbeit noch nicht ganz enthoben, da forderte die FDP schon die Auflösung der Nürnberger Mammutbehörde. Daß es die FDP hiermit wirklich ernst meint, belegt der beim Bundestag eingereichte Antrag 15/2421, in dem die Liberalen ihre Veränderungsvorschläge präzisieren.

Da kein wirtschaftlich rechnender Versicherer jemals ein so unkalkulierbares Risiko wie Arbeitslosigkeit fair versichern könnte, soll die neue Bundesagentur für Arbeit diese Aufgabe auch weiterhin übernehmen, aber eben auch nur die. Von allen sachfremden Aufgaben wie der Auszahlung des Kindergeldes oder der Ausbildungsberatung soll die schlankere Behörde befreit werden. Überhaupt sollten jegliche versicherungsfremden Leistungen nicht mehr von der Arbeitslosenversicherung, sondern aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Durch diese Maßnahmen hofft die Partei, den derzeitigen Arbeitslosenversicherungsbeitrag von 6,5 Prozent senken zu können. Neben dieser Verringerung der Lohnnebenkosten plant die FDP, das Risiko der Arbeitslosigkeit für einen Zeitraum von zwölf Monaten zwar als Pflichtversicherung anzulegen, jedoch sollen verschiedene Tarife angeboten werden, zwischen denen der Versicherte selbst wählen könne.

Die Liberalen schlagen darüber hinaus vor, für internationale Aufgaben und das Bereitstellen von Internetangeboten für die überregionale Arbeitsvermittlung eine Bundesarbeitsmarktagentur zur besseren Koordination zu gründen. Andere Teilbereiche der Bundesagentur für Arbeit sollen sogar privatisiert werden, und den Kommunen soll die Aufgabe der individuellen längerfristigen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik übertragen werden.

Ob die FDP mit ihrem interessanten und durchaus zu bedenkenden Antrag etwas bewirkt, liegt nun mit in den Händen der anderen Parteien im Bundestag. **R. Bellano**

Die Schuldenuhr:

Die Zinslast wächst mit

Schulden kosten Geld: Zinsen. Allein der Bund hat bereits vergangenes Jahr rund 42 Milliarden für den Schuldendienst ausgeben müssen – das waren 17 Prozent des Gesamthaushalts. Hinzu kommen die Schuldendienstaufwendungen von Ländern und Gemeinden, die zusammengenommen annähernd ähnliche Größenordnungen erreichen. Dabei ist zu bedenken, daß die Zinsen derzeit international auf niedrigstem Niveau liegen, weshalb der Bund etwa seine Bundesschatzbriefe zu relativ geringen Zinssätzen auf den Markt bringen kann. Steigen die Zinsen wieder, müssen auch die Schatzbriefe höher verzinst werden – sonst nimmt sie niemand mehr. Die Belastung des Bundeshaushalts wächst entsprechend. Es mehren sich bereits Signale für eine mögliche Anhebung des Leitzinssatzes im kommenden Sommer. Am Leitzins, den die Notenbanken festlegen (derzeit im Euro-Raum nur zwei Prozent), orientiert sich der freie Markt, an dem die Bundesschatzbriefe mit anderen Anlagemöglichkeiten konkurrieren müssen.

Staatsverschuldung in Deutschland:

1.337.416.811.270 €

(in Worten: eine Billion dreihundertsiebenunddreißig Milliarden vierhundertsechzehn Millionen achthundertelftausend und zweihundertsiebzig Euro)

Vorwoche: 1.336.099.478.976 €
Verschuldung pro Kopf: 16.204 €
Vorwoche: 16.188 €

(Stand: Montag, 9. Feb. 2004, 12.00 Uhr. Quelle: www.steuerzahler.de)

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1450**

Das Lügengebäude bricht zusammen

Enteignungsopfer hoffen auf Gerechtigkeit / Von Wilhelm v. GOTTBERG

Michael Naumann, der heutige Mitherausgeber der Wochenzeitung *Die Zeit*, hat in einem bemerkenswerten Artikel am 29. Januar 2004 in seiner Zeitung zum Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte bezüglich der Klagen der ehemaligen DDR-Neubauern wegen Verletzung ihrer Eigentumsrechte Stellung bezogen. Unter der Überschrift „Am Anfang der Einheit stand eine Lüge" stellt Naumann nüchtern fest, daß die damalige CDU-FDP-Bundesregierung unter Kanzler Kohl Verfassungsbruch begangen habe, weil sie das im Artikel 14 GG garantierte Recht auf Eigentum mißachtet habe.

Dem Vorwurf Naumanns liegt die von sowjetischen Besatzern und deutschen Kommunisten durchgeführte Enteignung von Bauern, Gutsbesitzern, Mittelständlern und Fabrikbesitzern zwischen 1945 und 1949 in der damaligen SBZ zugrunde. Es war nicht nur eine entschädigungslose Enteignung, sondern sie ging häufig mit schwerer Drangsal, Verschleppung, Inhaftierung und – in weniger zahlreichen Fällen – auch mit der Ermordung der Betroffenen einher.

Die Bundesregierung hatte 1990 behauptet, die Sowjets hätten ihre Zustimmung zur Wiedervereinigung von der Bedingung abhängig gemacht, daß die auf besatzungsrechtlicher Grundlage durchgeführten Enteignungsmaßnahmen zwischen 1945 und 1949 nicht rückgängig gemacht werden dürften. Es ist schon lange nicht mehr strittig, daß dies eine Lüge war.

In vielen Zeitungsartikeln und Anzeigen haben damals die Betroffenen auf das Unrecht der sogenannten Bodenreform aufmerksam gemacht. In zwei Prozessen vor dem Bundesverfassungsgericht haben sie versucht, ihr Recht mit Hilfe des Verfassungsrechtes durchzusetzen. Sie blieben – abgesehen von einem zu vernachlässigenden Trostpflästerchen – erfolglos, weil das oberste Gericht unter seinem Präsidenten Roman Herzog das Recht der Enteignungsopfer zugunsten der Politik der Bundesregierung mißachtete.

> Auch die Opposition hatte geschwiegen

Die gesamte politische Klasse, auch die damalige rot-grüne Opposition, hatte zu dem skandalösen Vorgang geschwiegen. Weder die politischen Magazine des öffentlich-rechtlichen Fernsehens noch *Spiegel*, *Focus*, *Stern* oder die Wochenzeitung *Die Zeit* hatten den Verfassungsbruch nachhaltig angeprangert. Die Verfassungsorgane blieben passiv.

Die Geschädigten prozessierten sich bis vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg. Im Januar entschied dieser in einem parallel laufenden Verfahren, daß die entschädigungslose Enteignung der ehemaligen „DDR-Neubauern" Unrecht ist. Die entschädigungslose Konfiszierung gelang auf Grund eines Bundesgesetzes von 1992.

Nun ist in Straßburg noch die Klage der Enteignungsopfer von 1945 bis 1949 anhängig. Auf Grund des Januar-Urteils ist zu vermuten, daß auch diesem Personenkreis Gerechtigkeit widerfahren wird.

Es bleibt die Frage, warum erst jetzt die Wochenzeitung *Die Zeit* die Vorgänge um die verbrecherische Enteignung in der SBZ – bis heute verharmlosend Bodenreform genannt – und die politische Aufarbeitung dieses Vorgangs nach der Wende durch die Kohl-Regierung in der gebotenen Klarheit beschreibt und bewertet. Autor Michael Naumann war von 1998 bis 2000 als Kulturstaatsminister Kabinettsmitglied der rot-grünen Bundesregierung, ehe er zur Hamburger *Die Zeit* abwanderte. Ihm waren die Details des Vorgangs seit langem bekannt. Seine Zeitung hätte viel eher die Möglichkeit gehabt, der Wahrheit zum Durchbruch zu verhelfen.

Die Motive der Verantwortlichen der Wochenzeitung *Die Zeit*, jetzt für die Enteignungsopfer Partei zu ergreifen, liegen auf der Hand. Die Begründung für die Unumkehrbarkeit der Enteignungsmaßnahmen in der SBZ ist nicht mehr haltbar. Das dazu errichtete Lügengebäude stürzt ein. Nunmehr will auch *Die Zeit* eine für dieses Thema bisher nicht wahrgenommene Aufgabe der Printmedien erfüllen, nämlich Skandale in Politik und Wirtschaft offenlegen, anprangern und auf Beseitigung drängen.

> Warum kommt erst jetzt die Wahrheit zum Durchbruch?

Naumanns Artikel in der linksliberalen *Die Zeit* ist auch ein Ablenkungsmanöver für die schwer unter Druck stehende Bundesregierung. Die Zustimmungswerte für die SPD sind tief im Keller. Seit dem Regierungsantritt Schröders 1998 haben 120.000 Mitglieder die Partei verlassen.

In dieser Situation ist es für Rot-Grün höchst willkommen, wenn eine ihr nahestehende bedeutsame Wochenzeitung den laxen Umgang der Vorgängerregierung mit dem Verfassungsrecht in gebotener Schärfe anprangert. ■

»Nicht so pingelig«

Die bei der Wende 1990 regierende christlich-liberale Bundesregierung unter Kohl/Genscher war schlecht beraten, als sie das wahrheitswidrige Argument in Umlauf brachte, die Sowjets hätten ihre Zustimmung zur deutschen Einheit von der Zusicherung des Bestandschutzes der Enteignungsmaßnahmen in der SBZ abhängig gemacht. Welches Interesse auch konnte die sowjetische Seite am Fortbestehen der Enteignungen haben? Ihr nachvollziehbares Interesse war, daß das wiedervereinigte Deutschland nicht Mitglied der Nato würde. Das war nicht durchzusetzen.

Dagegen war es das fundamentale Interesse der Bundesregierung, das Unrecht der Enteignung fortbestehen zu lassen, weil man mit fremdem Eigentum – nunmehr in Staatsbesitz – einen beträchtlichen Teil der Wiedervereinigungskosten bestreiten wollte. Diese waren besonders exorbitant, weil die Vereinigung hinsichtlich der ökonomischen Dimension miserabel gemanagt wurde. Es sei daran erinnert, daß der äußerst kompetente damalige Bundesbankpräsident Pöhl aus Protest gegen die aberwitzige Währungspolitik – Umtauschkurs DM/Ostmark eins zu eins – seinen Hut nahm.

Mit dem Bestandschutz für die innerdeutschen Enteignungsmaßnahmen hat die Regierung Kohl/Genscher auch den Vertreiberstaaten signalisiert, daß diese hinsichtlich etwaiger Entschädigungsforderungen der Vertriebenen unbesorgt bleiben können. Man selbst gab ein Beispiel, wie damit umzugehen ist. Um auf Nummer sicher zu gehen, verlängerte man den Überleitungsvertrag, der Klagen vor deutschen Gerichten hinsichtlich Entschädigungsforderungen gegenüber den Vertreiberstaaten ausschließt.

Einer der Aktivisten beim damaligen Enteignungsskandal: der heutige CDU-Fraktionsvize Wolfgang Schäuble, damals Bundesinnenminister und Verhandlungspartner beim innerdeutschen Einigungsvertrag. Heute wird er als möglicher Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten gehandelt. Wenn Schäuble auch ein hartes Schicksal erlitt, so ist er gleichwohl auf Grund seines Mitwirkens bei der Demontage des Rechtsstaates für das Amt des Bundespräsidenten nicht geeignet. Die CDU wäre gut beraten, ihn aus der Kandidatenriege auszuschließen.

Über Kohl wird die Geschichte einst ein gerechtes Urteil fällen. Ein großer Teil unserer heutigen Misere ist in der 16jährigen Kohl-Ära entstanden. Kohl, nach eigener Einschätzung der Enkel Adenauers, hat eine humorige Empfehlung des Alten zu wörtlich genommen. „Nun seien Sie man nicht so pingelig, meine Herren."

Wilhelm v. Gottberg

Gastkommentar:

Was von Preußen bleibt

Von Frank SCHIRRMACHER

Von Preußen, dem meistgefürchteten der deutschen Länder, blieb zuletzt nur noch ein Adjektiv. Die „Stiftung Preußischer Kulturbesitz" verwahrt das Erbe des untergegangenen Staates in 17 Berliner Museen, einem Geheimen Staatsarchiv und im eigenen Namen. Jetzt soll auch das Eigenschaftswort verschwinden. Damit wäre der Name Preußen endgültig aus allem staatlichen und institutionellen Tun gestrichen und fast 60 Jahre nach Kriegsende ratifiziert, was die Alliierten im Februar 1947 angeordnet hatten: das Verbot des Landes Preußen als Hort des Unfriedens und des Militarismus.

Preußentum und Preußenangst sind Synonyme seit Jahrhunderten. Die „Warnung vor Preußen", um einen seinerzeit erfolgreichen Buchtitel zu zitieren, gehört zur Standardbelehrung des Nachkriegsdeutschen. Das Ungewöhnliche am gegenwärtigen Vorstoß aber ist, daß er aus dem innersten Kern selber kommt, aus der Stiftung, die es nur gibt, weil es Preußen gab, und die so etwas wie den idealen Geist des untergegangenen Staates bewahrte. Versteht man ihren Präsidenten Lehmann recht, so wirkt das Adjektiv traumatisierend. Die Stiftung, die unter anderem die Berliner Museumsinsel verwaltet, ist föderal strukturiert und auf das Geld der Bundesländer angewiesen. Aber immer weniger Länder sind bereit, für etwas zu bezahlen, das sich preußisch nennt – allen voran und offenbar ohne jeden folkloristischen Witz der Freistaat Bayern und Nordrhein-Westfalen.

Listig schlägt Lehmann den Namen „Stiftung Nationaler Kunstbesitz" vor. Ein solcher Titel würde die Solidarität verordnen, die Deutschland freiwillig für sein eigenes Erbe offenbar nicht mehr imstande ist aufzubringen. Gleichzeitig wäre Preußen getilgt und so etwas wie ein nationaler Kulturschatz postuliert – Einheit auf Kosten von Einzigartigkeit, ein wahrhaft Bismarckscher Gedanke, wenn auch von beträchtlich kleinerem Format.

Doch wer einmal von solchen Strategiespielen absieht, kann diesen letzten aller letzten Untergänge Preußens nicht anders als mit einem Gefühl der Scham notieren. Über das Für und Wider dieses Staates ist seit der großen Preußenausstellung von 1981 immer wieder verhandelt worden. Man hat falsche oder zumindest voreilige Ahnenreihen konzipiert, die von Friedrich zu Hitler verliefen; man hat das Obrigkeitstum, die Menschenplackerei, den Kadavergehorsam seiner Eliten ausgestellt und hat all das wieder relativiert und verworfen und neu geordnet, so daß am Ende ein vieldeutiges, ein gerechteres Bild von Preußentum und Preußenstaat entstand – es handelt sich hier um einen Prozeß steter Revision, wie er der Geschichtsschreibung in allen wichtigen Fragen vertraut und notwendig ist.

Im Kern all dieser Auseinandersetzungen aber blieb die Überzeugung intakt, daß Preußen – ebenso wie Habsburg – dem Land eine geistige und künstlerische Lektion erteilt hat, die in der neueren Geschichte ihresgleichen sucht und die den als militaristisch und engherzig verschrieenen Staat von Anbeginn zu einem Gehäuse von Philosophie und Kunst machte. Preußen war nicht nur Schinkel und Fontane, es war Kant und Kleist, Moses Mendelssohn, Max Liebermann und Kurt Tucholsky, und es war so unendlich viel mehr, das in keinem Museum der Welt je aufzustellen sein wird, weil es ein Klima, ein geistiges Aroma, ein Gefühl ist, aus dem heraus eine große kulturelle Inspiration möglich wurde. Und Preußen meldete sich auch zurück – der sechzigste Jahrestag steht dieses Jahr bevor –, als im Juli 1944 einige Verschwörer versuchten, Adolf Hitler zu töten.

Dies alles umschreibt der Titel einer „Stiftung Preußischer Kulturbesitz". Er gibt dem Erbe historisches Recht und Raum. Preußen war selbst eine Kunstfigur, ein synthetischer Staat, der viele seiner fehlenden landsmannschaftlichen Bindungskräfte durch Bindungen des Geistes ersetzte, die – das war die Entdeckung des Preußen Immanuel Kant – allen Menschen gemeinsam sind. Gerade weil Preußen nicht nur territorial, sondern exterritorial, als Gebiet auf den Landkarten der Kultur und der Überlieferung, zu lokalisieren ist, braucht es diesen letzten Lebensfunken; als Adjektiv in einem Museums- und Stiftungsnamen.

Von Napoleon stammt der berühmte Satz, Preußen sei bloß eine Episode. Das hat sich staatsrechtlich als wahre, wenn auch verfrühte Prognose erwiesen. Aber von dem, was in Preußen gedacht, gemalt, geschrieben wurde und was offenbar nur dort entstehen konnte, ist fast nichts bloße Episode geblieben.

Worum es jetzt geht, ist nicht die Frage, ob man Preußen mag oder nicht, und erst recht nicht die Frage, ob es wieder sein wird. Preußens Beitrag an die Welt galt gerade den größten unter den Preußen – etwa Theodor Fontane – als heikel und zwielichtig. Sein Staat, so heißt es in einer berühmten Passage, habe der Welt nichts anderes gebracht als die langen Kerls, den eisernen Ladestock, den Zopf „und jene wundervolle Moral, die den Satz erfunden hat: ‚Ich hab ihn an die Krippe gebunden, warum hat er nicht gefressen?'" Fontane ist preußischer Kulturbesitz, und der eiserne Ladestock ist es auch, am Ende, auf unklare und jedenfalls zutiefst beunruhigende Weise, ist es auch der „Tag von Potsdam".

Es geht, was der Stiftungspräsident Lehmann wissen müßte, nicht um die Frage, was wir uns aussuchen und unter neuem Namen ausstellen können. Es geht einzig um die Frage, wie wir mit unserem Erbe umgehen, um die Frage also, ob wir Geschichte umlügen, weil die Haushaltskassen, die oft selber ganz und gar geschichtslosen Bundesländer und unsere Bequemlichkeit es uns so eingeben. Preußen hat das nicht verdient, unsere Nachkommen aber auch nicht. Sonst beginnt eines Tages deutsche Geschichte mit dem „Wunder von Bern".

(Der Autor ist Herausgeber der *FAZ*. Aus: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 3. Februar 2004)

EU 2004 – Zeit für den Abschied von einer Illusion?

Das Jahr 2003 endete in der Europapolitik mit dem Paukenschlag des Scheiterns, nämlich der Vertagung des Europäischen Verfassungsvertrags. Aber nur in Paris und Berlin herrscht Jammern und Klagen. Die anderen sehen das gelassener: England, Spanien, Italien, Dänemark, Schweden sowie die baltischen Staaten, Polen und Tschechien. Hier steht man der deutsch-französischen Initiative nicht ohne Mißtrauen gegenüber. Soll sie die Vorherrschaft der Großen auf Kosten der Kleinen sichern, die Gemeinschaft sogar auf einen anti-amerikanischen Kurs bringen? Sollen überhaupt die bisherigen Prinzipien der europäischen Einigung grundsätzlich geändert werden, von einem Europa der Vaterländer, Nationen und Völker zu einem strikten Bundesstaat mit zentralistischen Institutionen und Verfahren, und das unter deutsch-französischem Kommando?

Von Klaus Hornung



Bedrängt: *Die Vorstellungen von Europa sind vielfältig. Joschka Fischer (r.) und Jacques Chirac (l.) versuchen Schröder auf ihren Kurs zu bringen, doch vor allem die neuen Beinahe-Mitglieder zerren in eine andere Richtung.* Foto: Reuters

Zur Jahreswende hat nun die CSU als erste Partei deutlichen Widerspruch gegen diese EU-Entwicklung erhoben und darauf hingewiesen, daß der Verfassungsvertrag rund 30 Sachbereiche der Bundesrepublik entzogen und der Brüsseler Kommission zugewiesen hätte, darunter die Einwanderungspolitik, was vitalen deutschen Interessen widersprechen hatte müssen. Selbst in der Kommunalordnung sollte Brüssel Kompetenz erhalten und zum Beispiel über die Zahl der Kindergartenplätze in der Union einheitlich entscheiden. Schließlich wäre es im Verfassungskonvent in letzter Minute sogar noch gelungen, die einst in Maastricht beschlossene Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) erheblich einzuschränken.

In der Tat: Der Entwurf des Europäischen Verfassungskonvents öffnete ganze Büchsen der Pandora, so daß nun auch in der CSU von einem „häßlichen Zentralstaat" und der „Exekutiv-Diktatur" der EU-Beamten in einem „zentralistischen Superstaat" gesprochen wird. Was wäre in diesem Europa mit einer hochbürokratisierten Zentrale in Brüssel überhaupt noch demokratisch? Wäre es in dem weiten Raum zwischen Portugal und Finnland, Irland, Großbritannien und dem Donaubecken überhaupt noch regierbar? Und: Wäre das überhaupt noch jenes „Europa", das wir meinen und lieben, jener Raum produktiver Vielfalt, oder nur noch ein „Großraum", in dem es um Bevölkerungszahlen und Produktionsziffern geht?

Hochbürokratisiertes Europa à la Brüssel ist nicht demokratisch

Keine Frage: Dieser Kontinent muß sich nach allen grausamen Erfahrungen des vorigen Jahrhunderts anders darstellen als etwa 1933 oder noch 1991. Die damals überbordenden Nationalismen sind offensichtlich weitgehend gezähmt und dürfen nicht mehr zu fortdauernden innereuropäischen Konflikten führen. Gesucht wird der „Goldene Schnitt" zwischen möglicher Vielfalt und nötiger Einheit, jedoch kein Unitarismus mit der Brechstange.

Warum also nicht ein Europa im Sinne jenes „Staatenverbundes" neuer und besonderer Art, wie es das Bundesverfassungsgericht schon 1993 klug und abgewogen formulierte? Nur so bliebe seine aus der Geschichte bekannte Schöpferkraft erhalten und würde es nicht einer bürokratisch übermütigen, sterilen Gleichmacherei anheimfallen. Diese Tendenzen waren schon in den Verhandlungen des sogenannten Verfassungskonvents deutlich. Es fanden dort, wie man von Teilnehmern erfahren kann, keinerlei Abstimmungen statt. Konsens um jeden Preis war die Parole, auch um den Preis, daß man die wirklichen und prinzipiellen Probleme gewandt umschiffte. Die europäische Herrschaftsklasse aus Politik, Wirtschaft und Medien wollte unter sich bleiben und arbeitete mit den klassischen Basar-Methoden des „Gib und nimm". Jeder, der auf Grundfragen hingewiesen hätte, wäre zum Spielverderber geworden. Ein halblauter Kammerton war gefragt, und der Konventsvorsitzende Giscard d'Estaing war insofern der geeignetste Repräsentant dieser Versammlung.

Eine kraftvolle Mobilisierung der Europäer vermochte von ihr nicht auszugehen. Es wäre daher in der Tat gut, wenn der Entwurf als obsolet betrachtet und wenn sein Scheitern Anstoß zu einem „konzeptionellen Neubeginn" würde in Richtung auf ein „Europa der Bürger und Parlamente" anstelle eines Europa „der Beamten und Konzerne", wie man aus München hören kann.

Jedenfalls sollten die Vorhänge weggezogen werden, die den Konvent von der kritischen Öffentlichkeit abschirmten. Ein Europa der Bürger erfordert, daß die voll und ganz wissen, um was es gehen soll. In den Dunkelkammer-Methoden des Konvents verbargen sich bestimmte strategische Kalküle. Für Jacques Chirac ist das Europa, das er anstrebt, die Fortsetzung der französischen Großmachtambitionen in zeitgemäßer Gestalt und mit deutlich antiamerikanischer Spitze. Für die rot-grünen Strategen in Berlin, Schröder und zumal Fischer, geht es hingegen um die Opferung des ungeliebten deutschen Nationalstaats von 1990 auf dem Altar einer angeblich unvermeidlich „postnationalen" Epoche in Europa, bei der die Deutschen – „aufgrund ihrer Geschichte" – vorangehen und dem europäischen Fortschritt den Weg bahnen sollen. Da stört dann nicht, daß die Pariser Politik den Deutschen bei diesem Vorhaben wieder einmal die Funktion einer modernen Variante rheinbündischer Hilfstruppen zuweist.

Das Pariser Ziel eines Europas als Akteur, „der in der Welt zählt", wie es Außenminister de Villepin formulierte, trifft jedoch auf die Realität einer europäischen Bevölkerung, die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nach der bequemen Losung gelebt und überlebt hat: „Im Schatten des Großen Bruders ist gut ruhen." Im Schutz der USA während des kalten Krieges konnte dieses Europa seine Sozial- und Versorgungsstaaten ausbauen, so daß ihm heute mehrheitlich Kraft und Willen fehlen zu jenem grundlegenden Politikwechsel, den der Plan Chiracs realistischerweise voraussetzt. Die militärischen Kräfte, die hierzu nötig wären, würden wirtschaftliche und finanzielle Mittel erfordern, die zu einer völlig anderen Ressourcenverteilung auf Kosten des Sozialstaates führen müßten. Doch derzeit fehlen in Europa die politischen Führungsgruppen, die das durchsetzen könnten, sowie die Bevölkerungen, die dazu bereit wären. Weder antiamerikanische Emotionen noch linke oder rechte Wunschvorstellungen nach dem Motto „Wir sind wieder wer" reichen hier aus.

In die Europapolitik muß ein neuer Realismus einkehren

Die CSU sprach an der Jahreswende davon, daß die Konsequenz aus dem Scheitern des Verfassungsentwurfs nur ein völliger „konzeptioneller Neubeginn" sein könne, der „in eine andere Richtung" weise. Mit anderen Worten: In der Europapolitik muß ein neuer Realismus einkehren, der von manchen bisherigen Illusionen Abschied nimmt, vor allem von der Illusion des Verfassungskonvents, mehr „Integration" führe automatisch zu mehr Effizienz, europäischer Stabilität und „Weltgeltung" (was immer dies wäre). Der neue Realismus müßte vielmehr der Regel „Weniger ist in vieler Hinsicht mehr" folgen. Ein Europa, das die Bürger sich wirklich zu eigen machen können, verspricht mehr Wirkung, Leuchtkraft und Stärke als ein Europa der Brüsseler Eurokraten, der wirtschaftlichen und politischen Klassen. Wenn es eine zu beherzigende Lehre aus dem europäischen Krisenjahr 2003 zwischen der Irak-Krise im Frühjahr und dem Scheitern des Verfassungsentwurfs im Dezember gibt, dann ist es die, daß sich gerade in der Krise die nationalstaatlichen Interessen als stärker erwiesen denn hochfliegende Integrationshoffnungen und daß sich die Menschen und auch die Politiker wieder mehr an den jeweiligen konkreten nationalen Interessen orientieren als an den Konzepten eines angeblich mehr und mehr postnational werdenden Europas. Auch andere Grundtatsachen sind in den Krisen wieder deutlicher geworden, vor allem, daß England und Frankreich als (begrenzte) Kernwaffenmächte nach wie vor nicht bereit sind, diese Positionen auf dem europäischen Integrationsaltar zu opfern, was allen Wünschen einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik enge Grenzen setzen muß. Immer deutlicher erweist sich die europäische „Finalität" einer „immer engeren Union" und Integration als deutsches Wunschgebilde, insbesondere des postnationalen derzeitigen deutschen Außenministers.

Und dieser neue europapolitische Realismus hat dann auch Auswirkungen auf die deutsche Europapolitik. Sie hat in den letzten Jahrzehnten allzu unkritisch auf eine angeblich alternativlose immer intensivere europäische Integration gesetzt. So haben gerade auch die deutschen Regierungen, unabhängig von ihrer politischen Couleur, das ihre zur schleichenden Entwicklung der Europäischen Union zu einem zentralistischen Superstaat beigetragen. Kein Mitgliedsland war dabei derart bereit, die eigenen Interessen im Dienst an der „großen Sache" hintanzustellen wie Deutschland mit den logischen Folgen, daß der bevölkerungsstärkste Mitgliedsstaat zwar größter Nettozahler wurde, sein politischer Einfluß sich jedoch dazu umgekehrt proportional entwickelte. Man denke nur an den deutschen Personalanteil in Brüssel oder gar an die empörend schwache Rolle, die die deutsche Sprache in der EU spielt. Deutsche Vorleistungen im Blick auf die voranschreitende Integration erweisen sich heute immer mehr als kontraproduktiv, sowohl national wie europäisch. An das große Vorbild der französischen Interessenpolitik im europäischen Gewand kommt die deutsche ohnehin nicht auch nur entfernt heran.

Das jüngste Beispiel dazu hängt unmittelbar mit der Osterweiterung der EU zusammen. Danach werden die osteuropäischen Beitrittsländer ab Mai 2004 Fördermittel aus Brüssel für Investitionen aus EU-Ländern erhalten. Viele dieser Investitionen sind aus Deutschland zu erwarten, in Gestalt der Verlagerung von Betrieben mit entsprechendem deutschen Arbeitsplätzeverlust. Da Deutschland mit etwa 25 Prozent am EU-Haushalt beteiligt ist, ergibt sich daraus auch in diesem Fall eine deutsche Finanzierung möglicher gravierender eigener Verluste.

Ein kulturell wurzelloser Großraum ist nicht im Sinne der Bürger

Ein bisher noch in keiner Weise auch nur erkanntes, geschweige denn gelöstes europäisches Problem ist auch die Einwanderungspolitik, wie sie gerade von Frankreich und Deutschland im Namen bestimmter Prinzipien wie der Menschenrechte oder „republikanischer" Staatsbürgerschaftsrechte betrieben wird. Das Ergebnis sind fünf bis sechs Millionen Moslems im heutigen Frankreich, besonders aus Nordafrika, und weit über zwei Millionen moslemische Türken in Deutschland. Diese Einwanderung nach Europa dokumentiert sich inzwischen unübersehbar in den moslemischen Vorstädten der französischen Ballungsgebiete und in den wachsenden türkischen Ghettos der dritten Einwanderungsgeneration in den deutschen Städten. Auch diese Dogmen des französischen republikanischen Bodenrechts wie der gezielten Multikulturalität bei den deutschen Rot-Grünen bedürfen dringend einer Überprüfung durch eine realistische Europapolitik, wenn Europa ein im Kern europäisches Europa bleiben und nicht ein kulturell wurzelloser Großraum werden und der islamistischen Landnahme den Boden bereiten soll. Der europapolitische Realismus gebietet, daß gerade auch dieses Problem am Beginn des neuen Jahrhunderts entgegen der „Political Correctness" und in Verantwortung vor den Nachkommen in unverkrampfter Offenheit thematisiert wird. ■

Sie versöhnen niemanden

Was die EKD in Potsdam wirklich will / Von Thorsten HINZ



Die Ächtung politischer Gegner hat die Seelsorge verdrängt: *„Ordensleute für den Frieden" demonstrieren vor der Frankfurter Börse zum Evangelischen Kirchentag 2001*

Foto: ddp

Die Potsdamer Garnisonkirche soll laut Superintendent Bertram Althaus nach dem Wiederaufbau eine „Citykirche" und ein „Versöhnungszentrum" werden. Die Wortschöpfung „Versöhnungszentrum" fügt sich ein in die verschwiemelt-moralisierende, unpräzise Sprache der evangelischen Amtskirche, die nichts weiter mitteilt, als daß ihre Benutzer sich für die besseren Menschen halten.

Denn wer versöhnt sich da mit wem? Die Kirche mit sich selbst? Die Pfarrer mit den entlaufenen Schäfchen? Die Versorgungsansprüche des Apparats mit den sinkenden Steuereinnahmen? Gemeint ist wohl: Die Berlin-Brandenburgische Kirche versöhnt die ehemaligen Kriegsgegner Deutschland und Großbritannien miteinander.

Nur: Ist das nicht ein bißchen viel? Und ist es überhaupt nötig? Die deutsch-englischen Beziehungen sind nicht so überschwenglich wie die mit Frankreich – dafür ist die geographische Distanz zu groß –, nicht derart massentouristisch geprägt wie die mit Italien – dazu sind beide Länder sich zu ähnlich –, aber sie sind solide. Gewiß, England hat als alte Kolonial- und Seemacht spezielle Interessen und Verbindungen, die Deutschland manchmal suspekt sind. Außerdem machen die Briten ihre Witze über die Deutschen als Gewohnheitsnazis, doch diese revanchieren sich mit Schadenfreude über das miserable englische Gesundheitswesen.

So sorgt der normale Alltag für ausgleichende Gerechtigkeit. Und vor allem sind beide Länder in politischen und militärischen Bündnissen vereint. Kurzum, das Verhältnis ist gut, und es ist überhaupt nicht zu erkennen, was ein kirchliches Versöhnungszentrum in Potsdam daran noch verbessern könnte.

Wenn weder die Engländer noch die Deutschen diese Einrichtung brauchen, wer dann? Nur die entseelte Amtskirche. „Citykirche" und „Versöhnungszentrum" verhalten sich zueinander wie Form und Inhalt. Und genau da liegt das Elend der protestantischen Kirchen in Deutschland, die über keinen religiösen Glutkern mehr verfügen, der strahlt, wärmt und die Menschen anzieht. Daher will sich jene Kirche mit gesinnungsethischem politischem Aktionismus in die Öffentlichkeit drängen.

Das ist auch der Grund für den Streit mit der Traditionsgemeinschaft Potsdamer Glockenspiel (TPG). Die TPG will Schwulenehen, die feministische Theologie, das Kirchenasyl und Kriegsdienstverweigerer außen vor halten. Was ist dagegen einzuwenden? Hat in der Schwulenszene etwa eine theologische Debatte über die religiöse Bedeutung der Ehe stattgefunden, die die Segnung der Homo-Partnerschaft ausgerechnet in der Garnisonkirche nahelegt? Wehrdienstverweigerer handeln längst nicht immer aus Gewissensgründen, sondern oft aus Bequemlichkeit und Karriere-Erwägungen.

Die Kirchenzuflucht für abgelehnte Asylbewerber bildet das moralische Schutzschild für einschlägig engagierte – und finanziell interessierte – Vereine und Anwälte, und über den Tinnef der Jesa-Christa-Theologie schweigt man besser ganz. Alle diese Aktivitäten können in fast jeder beliebigen Kirche stattfinden. Warum dann auch noch in der Garnisonkirche? Es geht lediglich darum, die eigene gesellschaftspolitische Vorherrschaft zu demonstrieren. Diejenigen, die am lautesten Toleranz predigen, sind außerstande, sie zu gewähren. Sie wollen allein bestimmen, und das überall.

Menschliches Handeln ist stets mit der Möglichkeit des Scheiterns und des Irrtums befrachtet. Das wäre Ort, Thema und Aufgabe der Religionsverkündung, nicht aber die Aufgeregtheit des „engagierten Christentums". Dieses verkommt zum inquisitorischen Arm des politisch-korrekten Zeitgeistes. Es war furchtbar zu erleben, wie der Bischof von Berlin-Brandenburg und EKD-Ratspräsident Wolfgang Huber, bar jeder Nächstenliebe, sich an die Spitze der Treibjagd gegen den CDU-Abgeordneten Martin Hohmann setzte. Die Kirche, die jetzt in Potsdam nach einem „Versöhnungszentrum" ruft, ist Teil eines mächtigen Pharisäerkartells. Sie versöhnt niemanden, sie stiftet Unfrieden. ■

Die Minarette von Neukölln

Von Ronald GLÄSER

Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht Nachrichten über bereits vorhandene oder geplante Moscheen die Spalten der Berliner Lokalpresse füllen. In dieser Woche war es die Emir-Sultan-Moschee in Schöneberg.

Der Trägerverein der Moschee wirft den Eigentümern des von ihm genutzten Gebäudes vor, angekündigte Modernisierungmaßnahmen nicht in die Tat umgesetzt zu haben. Deswegen hat der Verein nun die Miete seinerseits um 80 Prozent gesenkt. Die Richter gaben jedoch den Eigentümern recht. Das Haus, in dem sich auch eine Koranschule befindet, soll dieser Tage geräumt werden.

Haben sich reaktionäre deutsche Richter und fundamentalistische Islam-Gegner verschworen, um benachteiligte Ausländer an der Ausübung ihrer Religion zu hindern? Mitnichten. Vielmehr hat die Vorgehensweise der Islamisten System.

Islamistengruppen und ihre Anwälte haben den Rechtsstaat für sich entdeckt. Sie entziehen sich ihren Mieter-Pflichten nicht vollständig. Statt dessen zahlen sie einen Bruchteil der eigentlichen Miete und lassen es auf einen Rechtsstreit ankommen. Wenn der Prozeß verlorengegangen ist, haben sie längst eine neue Unterkunft bezogen. So war es auch schon bei der Hasan-Basri-Moschee in Kreuzberg.

Im Falle der Emir-Sultan-Moschee ist die neue Adresse schon bekannt: In der gleichen Straße besitzt der Verein „Islam Vakfi" ein ganzes Areal samt Koranschule. Vier weitere Großmoscheen befinden sich in der Planungsphase. Heftigster Widerstand von deutscher Seite wird noch dem „Kulturzentrum" des Vereins „Inssan" in Neukölln entgegengebracht. Vor allem die FDP und mit Abstrichen die CDU-Baustadträtin versuchen die Islamisierung und Ghettoisierung zu verhindern.

Sebastian Kluckert, FDP-Fraktionsvorsitzender: „Im Bauausschuß verfestigt sich der Eindruck, daß sich die Trägervereine partout nicht an deutsche Gesetze halten wollen." Bei einer weiteren Moschee in dem Bezirk wurde bewußt die genehmigte Bauhöhe der Minarette überschritten. Strafe: 80.000 Euro.

Eben dieses Gotteshaus, die Seehitlik-Moschee, wurde Ende Januar zum Schauplatz eines SEK-Einsatzes. Ein verwirrter Türke hatte zuvor einen Polizisten überfallen und sich in dem Gebäude verschanzt. Für Sebastian Kluckert ist dies ein weiterer Ansporn, der Verslumung seines Bezirks Einhalt zu gebieten.

Olympiastadion ist im Juni fertig

Die Runderneuerung des geschichtsträchtigen Berliner Olympiastadions wird pünktlich zum 1. Juni fertig, versichert der beauftragte Bauunternehmer. 60.000 Plätze seien bereits fertig, 44.000 davon schon gegen Regen und Schnee geschützt. Am Ende werde es stolze 76.000 Plätze unter Dach geben. Lange Zeit hatte das Stadion vor sich hin gerottet, sogar Abrißpläne hatte es gegeben.

Energiewirtschaft: Trittin stoppen!

Mitteldeutschlands Braunkohle-Energiewirtschaft sieht durch Umweltminister Jürgen Trittins Pläne zur drastischen Verringerung des Kohlendioxyd-Ausstoßes ab 2005 ihre Existenz bedroht. Braunkohle-Kumpel drohen mit massiven Protesten beim Kanzler. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Wilfried Schreck aus Cottbus fordert, Schröder müsse den Grünen Trittin „sofort stoppen".

Zu Besuch im alten Europa

Neue Nationalgalerie: Einmalige Schau des New Yorker Museum of Modern Art / Von Silke OSMAN

Sie hat noch nicht einmal ihre Pforten geöffnet, schon stehen die Kritiker auf dem Plan. Zu teuer sei diese Sonderschau, zu lange würde sie die Neue Nationalgalerie blockieren (immerhin sieben Monate), zu demonstrativ und zu eitel sei es, sie allein in Berlin zu zeigen, ohnehin wolle man nur versuchen, den Riß in den deutsch-amerikanischen Beziehungen mit Kunst zu kitten. Gemeint ist die einmalige Präsentation von Schätzen aus dem New Yorker Museum of Modern Art, kurz MoMA genannt, die in der Berliner Nationalgalerie vom 20. Februar bis 19. September zu sehen ist.

Diese Schau zeigt die Kunst der Moderne in einer Bandbreite und Qualität, wie sie in Europa bisher noch nicht zu bewundern war. In 14 Transporten reisten die Kunstwerke – Bilder und Skulpturen – von Amerika via Amsterdam und Rotterdam nach Berlin. Ein logistisches Unternehmen, das viel Fingerspitzengefühl erforderte und zwischen acht und zehn Millionen Euro kosten soll. Ein Betrag, der einmal nicht von den Steuerzahlern aufgebracht wird, sondern vom Verein der Freunde der Nationalgalerie, unterstützt durch die Deutsche Bank AG. Der größte Teil der Kosten wird allerdings als Pacht an das MoMA gezahlt werden, und die New Yorker können eine solche Finanzspritze sicher gut gebrauchen, wird doch das Haus an der West 53rd Street derzeit für 650 Millionen Dollar erweitert. Das Bauvorhaben veranlaßte die Amerikaner auch, mit ihren Kunstwerken auf Reisen zu gehen und das alte Europa zu besuchen. Ursprünglich war geplant, die Schätze in Paris, London und Frankfurt zu zeigen. Peter Raue, Vorsitzender des Vereins der Freunde der Nationalgalerie, gelang es jedoch, Berlin als einzigen würdigen Standort einer solchen einmaligen Präsentation bei den Amerikanern durchzusetzen. Ausschlaggebend war nicht zuletzt, daß die Neue Nationalgalerie ein Bau des Architekten Mies van der Rohe ist, eines Baumeisters, der ursprünglich auch das Museum in New York errichten sollte.

Das heute 75 Jahre alte Museum of Modern Art ist aus dem Wunsch dreier einflußreicher Damen der New Yorker Gesellschaft entstanden, die, frustriert vom konservativen Geist der örtlichen Museen und getrieben von dem Wunsch, Bilder ihrer Lieblingsmaler Cézanne, Gauguin und Picasso auszustellen, ein eigenes Museum gründeten. Lillie P. Bliss, Mary Quinn und Abby Aldrich, Gattin von John D. Rockefeller jr., gelang es, ihre Vorstellungen umzusetzen, und heute ist das MoMA eines der größten Museen der Welt. Die Sammlung umfaßt mehr als 100.000 Gemälde, Skulpturen, Zeichnungen, Druckgrafiken, Fotografien, Architekturmodelle und -zeichnungen sowie Designobjekte, dazu mehr als 19.000 Filme und 140.000 Bücher, Kunstbände und Zeitschriften. Hervorragende Beispiele der weltweit größten zusammenhängenden Sammlung der Modernen Kunst des 20. Jahrhunderts, die 3.200 Meisterwerke vom späten 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart umfaßt, sind nun in Berlin zu sehen. Darunter sind Hauptwerke der europäischen Meister Cézanne, van Gogh, Matisse, Picasso, Dali, Margritte, Duchamp oder Giacometti und auch Arbeiten von Rodin, Maillol oder Modigliani. Vertreter der neuen amerikanischen Malerei wie de Kooning, Pollock, Rauschenberg, Johns oder Twombly sind ebenso mit Werken zu sehen wie die „Klassiker" Warhol oder Lichtenstein, wie Judd oder Serra. Als Beispiele der Gegenwartskunst seien Arbeiten von Artschwager oder Richter genannt. Ein umfangreiches Rahmenprogramm mit spartenübergreifenden Darbietungen begleitet diese Mammutschau. Nach langer Zeit wird die deutsche Hauptstadt, die einst vielen Künstlern der klassischen Moderne entscheidende Impulse gab, wieder im Blickpunkt der Kunstfreunde aus aller Welt stehen. Berlin glänzt wieder. ■

»Wir hören gerne Wunderdinge«

Silke OSMAN und ihre wundersame Begegnung mit dem Weltweisen Immanuel Kant



Immanuel Kant: *Der hochgeachtete Königsberger Philosoph hatte am 12. Februar seinen 200. Todestag* Lithographie: Wolff

Urplötzlich war die Nacht stockdunkel geworden. Eine dicke Wolke hatte sich über den Vollmond geschoben, so daß man die Hand nicht vor Augen erkennen konnte. Der alte Mann mußte ziemlich schnell um die Ecke gebogen sein, denn er stieß mit einer Heftigkeit gegen meine Seite, die man seinem zarten Körper gar nicht zugetraut hätte. Er brummelte eine vage Entschuldigung und wollte weitergehen. Da stahl sich der Mond wieder hinter der Wolke hervor und ich konnte den Alten genauer betrachten. Er war klein von Wuchs, ging etwas gebeugt und hielt einen Stock in der Hand. Ein langer schwarzer Mantel schützte ihn vor der Kälte an diesem Abend im Februar. Er trug einen Dreispitz auf dem Kopf, und ein dünner weißer Zopf lag auf seinem leicht gewölbten Rücken. Er drehte sich noch einmal kurz um, als wollte er etwas sagen. Aber das war doch ...!

„Entschuldigung, mein Herr. Sie sind doch Professor K...!" – „Aber ja, bleibt man selbst in dieser Nacht nicht unerkannt", brummte er und wollte weitergehen. „Entschuldigung, Herr Professor, gut Sie endlich einmal persönlich zu treffen. Man liest ja soviel über Sie in diesen Tagen ..." – „Nun ja, meine Dame, das ist es ja auch, was mich so sehr erbost. Man liest so viel Privates über mich, wie ich gelebt habe, was für ein Mensch ich war. Was wissen die denn schon! Den großen Weisen aus Königsberg nennen sie mich. Daß große Leute nur in der Ferne schimmern, daß ein Fürst vor seinem Kammerdiener viel verliert, kommt daher, weil kein Mensch groß ist. Überhaupt: Die Gesellschaft macht, daß man sich nur vergleichungsweise schätzt. Sind andere nicht besser als ich, so bin ich gut, sind alle schlechter, so bin ich vollkommen."

Der Alte runzelte die Stirn: „Es gibt in den Feuilletons der Zeitungen derzeit kein anderes Thema. Viel Theater um meine Person; Vorträge, Seminare, Festveranstaltungen, ja hochdotierte Preise werden in meinem Namen verliehen, Bücher erscheinen, und sogar die neumodischen Dinger, CDs nennt man sie ja wohl. Erbarmung, möchte ich ausrufen, wie es meine Landsleute noch heute tun, wenn sie etwas erregt." – „Aber Herr Professor, es ist doch nur gut gemeint und außerdem ist es doch schön, daß beständig Ihrer gedacht wird, schließlich sind Sie schon 200 Jahre tot." – „Beständig, beständig", brummte der Alte, „es ist nichts beständiger als die Unbeständigkeit. Warten Sie mal ein paar Wochen, dann redet keiner mehr über mich, ausgenommen vielleicht ein paar Wissenschaftler."

„Nun ja, Sie müssen zugeben, es ist für einen einfachen Menschen nicht leicht, Ihre Werke heute zu verstehen." – „Ja, zugegeben. Ich, der ich aus der Schwäche meiner Einsicht kein Geheimnis mache, nach welcher ich gemeiniglich das am wenigsten begreife, was alle Menschen leicht zu verstehen glauben ... Vielleicht aber liegt es daran, daß der den Schulunterweisungen entlassene Jüngling gewohnt war zu lernen. Nunmehr denkt er, er werde Philosophie lernen, welches aber unmöglich ist, denn er soll jetzt philosophieren lernen."

> Kant forderte die Menschen auf, selbst zu denken

„Sie, Herr Professor, werden gern ein Weltweiser genannt, Sie haben die Menschen aufgefordert, selbst zu denken, und zwar a priori. Haben Sie damit alle Probleme gelöst?" – „Alle Aufgaben auflösen und alle Fragen beantworten zu wollen, würde eine unverschämte Großsprecherei und ein so ausschweifender Eigendünkel sein, daß man dadurch sich sofort um alles Zutrauen bringen müßte."

„Aber die Menschen glauben noch heute an Sie. In aller Welt kennt man ihre Texte, sogar in China ..."

„China, das ist doch da, wo die Vögel massenweise vom Himmel fallen. Ein seltsames Land. Ich habe meine Heimat nie verlassen. Bin immer in Königsberg geblieben. Nun ja, was sagten Sie eben, meine Dame? Die Menschen kennen meine Texte? Papperlapapp. Sie kennen vielleicht meine Forderung: Handle so, daß die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne. Aber handeln sie danach?" Er schüttelte den Kopf. „Viele schmücken sich dann mit einem anderen Zitat von mir, es soll ja sogar in einer Bronzetafel hier am Schloß verewigt worden sein ..."

„Ja, gewiß, Herr Professor, aber das Schloß ..." – „Ich weiß, meine Dame, das Königsberg meiner Zeit gibt es schon lange nicht mehr. Aber die Menschen, selbst die, die jetzt hier am Pregel leben, kennen zumindest meinen Spruch noch. Sie wissen doch: Zwei Dinge erfüllen das Gemüt mit immer neuer und zunehmender Bewunderung und Ehrfurcht, je öfter und anhaltender sich das Nachdenken damit beschäftigt: der bestirnte Himmel über mir und das moralische Gesetz in mir."

„Ja, Herr Professor, das kennen heute noch viele Menschen, aber was Sie mit diesem Ausspruch meinten, ist vielen nicht bewußt." Der alte Mann sah mich prüfend an und erklärte mit seiner brüchigen Greisenstimme: „Beide darf ich nicht in Dunkelheiten verhüllt oder im Überschwenglichen, außer meinem Gesichtskreise suchen und bloß vermuten; ich sehe sie vor mir und verknüpfe sie unmittelbar mit dem Bewußtsein meiner Existenz."

„Danke, nun ist es auch mir klarer ..." – „Selbst denken ist gut", bestätigte der Alte, „aber selbst lernen nicht. Ein mündlicher Vortrag, wenn er auch nicht ganz ausgearbeitet ist, hat sehr viel Instruierendes. Man hört nicht etwas vollkommen Ausgearbeitetes und Ausgedachtes, sondern man sieht die natürliche Art, wie man denkt, und das ist viel nützlicher. Wenn ich einen höre, so bemerke ich eher etwas, entweder Falsches oder Wahres. Beim Hören denkt man auch immer mehr als beim Lesen. Beim mündlichen Vortrag hat man mehr Anschauung. Das Lesen ist auch nicht so natürlich als das Hören."

Seine Stimme zitterte, so als wäre er erschöpft von seinen Ausführungen. Er zog die Schultern ein wenig höher, um sich vor dem kalten Ostwind zu schützen. „Wissen Sie, meine Dame", sagte er, neigte seinen Kopf zur Seite und blickte mich direkt an, „es ist immer etwas Mühsames beim Gebrauch der Vernunft – man muß Scharfsinnigkeit gebrauchen, das Spiel des Witzes dabei unterscheiden. Daher sieht man gerne Wunder, das heißt solche Dinge, die nicht durch unsere Vernunft zu begreifen sind. Sie geben der Vernunft Ferien. Wir hören gerne Wunderdinge, dergleichen Erzählungen sind angenehm, weil wir dadurch von den Beschwerungen der Vernunft losgesprochen werden."

Es schien, als ob er mir zuzwinkerte. Doch es war nicht genau auszumachen, da der Mond sich schon wieder hinter einer Wolke verbergen wollte. Es wurde erneut stockdunkel. Und wie durch eine geschlossene Tür hörte ich die Stimme des alten Mannes, der sich immer weiter zu entfernen schien: „Es ist niemals zu spät, vernünftig und weise zu werden; es ist aber schwerer, wenn die Einsicht spät kommt."

Als die Wolke vorübergezogen war und der Vollmond seinen silbrigen Glanz über den Gehweg streute, war der alte Mann verschwunden. Und von fern hörte man das Brausen des Autoverkehrs auf den großen Straßen. ■

Gedanken zur Zeit:

Mantel des Schweigens gelüftet

Von Wilfried BÖHM

Es bedurfte erst des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Straßburg, um mit seinem Urteil zu den Enteignungen an das schwere Schicksal der Opfer und an den Schrecken der kommunistischen Gewaltherrschaft in der Sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR zu erinnern.

Über die vielen Jahre der Teilung war im Osten selbst die Schreckensherrschaft der Kommunisten ein Tabu-Thema. Zum Beispiel war es höchst gefährlich, über die sogenannten Speziallager für politisch unerwünschte Personen der Jahre von 1945 bis 1950 auch nur zu sprechen. Nicht einmal im Kreis ihrer Familienangehörigen trauten sich Betroffene, über ihre Erlebnisse zu sprechen. Die Stasi hatte schließlich ihre Ohren überall.

Im Westen wurden zwar die Menschenrechtsverletzungen in aller Welt angeprangert, die in der SBZ/DDR aber mit einem Mantel des Schweigens verhüllt, um die „Entspannungspolitik" nicht zu gefährden. Die Entlassenen standen vor einer Mauer des Desinteresses. Nur wenige in Wissenschaft, Publizistik und Parteien standen ihnen bei, der Rias zum Beispiel und später der während der Nazizeit als Jude verfolgte legendäre Gerhard Löwenthal, die Verkörperung deutschen Freiheitswillens im geteilten Deutschland. Dafür wurde er als „Kalter Krieger" verunglimpft. „Lieber der letzte kalte Krieger als der erste Kapitulant" pflegte er darauf zu antworten.

Wer von den Opfern, denen es gelungen war, in den Westen zu kommen, seine Erlebnisse publizieren wollte, fand kaum einen namhaften Verlag und sah sich auf die Herausgabe im Selbstverlag angewiesen. In den 60er Jahren plante das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen eine Dokumentation über die sowjetischen Lager in Deutschland, doch als Herbert Wehner (SPD) 1967 in der großen Koalition dieses Ministerium übernahm, unterband er die Veröffentlichung.

Der heute 76jährige Mecklenburger Benno Prieß jedoch ließ sich nicht unterkriegen. Er, der als Jugendlicher selbst acht Jahre in Torgau, Bautzen, Sachsenhausen und Waldheim gefangengehalten wurde, hielt seinen Schicksalsgefährten die Treue und publizierte sorgfältig recherchierte Bücher über den Tod und die Leiden in den sowjetischen Lagern.

„Unschuldig in den Todeslagern des NKWD" (1946 bis 1954) erschien 1991 und „Erschossen im Morgengrauen" in zwei Auflagen in 1997 und 2000, beide im Eigenverlag Brixener Weg 6, in 75365 Calw.

Im Kontakt mit dem Oberstaatsanwalt der Russischen Föderation Walerij Wolin in Moskau arbeitete Prieß daran, den Menschen, die unschuldig gelitten haben, „ihren guten Namen und ihre Ehre zurückzugeben", wie es der Russe ausdrückt. Viele Gefangene seien mit Folterungen zu Geständnissen erpreßt worden. Auf der Grundlage eines Geheimbefehls seien viele Deutsche verhaftet worden, die ohne Anhörung oder Gerichtsurteil eingesperrt oder getötet wurden. 250.000 Menschen sollen nach dem Krieg verhaftet worden sein, die Zahl von 200.000 Toten habe inzwischen sogar das KGB anerkannt, bestätigt der Russe.

> Die Opfer aus der Zeit der SBZ werden gern verdrängt

Jedem Schicksal der Lagerinsassen ging Prieß sorgfältig nach, dokumentiert mit Listen aus Lagerakten, Fotos von Häftlingen und Haftanstalten bis hin zu den Siedlungshäusern der nach Workuta Verschleppten. Über sein eigenes Schicksal nach seiner Verhaftung schreibt er: „Meine Verhörer fragten mich, warum ich hier sei. Ich sagte, daß ich es nicht wüßte. Der Offizier fing an zu brüllen, stand auf, trat mich mit dem Stiefel in den Bauch und schlug mir mit der Faust mitten ins Gesicht ... Die Verhöre liefen nur nachts, und Nacht für Nacht waren die gellenden Schreie der gequälten Gefangenen zu hören. Man wußte nie, wann man wieder geholt wurde. An den Schreien merkte ich, daß es junge Leute waren, Kinder wie ich."

Sorgfältig hat Prieß die Massenverhaftungen von damals 13- bis 18jährigen in der Zeit von 1945 bis 1950 in vielen Teilen der SBZ/DDR und ihre daraus resultierenden Schicksale dokumentiert. Sie als Nazi- und Kriegsverbrecher abzustempeln ist schon vom Alter her absurd. Nur ideologisch verblendete Nutznießer des gescheiterten kommunistischen Systems halten an dieser These fest. Die jugendlichen Opfer standen am Anfang von 45 Jahren kommunistischer Herrschaft in Deutschland, doch gibt es heute nicht wenige in Politik, Publizistik, Wissenschaft und Kultur, die sich eine beschönigende „Ostalgie" angewöhnt haben. Das jedoch ist angesichts der Opfer und des Leides der Betroffenen wahrhaftig nicht angemessen, sondern würdelos. ■

Kein Verfahren gegen Hohmann

Die Prüfung eines Anfangsverdachts gegen MdB Martin Hohmann wegen Volksverhetzung, Beleidigung und übler Nachrede auf die Anzeigen verschiedener Verbände und Einzelpersonen hat zur Ablehnung der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens durch die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Fulda geführt. Eine strafrechtliche Würdigung der Rede des Angezeigten vom 3. Oktober 2003 in Neuhof hat ergeben, daß keine Straftatbestände verwirklicht sind." Dies sind die Ergebnisse der Staatsanwaltschaft des Fuldaer Landgerichts, das das Ermittlungsverfahren gegen den Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann hiermit eingestellt hat. Wegen seiner als antisemitisch kritisierten Rede vom 3. Oktober 2003 waren dort mehrere Anzeigen – darunter eine des Zentralrats der Juden – gegen den Politiker eingegangen. Der von der Union aus der Bundestagsfraktion ausgeschlossene CDU-Politiker ist nach Ansicht der Staatsanwaltschaft aber nicht weiter zu belangen, da er den Begriff „Tätervolk" im Konjunktiv verwendet habe. Auch habe er seine Ausführungen dadurch relativiert, daß weder die Deutschen noch die Juden ein „Tätervolk" seien. Ob trotz dieser Entscheidung von seiten der Fuldaer Staatsanwaltschaft die hessische CDU ihr geplantes Parteiausschlußverfahren gegen Hohmann durchsetzt, ist noch offen. Allerdings wird beispielsweise von der SPD in Hessen Druck auf CDU-Landeschef Koch ausgeübt, sich durch die Entscheidung der Staatsanwaltschaft nicht beeinflussen zu lassen. R. B.

Sorgen an der Elbe:

Wirtschaft contra Umwelt

Streit um Staustufen in Nordböhmen erhitzt die Gemüter / Von Martin Schmidt

Der Schlesier Paul Keller (1873-1932) hat mit seinem „Märchen von den deutschen Flüssen" eine originelle und aussagekräftige Charakteristik deutscher Flüsse verfaßt.

Die Elbe spielt darin als „Frau Gräfin" eine Hauptrolle, zumal sie die anderen Flüsse – von der Mosel im Westen bis zum Pregel im Osten – zu einer Gesellschaft empfängt. Dazu ist sie mit ihrer geographischen Lage prädestiniert oder, wie Keller schreibt: „Das ist ja das Schreckliche für Frau Elbe, daß sie so in der Mitte wohnt."

Sie hat, fährt er fort, nur Töchter und Kummer. „Die Moldau, durch ihre tschechische Heirat dem deutschen Lande entfremdet, die Havel – na ja, wenn sie eine bessere Figur machte – aber Gott, dieser Buckel und diese vielen Wasserblasen – und dann das Enkelchen, die Spree, das enfant terrible!"

In diesem lockeren Konversationston kommen dann auch andere Nebenflüsse zur Sprache, die Elster, die Aller „mit ihrer spitzen Sprechart", die „schlichte Mulde" und „als einziger Trost die Saale, ihre liebe poetische Saale".

Die innerdeutsche Grenze hat die Elbe als „Fluß der Mitte" jahrzehntelang besonders stark beeinflußt. Auf einer Länge von knapp hundert Kilometern markierte sie sogar den Grenzverlauf zwischen der Bundesrepublik und der DDR. In diesem Bereich zwischen Lauenburg und Wittenberge hat sich infolge der Teilung und der stark zurückgegangenen Bedeutung des Stromes als Wasserstraße eine urwüchsige Flußlandschaft erhalten. Ansonsten machten sich vor 1989 in bezug auf die Elbe insbesondere die mitteldeutschen und tschechischen Kommunisten schwerer Umweltvergehen schuldig.

Direkt oder über Nebenflüsse wie die Mulde, die Schwarze Elster oder die Biela wurden Unmengen von Abwässern aus Zentren der Chemieindustrie wie Bitterfeld oder Brüx ungeklärt in den Fluß geleitet, so daß dieser zusehends einer riesigen Kloake glich.

Erst die Wiedervereinigung brachte Rettung. Vor allem die in Mitteldeutschland und in Nordböhmen in großer Zahl gebauten Kläranlagen (allein auf tschechischem Gebiet entstanden mit maßgeblicher deutscher Hilfe drei Dutzend solcher Anlagen) führten eine deutliche Verbesserung der Wasserqualität herbei.

Die einstige Fischvielfalt kehrte zurück, und selbst der als Indikator für sauberes Wasser geltende Lachs war wieder da.

Doch schon drohen dem Fluß neue Gefahren, befürchten Naturschützer. Denn das engere wirtschaftliche Zusammenwachsen Europas gibt dem Strom eine steigende Bedeutung als Schiffahrtsstraße zu.

Bei einer Gesamtlänge von 1144 Kilometern fließt die Elbe zwischen ihrer Quelle im Riesengebirge und der Mündung in die Nordsee bei Cuxhaven über knapp 400 Kilometer durch tschechisches Territorium. Aber erst ab der Stadt Melnik, wo die Moldau in die Elbe mündet, ist sie auf böhmischem Gebiet auf rund 107 Kilometern schiffbar.

Das reicht immerhin, um die Hauptstadt Prag und das hochindustrialisierte Nordböhmen auf dem Wasserweg mit dem Freistaat Sachsen und via Hamburg mit den Weltmärkten zu verbinden. Jedenfalls zeitweise.

Ein Großteil des Jahres ist der Wasserpegel – ähnlich wie in den sächsischen Elbabschnitten – für den Warentransport nämlich zu niedrig. Besonders problematisch ist in dieser Hinsicht der Flußlauf zwischen Aussig und Herrnskretschen an der Staatsgrenze. Über das Ausmaß der dadurch zu verbuchenden „wirtschaftlichen Schäden" streiten sich die Fachleute. Und nicht nur die: Der bereits seit etwa einem Jahrzehnt für eine bessere Schiffbarkeit geplante Bau von Elbstaustufen in nordböhmischen Naturschutzgebieten ist längst zum Politikum geworden.

Tschechische Umweltschützer und Wirtschaftsvertreter liegen deshalb im Clinch miteinander. Das von einem christdemokratischen Politiker der KDU-CSL geführte Prager Umweltministerium stellt sich gegen das ebenfalls einem Christdemokraten unterstehende Verkehrsministerium. Aber auch bundesdeutsche Politiker und Umweltschützer mischen mit, da die Staustufen in unmittelbarer Nähe zur Grenze zum Freistaat Sachsen liegen würden, so daß es zwangsläufig Auswirkungen auf die hiesige Wasserwirtschaft gäbe (manche mögen dabei noch an die jüngsten Hochwasserkatastrophen zurückdenken).

Zuletzt hat sich außerdem die Umweltkommissarin der Europäischen Union, Margot Wallström, zu Wort gemeldet und Prag mit Strafmaßnahmen gedroht, sollten die vorgesehenen beweglichen Wehre in Kleinpriesen (Male Brezno) und Mittelgrund (Prostredni Zleb) Wirklichkeit werden. Mit diesen beabsichtigt man, den Elbspiegel auf etwa elf Kilometern um bis zu 3,8 Meter anzuheben.

Während Naturschützer eine Zubetonierung der Flußlandschaft im Böhmischen Mittelgebirge bzw. im Elbsandsteingebirge („Böhmische Schweiz") befürchten, prognostizieren Vertreter der tschechischen Lastschiffahrt und der Bauindustrie einen Zuwachs des Warenverkehrs von derzeit jährlich etwa 1,3 Millionen Tonnen auf drei bis vier Millionen Tonnen.

Dem widersprach ein Kommentator der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* im Sommer 2002 mit dem Hinweis, daß selbst bei günstigsten Wasserstandsbedingungen täglich höchstens ein Dutzend Schiffe zwischen der Tschechischen Republik und Cuxhaven verkehrten.

Tatsächlich muß man fragen, ob ein derart geringes Verkehrsaufkommen die unvermeidbaren landschaftlichen Zerstörungen und den gewaltigen Kostenaufwand von mindestens 6,2 Milliarden Kronen rechtfertigen kann.

Daß es überhaupt zu der bis 2007 vorgesehenen Fertigstellung der beiden Wehre kommt, ist derzeit sehr fraglich. Der tschechische Senat hat jedenfalls am 29. Januar ein neues Binnenschiffahrts-Gesetz an das Abgeordnetenhaus zurückverwiesen.

Es beinhaltete eine Ausnahmeregelung für den entsprechenden Elbe-Abschnitt im Bezirk Tetschen. Um dort das Flußbett tiefer legen und die anvisierten Staustufen bauen zu können, wurde das Vorhaben als „öffentliches Interesse" deklariert.

Doch der Senat lehnte diese Wertung ab. Stellvertretend für die Haltung der Mehrheit sei eine Erklärung des Senators Schovanek zitiert: „Ich kann nicht zufrieden sein, wenn aus unseren Flußläufen sozusagen Kanäle für Oberflächenwasser werden, wenn man die Ufer begradigt und der Charakter unserer Flüsse sich letztlich völlig ändert." – Jeder, der das malerische Elbtal bei Aussig mit eigenen Augen gesehen hat, kann dem nur von Herzen zustimmen.



Aussig: *Hafenkai und Burgruine Schreckenstein* Foto: Archiv

Naturschützer befürchten Zubetonierung einmaliger Flußlandschaften

Blick nach Osten

Schadensbilanz

Warschau – Seit Anfang dieses Jahres arbeitet in Warschau eine polnische Expertenkommission, die alle Verluste und Schäden schätzen soll, die die polnische Hauptstadt infolge des Zweiten Weltkrieges und der deutschen Besatzungsherrschaft erleiden mußte. Die vom Stadtpräsidenten und Vorsitzenden der rechtsgerichteten Partei „Recht und Gerechtigkeit" Lech Kaczynski ins Leben gerufene Kommission hat die Aufgabe Zahlenmaterial zusammenzutragen, das gegebenenfalls zur Untermauerung neuerlicher Entschädigungsforderungen an die Bundesrepublik Deutschland dienen soll (siehe auch *PAZ* 6/04, S. 6).

Kirchenpolitik

Chisinau – Der oberste Gerichtshof der Republik Moldawien hat eine bedeutsame kirchenpolitische Entscheidung gefällt. Wie „Radio Rumänien" am 3. Februar berichtete, erklärten die Richter einen Beschluß der kommunistischen moldawischen Regierung aus dem Jahr 2001 für nichtig, wonach die zur Russisch-Orhodoxen Kirche gehörende heutige Metropolie Moldova zum Rechtsnachfolger der früheren Metropolie Bessarabien bestimmt wurde. Letztere unterstand bis zu ihrer Auflösung 1944 dem rumänischen Patriarchat. Die jetzige Entscheidung eröffnet für die in den 90er Jahren wiederbelebte Metropolie Bessarabien die Möglichkeit, die Rückgabe von unter der Sowjetherrschaft beschlagnahmten Besitztümern einzuklagen.

Bedenkliche Statistik

Bukarest – Erschreckende 47 Prozent aller Einwohner Rumäniens haben in ihrem Leben noch kein einziges Buch gelesen. Das ergab eine Umfrage des Bukarester Kultusministeriums. Eine weitere alarmierende Untersuchung veröffentlichte das Nationale Statistik-Institut. Demnach explodierten in Rumänien im zurückliegenden Jahrzehnt die Preise um das Tausendfache, während die Bruttodurchschnittslöhne in der gleichen Zeit bloß um das 212fache stiegen. Somit ist die Kaufkraft der Bevölkerung heute fast fünfmal geringer als noch 1993. Besonders hohe Teuerungsraten gab es bei Haus- und Grundstückskäufen, elektrischen Haushaltsgeräten, Kleidung und Kraftstoffen, während sich die Preise für Lebensmittel nur vergleichsweise wenig erhöhten (höchstens um das 200fache).

Schlesien:

Grün für Polkowitz

Autokonzerne investieren in wirtschaftlichen Problemgebieten

Das Wirtschaftswachstum in der Republik Polen hat sich in letzter Zeit – nach einer Periode rasanter Zuwächse – stark verlangsamt. Ausländische Investoren zeigten sich plötzlich zurückhaltend: Nachdem im Jahr 2000 noch 10,6 Milliarden Dollar ins Land geflossen waren, verringerte sich der Umfang 2002 auf nur noch 6,1 Milliarden. In der ersten Hälfte 2003 konnten die Behörden sogar nur 2,5 Milliarden Dollar an fremden Geldern verzeichnen.

Solche Entwicklungen drücken naturgemäß auf die von Zukunftssorgen angesichts des bevorstehenden EU-Beitritts und von Arbeitslosigkeit geprägte Stimmung.

Ein Lichtblick ist die fortgesetzte Entwicklung Schlesiens zu einem internationalen Zentrum der Automobilindustrie. Im ostmitteleuropäischen Vergleich muß man nur den in diesem Bereich ebenfalls äußerst erfolgreichen Großraum um die slowakische Hauptstadt Preßburg fürchten.

Bereits Mitte und Ende der 90er Jahre gab es in Schlesien erhebliche Investitionen ausländischer Autokonzerne. Diese ließen die Hoffnung aufkommen, daß die von einem häufig völlig unverständlichen Warschauer Zentralismus und dem Aderlaß der Montanindustrie im oberschlesischen Revier gebeutelte Region mit fremder Hilfe den wirtschaftlichen Aufschwung schaffen kann.

Im Oktober 1998 wurde beispielsweise in Gleiwitz ein Opel-Werk eröffnet, das über die gleichen Produktionsanlagen verfügt wie die Opel-Fabrik in Eisenach, die als die modernste Europas gilt.

Volkswagen ließ ein eigenes Motorenwerk im niederschlesischen Polkowitz in der 1997 eingerichteten Sonderwirtschaftszone Liegnitz bauen, das viele Zulieferbetriebe anlockte – aus Deutschland etwa den Autositze-Hersteller Sitech.

Erst kürzlich kündigte die japanische Firma Sanden an, am selben Ort mit einem Mitteleinsatz von 60 Millionen Euro ab 2005 jährlich eine Million Kompressoren für Klimaanlagen herstellen zu wollen. Die Bauarbeiten für das neue Werk beginnen im April.

In der Bergbaustadt Waldenburg stieg Toyota mit einem Investitionsumfang von bis dato 100 Millionen Euro (und geplanten weiteren 300 Millionen bis Ende 2005) groß ein. Mit einer Jahresproduktion von 300 000 Motoren und 600 000 Getrieben soll diese Fabrik zu einem der größten Teilehersteller des ganzen Konzerns werden.

Toyota will außerdem in Jeltsch-Laskowitz bei Breslau aktiv werden, wo eine Produktionsstätte für Dieselmotoren entstehen soll. Mit Isuzu tat sich ein weiteres japanisches Unternehmen in Tichau im Gebiet der Sonderwirtschaftszone Kattowitz um.

In Breslau selbst hat sich der schwedische Konzern Volvo niedergelassen und betreibt dort seine europaweit größte Busfabrik.

Die Landeshauptstadt hebt sich in vielerlei Hinsicht – nicht zuletzt in bezug auf ihre Wirtschaftskraft und die Attraktivität für ausländische Investoren – von der „schlesischen Provinz" zwischen Grünberg und Pleß ab. Dort ist der Einsatz von Konzernen wie VW, Opel oder Toyota um so wichtiger.

Das zwischen Glogau und Lüben gelegene Polkowitz lebt noch immer weitgehend von seiner Kupferhütte. Die Erzlager sollen allerdings in 20 bis 30 Jahren ausgebeutet sein, und dann wäre in diesem 20 000-Einwohner-Städtchen sozusagen endgültig „Schicht".

Im oberschlesischen Gleiwitz (siehe *PAZ* 43/03, S. 7) und im niederschlesischen Waldenburg sieht es eher noch schlechter aus. Von einst 7300 Bergleuten des Waldenburger Kohlereviers wurden bereits zwischen 1993 und 1995 knapp 5800 entlassen.

Eine mit etlichen Steuervorteilen verbundene Sonderwirtschaftszone soll nun möglichst viele ausländische Firmen in das landschaftlich sehenswerte Gebiet locken.

Ähnliche Sonderwirtschaftszonen sowie weitgehende Steuervorteile für Investoren gibt es in Schlesien (aber auch in anderen Teilen der Republik Polen) allerorten. In Polkowitz bekam man den Zuschlag des japanischen Sanden-Konzerns auch wegen des Versprechens einer fünfjährigen Befreiung von der Immobiliensteuer.

Nach der EU-Erweiterung im Mai wird es unter diesen Bedingungen noch so manchen Wirtschaftsriesen aus den westlichen Industriestaaten gen Osten locken. Für den polnischen Staat dürfte das aber kaum ausreichen, um den absehbaren Zusammenbruch eines Großteils der Landwirtschaft ökonomisch aufzufangen. Und für die bundesdeutsche Volkswirtschaft bedeutet jede weitere Verlagerung von Kapital und Arbeitsplätzen eine Vertiefung der gegenwärtigen Krise.

Louis von Valentin

EU rechnet »schön«

Zahlen von Eurostat halbieren auf dem Papier Österreichs Arbeitslosenstand

Spätestens seit Erfindung der Relativitätstheorie weiß man, daß alles ziemlich relativ ist. Aber eigentlich hatte schon vorher jedes Ding mindestens zwei Seiten – warum also nicht auch die Arbeitslosigkeit? Dieser Tage kam die Meldung, in Österreich sei die Arbeitslosigkeit auf den Rekordwert von 9,1 Prozent gestiegen! Doch nach der schlechten gleich die gute Nachricht: Die 9,1 Prozent wurden nach der österreichischen Methode errechnet – nach der EU-Methode sind es nur 4,6 Prozent. Die EU beweist: Geteiltes Leid ist ziemlich exakt halbes Leid, selbst wenn man es sonst gar nicht hätte. Daher besteht auch kein Grund zur Panik, wenn Politiker „die Arbeitslosen halbieren" wollen: Eurostat erledigt es ganz unblutig.

Beim Vergleichen riskiert man zuweilen, als „gefährlicher Relativierer" vor Gericht gestellt zu werden. Aber Wirtschaftsdaten zu vergleichen ist bislang erlaubt – und tatsächlich sehen die 4,6 Prozent im Vergleich noch viel besser aus: Denn nur Irland, die Niederlande und Luxemburg liegen um ein paar Zehntelprozentpunkte darunter, alle anderen sind darüber. Spanien hält mit 11,2 Prozent die Spitze – unangefochten, denn die Verfolger Frankreich und Deutschland hinken mit 9,5 und 9,2 Prozent deutlich nach. Für die gesamte EU werden acht Prozent genannt. Wieso aber sind es für die Euro-Zone 8,8 Prozent? Liegt es daran, daß die Euro-Zwangsjacke noch enger ist als das EU-Korsett und daß die Regierungen noch weniger Spielraum für konstruktive Wirtschaftspolitik haben?

Noch ein Blick nach Österreich, wo keineswegs alles lustig ist. Da gibt es eine bedrohlich steigende Arbeitslosigkeit von Akademikern. Klar, denn wenn etwa eine Wiener Baufirma früher ihre eigenen Statiker beschäftigte, so werden deren Aufgaben heute im nahen Preßburg erledigt – viel billiger. Gerade bei technischem und medizinischem Personal ist die EU-Erweiterung seit Jahren im Gange. Und dazu kommt ein kurioser Nebeneffekt der Studiengebühren, die von der ÖVP-FPÖ-Regierung eingeführt wurden: Man studiert schneller – und wird zum ungünstigsten Zeitpunkt fertig. Europaweit liegt die Jugendarbeitslosigkeit über dem Durchschnitt. Bei Kindern von Einwanderern ist sie aber noch höher. Warum? Die Multikulti-Irrlehre bewirkt nämlich, daß solche Jugendlichen weder die eine noch die andere Sprache beherrschen und daher oft nicht für Lehrberufe in Frage kommen!

Dabei sind die Arbeitslosenzahlen ohnehin geschönt. Zum Beispiel durch überlange Schul- und Studienzeiten. Oder durch „Schulungen" für Arbeitslose: Es entstehen Arbeitsplätze für Schulungspersonal, und wer die Schulbank drückt, drückt nicht die Statistik. Auch Pensionisten sind nicht arbeitslos – daher die Beliebtheit von Frühpensionierungen. Wenn man Bahn, Post oder Kommunalbetriebe privatisieren will, muß man zunächst den Happen für potentielle Käufer schmackhaft machen. Überzähliges Personal wird also vorzeitig pensioniert – amtsärztliche Atteste stellen kein unüberwindliches Hindernis dar.

Regierungen sind in einem gewissen Zwiespalt: Für daheim soll die Quote möglichst niedrig aussehen. In einem Umverteilungsverein ist es aber gar nicht so schlecht, schlecht dazustehen, denn um so eher gibt es Subventionen zu Lasten der Nettozahler. Nehmen wir den doppelten Spitzenreiter Spanien: Im Süden des Landes sind heute riesige Flächen mit Plastik überzogen. Darunter wird EU-subventionierte Plantagenwirtschaft betrieben. Und beschäftigt sind meist illegale Einwanderer, die ebenfalls unter Plastik hausen und ein paar Euro pro Tag verdienen. Wichtig zu wissen: Schwarzarbeit erhöht nicht das Sozialprodukt und folglich auch nicht die EU-Beiträge!

Und das leitet über zu den neuen EU-Mitgliedern: Im Durchschnitt beträgt die Arbeitslosenquote 14,1 Prozent, und Spitzenreiter Polen liegt bei 19,1 Prozent. Aber überall – selbst in Polen – gibt es unzählige illegale „Gastarbajteri"! Eben von noch weiter östlich und für Arbeiten, die den einheimischen Arbeitslosen zu minder sind.

Abschließend eine Preisfrage: Welcher „Synergieeffekt" errechnet sich aus den acht Prozent der „alten EU" und den 14,1 Prozent der Neu-Europäer? Als Trostpreis winkt eine kleine Vorreihung in der Schlange am Arbeitsamt. **R. G. Kerschhofer**



Nordafrikanische Gastarbeiter: *Schwarzarbeit verringert das Bruttosozialprodukt und somit die darauf basierenden Zahlungen an die EU.* Foto: Caro

Anzeichen für Entspannung

Chirac strebt Einigung mit Algier bezüglich algerischer Einwanderer an

Mehr als 40 Jahre nach Algeriens Erlangung der Unabhängigkeit am 1. Juli 1962 sind die Streitigkeiten zwischen der ehemaligen Kolonie und dem einstigen Mutterland noch nicht beigelegt. Frankreichs Staatschef Jacques Chirac, der schon am Anfang seiner Laufbahn als hoher Beamter eine gewisse Sympathie für die Sache des „französischen Algerien" hegte, will nun alles unternehmen, damit sich das Verhältnis zwischen den einstigen Kriegsgegnern von 1954 bis 1962 endlich entspannt.

Der Hauptstreitpunkt zwischen Algier und Paris ist gegenwärtig die Frage um das Schicksal der „Harkis". Diese Gruppe gebürtiger Algerier hatte im Krieg auf der Seite Frankreichs gekämpft, und Algerien streitet ihnen bis heute das Recht, in ihr Heimatland zurückzukehren, ab. Von den Behörden Algeriens werden die „Harkis" noch heute als „Verräter" und „Kollaborateure" gebrandmarkt, was verständlicherweise die Stimmung zwischen Paris und Algier nicht entspannt. Im Jahre 1962 wurden schätzungsweise 200.000 „Harkis" und ihre Familienangehörigen von den algerischen Aufständischen der FLN („Front libération nationale") getötet. Bei den französischen Behörden schätzt man die Zahl der Mitglieder der „Harki-Gemeinschaft", denen die Flucht nach Frankreich gelang, auf 66.000.

Wie schon in dieser Zeitung berichtet, unternahm Jacques Chirac im letzten Jahr eine Reise nach Algerien und führte direkte Gespräche mit dem algerischen Staatspräsidenten, um die die „Harkis" betreffenden Verhandlungen zwischen beiden Staaten zügig voranzubringen. Da Algerien aus unterschiedlichen Gründen die Auswanderung nach Frankreich fördert und hier auf Entgegenkommen von französischer Seite hofft, wird es vermutlich in der Frage der „Harkis" nachgeben.

Trotz der Kohabitation mit den Sozialisten, die bekannterweise dem französischen Kolonialismus ablehnend gegenüberstehen, konnte Chirac 2001 durchsetzen, daß der 25. September ein Gedenktag für die „Harkis" wurde. 2002 setzte der konservative Regierungschef Jean-Pierre Raffarin sogar einen Hohen Rat für die Aussiedler ein, in dem die „Harkis" und ihre Nachfahren besonders gut vertreten sind. Zudem soll das Nationalparlament darüber beraten, wie die in Rückstand stehenden Integrationsmaßnahmen endlich umgesetzt werden können. Nach Meinung der französischen Regierung geht es nämlich um die völlige Integration der „Harki-Gemeinschaft" in die nationale Gemeinschaft.

Schätzungsweise zählte die „Harki-Gemeinschaft" 800.000 Personen, wobei Familien mit acht Kindern nicht selten sind. Sie leben im Süden und Norden Frankreichs und sind auch im Elsaß und in der Pariser Gegend vertreten. Bei der Wahl stimmen die meisten „Harkis" für Chirac, was jedoch mehr aufgrund ihrer Zuneigung zur Trikolore als aus gaullistischer Gesinnung geschieht. Ihre Nachfahren fangen jetzt an, sich politisch zu artikulieren, doch die Vielzahl der Vereinigungen in dieser Gemeinschaft stellt zur Zeit keine politische Kraft dar. Ihre Tätigkeit begrenzt sich auf die Bewahrung der Erinnerung an ihre Eigentümlichkeit.

Pierre Campguilhem / E. D.

Zeichen von höchster politischer Brisanz

Rußland erklärt sich bereit, einem deutschen Zwangsarbeiter eine Entschädigung zu zahlen / Von Manuela Rosenthal-Kappi

Die in Berlin erscheinende russische Zeitung *Europa-Express* berichtet vom ersten Fall von Entschädigungszahlungen Rußlands gegenüber einem Deutschen für geleistete Zwangsarbeit. Die deutsche Botschaft in Moskau informierte darüber, daß dem 73jährigen Heinz Bornschein aus Essen, der nach dem Krieg in den Kohleschächten Workutas gearbeitet hat, eine Kompensation für 78 Monate Zwangsarbeit in Höhe von ungefähr 170 Euro gewährt wurde. Dieses Geld wurde ihm jedoch nicht nach Deutschland überwiesen, weil Rußland es nur dann auszahlen könne, wenn der Geschädigte in Moskau ein Bankkonto eröffnen würde. Dafür müßte er allerdings nach Rußland reisen und persönlich die erforderlichen Formalitäten erledigen. Alle Versuche deutscher Diplomaten, das Problem anders zu lösen, blieben bislang erfolglos. Die deutsche Botschaft teilte dem ehemaligen Lagerhäftling mit: „Auf unsere Anfrage bezüglich der Möglichkeit, die Kompensation auf das Konto der deutschen Botschaft oder einer anderen Einrichtung zu zahlen, haben wir ehrenhalber eine negative Antwort erhalten." Bornschein zeigte sich allerdings wenig geneigt, eine Reise nach Moskau anzutreten, die ihn zirka 1.500 Euro kosten würde, für eine Entschädigung von 170 Euro!

> Die Kompensation für 78 Monate Zwangsarbeit ergibt rund 170 Euro

Diese Unverhältnismäßigkeit muß einen Deutschen schon sehr verwundern, zumal Deutschland im Unterschied zu Rußland nicht nur die höchsten Entschädigungen an seine ehemaligen Zwangsarbeiter zahlt, sondern auch darum bemüht ist, die Auszahlungen nicht durch unnötige bürokratische Hürden zu verzögern.

Wenn beispielsweise einem Russen, der im Dritten Reich Zwangsarbeit geleistet hat, 2.500 Euro Entschädigung zugesagt werden, zahlt der Fonds „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft", der von der Bundesregierung und deutschen Industrieunternehmen gegründet wurde, die Kompensation an die russische Abteilung des Fonds in Moskau aus. Von dort wird das Geld dem Empfänger je nach Wunsch in Euro oder Dollar ausgezahlt. Zur Zeit hat Deutschland bereits über 80 Millionen Euro an die Moskauer Bank gezahlt. Insgesamt hat der Fonds schon 1,5 Millionen ehemaligen „Ostarbeitern" Kompensationen in Höhe von 2,6 Milliarden Euro ausgezahlt.

Bornschein hatte schon viele deutsche Behörden um Hilfe gebeten, doch erhielt er stets dieselbe Antwort, die er schon im Jahr 2000 vom Außenministerium der Bundesrepublik Deutschland erhalten hatte: „Das nationalsozialistische Regime hat vielen Menschen in Europa großes Leid zugefügt. Die Bundesregierung ist sich auch dessen bewußt, daß während des Zweiten Weltkrieges und in den Nachkriegsjahren viele Deutsche Opfer von Gewalt und Willkür von seiten ausländischer Mächte wurden. Aber so unrechtmäßig die Handlungen anderer Mächte auch waren, sind ihre Gründe in der Regel mit den ungeheuerlichen Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes verbunden. Deshalb beabsichtigt die Bundesregierung nicht, von der Russischen Föderation Kompensationen für die Opfer von Zwangsarbeit zu fordern."

Schon beim Einmarsch der Roten Armee im Jahre 1944 wurden ungefähr 200.000 Deutsche in die UdSSR deportiert. Heinz Bornscheins Schicksal, geboren 1930, gleicht dem vieler Kriegshäftlinge. Zur Zeit seiner Deportation 1949 arbeitete der damals 19jährige Berliner als Praktikant bei der SPD-Zeitung *Telegraph*. Im September 1949 wurde er beschuldigt, subversive Arbeit geleistet zu haben, und zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Zusammen mit 200 Menschen wurde er in einen Eisenbahn-Waggon verladen, der nach Osten in Richtung Moskau fuhr. Nach Stalins Tod 1953 wurde die Strafe auf zehn Jahre verkürzt. Von April 1950 an arbeitete Bornschein als Bergarbeiter in einem Kohleschacht. Die Arbeiter wohnten in Baracken zu 150 bis 200 Mann. „Viele sind verhungert", erinnert sich Bornschein.

Im September 1955 erreichte Konrad Adenauer bei der UdSSR die Freilassung von 10.000 Kriegsgefangenen und 20.000 Zivilinternierten. Auf Adenauers Liste stand auch Bornschein. Nach sechseinhalb Jahren unter sowjetischem Regime traf er am 13. Oktober 1955 im Lager Friedland ein, unweit von Göttingen. Als nach der deutschen Wiedervereinigung Kompensationen an die „Ostarbeiter" gezahlt wurden, entschied Bornschein sich am 1. November 1999 dazu, selbst über die russische Botschaft in Berlin den Antrag auf Entschädigung zu stellen. Weil er keine Antwort erhielt, schaltete er deutsche Beamte ein, indem er die Hilfe der deutschen Botschaft in Moskau nutzte.

> Bundesregierung verweigert jegliche Art von Unterstützung

Es dauerte vier Jahre, bis er die ersten Ergebnisse erzielte: Die Generalstaatsanwaltschaft Rußlands rehabilitierte ihn. Doch damit war Bornschein nicht zufrieden und erreichte letzten Endes den Zusatz, daß ihm eine finanzielle Kompensation zustünde. „Die Größe der angebotenen Kompensation richtet sich nach Art. 15 des ‚Gesetzes über die Rehabilitation für Opfer politischer Repressionen' und beträgt 75 Rubel pro Monat", erklärte die Botschaft. Nach der Berechnung der russischen Behörde wurden ihm 5.850 Rubel für 78 Monate angeboten. Das heißt, man hatte ihm für 2.340 Tage Zwangsarbeit umgerechnet 2,5 Rubel pro Tag geboten. Bornschein, der nach dem Krieg in führender Position bei einem großen deutschen Autohersteller beschäftigt war, wertet die Offerte als Hohn. Dennoch sieht er in dem russischen Angebot, ihm eine Kompensation zu zahlen, ein Ereignis von höchster politischer Brisanz.

Dem Außenministerium der BRD schrieb Bornschein: „Wenn die Vertreter meines Landes derartige Handlungen aus dem Grund der politischen Korrektheit zulassen, neige ich dazu, das Verhalten der Regierung als Verrat zu betrachten." ■

Gegen jegliche Vernunft

Windenergie ist unter Effektivitätsaspekten für Deutschland ungeeignet

I. Teil / Von H. M. Kottowski-Dümenil

Die Zukunft der Energieversorgung liegt auf dem Wasser. Diesen Eindruck vermittelt die Regierung. Es liegen derzeit 30 Anträge für Off-shore-Windparks vor mit einem Investitionspotential von 50 Milliarden Euro. *Die Welt* meldete in ihrem Artikel „Energie 2002" am 10. April 2002: „Eine Entwicklung ohne Beispiel: Ausbau der Windenergie eilt von Rekord zu Rekord." Anleger haben im vergangenen Jahr rund 406 Millionen Euro in Windenergiefonds angelegt. Grund dafür sind die günstigen Rahmenbedingungen. Das überarbeitete „Erneuerbare-Energien-Gesetz" garantiert die Abnahme des Windstroms zu festgelegten Preisen über einen Zeitraum von 20 Jahren. Das gibt den Anlegern die Gewißheit, daß es für das Produkt Windstrom immer einen Abnehmer geben wird. Die Stromnetzbetreiber sind verpflichtet, ihn abzunehmen und zu bezahlen. Die ersten Windkraftanlagenbauer sind trotz der Flaute am Aktienmarkt an die Börse gegangen. Ob diese Situation so weiterbestehen kann, ist fraglich, da Subventionen der EU-Kontrolle unterstehen und eine Art der Diskriminierung anderer Ressourcen darstellen.

Für die Nutzung auf hoher See sprechen höhere und gleichmäßigere Windgeschwindigkeiten. Näher zur Küste bestehen kaum Chancen, zum einen wegen des Wattenmeers, zum andern wollen die Bewohner der Küste und Inseln keine Windräder am Horizont. Mit zunehmendem Abstand von der Küste wachsen aber auch die Wartungs- und Investitionskosten. Es kommen aus diesem Grunde nur Maschinen der Größenordnung fünf Megawatt in Frage, soll Aussicht auf Rentabilität bestehen.

Im Erneuerbare-Energien-Gesetz ist dem bereits Rechnung getragen. Off-shore-Anlagen werden höher subventioniert als Windräder an Land. Sie erhalten den Spitzensatz von 9,10 Cent pro Kilowattstunde nicht fünf Jahre, wie üblich, sondern neun Jahre lang. Erst danach kommt die geringere Vergütung von 6,19 Cent pro Kilowattstunde zum Tragen. Doch selbst diese Vorzugsbehandlung wird nicht ausreichen, Off-shore-Anlagen rentabel zu machen. Nach Ansicht von Dr. G. Sauer, Ministerialdirigent beim Land Schleswig-Holstein, ist für Off-shore-Anlagen mit Stromgestehungskosten von etwa 11 Cent pro Kilowattstunde zu rechnen. Sie liegen damit weit über dem Garantiepreis.

Die massive Windanlagennutzung, sollte sie realisiert werden, gefährdet wegen der unstetigen Windströme auch die Netzstabilität, die heute in Norddeutschland noch von den Generatoren der Kernkraftwerke glattgebügelt wird. Kern- und Windkraft sind also zum Mißfallen von Umweltminister Trittin „innige Schwestern im Netz", der aber erklärt, daß die Kernkraft den Ausbau der Windkraft behindere.

Die Realität holt den Idealisten sehr schnell ein. Der Kraftwerksmix enthält 30 Prozent Kernkraft, 24 Prozent Steinkohle, 28 Prozent Braunkohle, neun Prozent Erdgas, vier Prozent Wasser und nur einen Rest von fünf Prozent aus den von den Grünen mit sehr viel öffentlichkeitswirksamer Propaganda gewünschten Energiequellen Müll, Wind und Sonne.

Ein Verfechter der Kernenergie hat vorgeschlagen, alle Sonnen- und Windfreunde können heute schon im Rahmen eines Mixangebotes der Stromversorger 100 Prozent Sonnen- oder Windenergiestrom ordern. Man kann nur dringend dazu auffordern, dies auch zu tun und nicht wegen der hohen Kosten, zum Beispiel bei einem Jahresverbrauch von 4.000 Kilowattstunden etwa 2.400 Euro für Sonnenenergie, dann doch wieder auf den von Energiefachleuten aufgebauten deutschen Kraftwerksmix zu etwa 650 Euro zurückzugreifen. Ein Preis, den man aus Gesinnungsverantwortung zahlen sollte, wenn man davon überzeugt ist.

Immer wieder versucht die Windkraftindustrie, die Öffentlichkeit mit Erfolgszahlen zu beeindrucken. Die meisten Bürger nehmen dies hin, da sie von der Materie wenig verstehen. Man glaubt es einfach. Überraschend ist, daß die Presse dies kritiklos hinnimmt. Da wird von 11.800 Windrädern mit einer Leistung von 9.200 Megawatt geschrieben, mit denen in einem normalen Windjahr 3,5 Prozent des deutschen Stromverbrauchs gedeckt werden könnten. Bis 2030 sei sogar ein Anteil von 15 Prozent möglich. Die Wirklichkeit sieht aber anders aus: Gemäß Jahresbericht 2001 des Verbandes der Elektrizitätswirtschaft stieg der Gesamtverbrauch in Deutschland 2001 um 11,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr (von 480 Milliarden Kilowattstunden auf 534 Milliarden Kilowattstunden). Der Anteil der Windkraft an der Gesamtstromerzeugung stieg aber nur von 1,8 Prozent auf 2,15 Prozent. Das heißt, daß die jährliche Stromverbrauchszunahme in Deutschland zur Zeit etwa fünfmal so groß ist wie die gesamte Jahresstromerzeugung aus der Windkraft. Das bedeutet für die Windkraft bei einer auf Wachstum orientierten Wirtschaftsordnung ein verlorenes Rennen. Außerdem kann kein Kohle- oder Kernkraftwerk abgeschaltet werden, selbst wenn Hunderttausende Windkraftanlagen gebaut würden. Es sei denn, das Speicherproblem elektrischer Energiemengen könnte gelöst werden

Die berechtigte Frage ist: In welchem Ausmaß kann die Windkraft in Deutschland überhaupt genutzt werden? Die Antwort ist deprimierend, leider sind die Verfügbarkeit und ihre Wirtschaftlichkeit nicht gegeben. Windkraftanlagen verhalten sich grundlegend anders als Kraftwerksanlagen. Sie sind eine von natürlichen Verhältnissen abhängige instabile Versorgung mit entsprechend großen Schwankungen. Das Bestreben der Windkraftbetreiber geht dahin, Windparks zu vernetzen und nur an Knotenpunkten den Strom ins allgemeine Netz einzuspeisen. Dies wird aber den Nachteil der instabilen Verfügbarkeit im Verbrauchernetz nicht beheben.

Die 11.800 Windräder mit einer Anschlußleistung von 9.200 Megawatt erzeugten im letzten Jahr 11,5 Milliarden Kilowattstunden. Damit war jede Anlage, bezogen auf ihre Durchschnittskapazität, 1.250 Stunden im Jahr in Betrieb. Das sind genau 14,3 Prozent der 8.760 Jahresstunden.



Off-shore-Windpark: *Die auf hoher See stationierten Windräder bieten einen Kompromiß zwischen Klima- und Naturschutz.* Foto: Visum

Oft wird der wirtschaftliche Nutzen als Motivation angeführt. Die Windkraftbranche beschäftigt in Deutschland allein 35.000 Mitarbeiter und erwirtschaftet etwa 3,5 Milliarden Euro. Es wird nur vergessen, daß der Boom durch per Gesetz erzwungene Abgaben aufrechterhalten wird. Im Jahre 2001 hat Wirtschaftsminister Müller erklärt, „für jeden Arbeitsplatz in der Windenergie gibt der Steuerzahler 350.000 Mark (175.000 Euro) und für einen Arbeitsplatz im Bergbau 100.000 Mark (50.000 Euro) aus". Im Gegensatz zur Kohle werden die Windsubventionen per Erneuerbare-Energien-Gesetz dem Bürger unmittelbar auferlegt und damit der politischen Subventionsverantwortung entzogen. Prof. Alt aus Aachen bezeichnet die Sonnen- und Windenergie als Dauersubventionsfalle. Unter diesem Schutz konnte und kann sich eine in der Welt führende Industrie entfalten, die zu erhalten durchaus im Rahmen der Eigenwirtschaftlichkeit sinnvoll ist. Es ist aber unsinnig, sie als Primärenergieersatz auszuweisen.

Etwa ein Drittel der Weltbevölkerung, entsprechend etwa 750 Millionen Haushalte mit zwei Milliarden Menschen, sind ohne Anschluß an eine Stromversorgung. Diese Haushalte befinden sich besonders in den ländlichen Gebieten Afrikas und Asiens. Eine netzgebundene Versorgung ist hier sehr aufwendig und oft unmöglich. Hier eignen sich Windanlagen für eine dezentrale Versorgung, da es in vielen Fällen auch nicht auf eine kontinuierliche Versorgung ankommt.

Fortsetzung folgt

Ein aufrechter Patriot

Hans-Jürgen Mahlitz zum 75. Geburtstag von Wilfried Böhm

Böhm? Der mit dem Deutschlandlied? Den sie den „Böhm von Fallersleben" nannten? Richtig – wer sich etwas näher mit der jüngeren Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland beschäftigt, weiß, wie eng Wilfried Böhm und das Lied der Deutschen zusammengehören. Wohl kein anderer Abgeordneter des Deutschen Bundestages hat so intensiv dagegen angekämpft, daß unsere Nationalhymne immer weiter an den Rand des öffentlichen Bewußtseins gerückt wurde.

So war es denn wohl auch nicht nur Zufall, daß unter den wenigen Abgeordneten, die am Abend jenes legendären 9. November 1989 noch im Plenum des Bonner Bundeshauses ausharrten, auch Wilfried Böhm war. Mitten in die letzten noch abzuarbeitenden Tagesordnungspunkte platzte die Nachricht von der Öffnung der Berliner Mauer. Spontan wurde das Deutschlandlied angestimmt. Von wem? Natürlich von Böhm.

Der Anfang vom Ende der deutschen Teilung – damit stand an diesem Abend urplötzlich genau das Thema auf der Tagesordnung, das Böhm in seiner jahrzehntelangen Politikerlaufbahn wie kein anderes umgetrieben hatte. Und dem er auch einen Karriereknick, zumindest einen Karrierestillstand zu verdanken hatte. Als nämlich Helmut Kohl – vielleicht zwei, drei Jahre vor dem Ende der DDR – wieder einmal die „Stahlhelmer" um Alfred Dregger abkanzelte, die deutsche Einheit stehe „nicht auf der Tagesordnung der Weltpolitik", machte sich der Abgeordnete aus Melsungen bei seinem Parteichef unbeliebt, indem er anwortete: „Dann stellen Sie sie auf die Tagesordnung, Herr Bundeskanzler!"

Böhm selber hatte die Überwindung der Teilung des Vaterlandes immer auf der Tagesordnung, seit er 1972 erstmals in den Bundestag gewählt worden war. Und für ihn war das Thema auch mit dem Beitritt der DDR zum Grundgesetz nicht erledigt; bis heute mahnt er, die staatsrechtlich vollzogene Einheit nun endlich auch zu vollenden. Dafür mußte er sich – vor und nach 1989 – als „Kalter Krieger" beschimpfen lassen. Zumal er, bei aller Genugtuung über die großartige Leistung der friedlichen Revolution der Deutschen, immer wieder daran erinnert, daß Deutschland eigentlich mehr ist als die Summe aus DDR und „BRD".

So verwundert es nicht, daß Wilfried Böhm dieser Zeitung, die sich wie keine andere dem Vermächtnis des deutschen Ostens verpflichtet weiß und daher auch im 55. Jahrgang noch den Namen *Ostpreußenblatt* im Untertitel führt, seit vielen Jahren als Autor, Berater und Freund verbunden ist (siehe Seite 5 in dieser Ausgabe). Insbesondere mit seinen fundierten Beiträgen gegen die anglizistische Verfremdung unserer deutschen Sprache oder gegen den überzogenen Zentralisierungswahn der EU-Bürokratie hat er sich eine treue Lesergemeinde erworben.

So wünschen Redaktion und Herausgeberin der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* diesem aufrechten Patrioten anläßlich seines 75. Geburtstags am 9. Februar Glück, Gesundheit und noch viel Schaffenskraft. Und ich persönlich danke für jahrzehntelange harmonische Zusammenarbeit und für so manchen wertvollen freundschaftlichen Rat – Wilfried Böhm ad multos annos! ■

Ehrung abgelehnt

Münchner Bürgermeister gegen Trümmerfrauendenkmal

Münchens amtierender Oberbürgermeister Christian Ude hat den ihm vom Münchner Günter Hagner unterbreiteten Vorschlag, die deutsche Trümmerfrau in der Stadt mit einem Denkmal zu ehren, abgelehnt. Erschreckender und desillusionierender noch als diese Ablehnung ist deren Begründung. So versteckt sich der SPD-Politiker hinter dem Ältestenrat des Stadtrates, der ebenfalls die Ansicht vertrete, daß „die Wiederaufbaugeneration nicht undifferenziert geehrt werden" solle. Diese Argumentation ist an den Haaren herbeigezogen, da bisher wohl noch bei keinem anderen für eine Person oder eine Personengruppe gesetzten Denkmal vorher überprüft worden ist, ob die gesamte Generation des oder der Geehrten eine undifferenzierte Ehrung verdiene.

Viel erschreckender ist jedoch der Geist, der sich hinter dieser Begründung auftut. Eine derartige offene Distanzierung eines Regierungschefs von seinen Wählern beziehungsweise deren Eltern oder Großeltern dürfte wohl nur in der deutschen Demokratie möglich und denkbar sein.

Außer um den demokratischen Charakter läßt einen eine solche Argumentation aber auch um die Wirtschaftskraft unseres Staates bangen. Mit seiner Mißachtung der Wiederaufbauleistung einschließlich der damit verbundenen Opfer und Entbehrungen erweist sich Ude als ein typischer Vertreter der 68er Generation.

Am 26. Oktober 1947 geboren, dürfte er kaum noch prägende Erinnerungen an die Trümmerbeseitigung haben. Seine Jugend fällt bereits in die Zeit des Wirtschaftswunders. Als Willy Brandt regierte und den Staatsapparat aufblähte, war Ude im besten Berufseintrittsalter für den Führungsnachwuchs. Tausende von Altersgenossen Udes fanden in dieser Zeit nicht unbedingt Arbeit, aber lukrative Planstellen im Universitäts-, Schul- und Staatsverwaltungsbetrieb. Für diese Generation ist der (noch) vorhandene Wohlstand in der Bundesrepublik nicht das Ergebnis einer wohl beispiellosen Selbstausbeutung einer Wiederaufbaugeneration, sondern der Normalfall. Diese Nachkriegsgeneration ist jetzt zunehmend an die Schaltstellen der Macht gerückt, und man fragt sich bange, wie diese Schönwetterpolitiker mit den nicht zuletzt aufgrund ihrer Politik anwachsenden Krisen fertigwerden sollen. **M. Ruoff**

Keine Pose oder Phrase

Die Kunsthalle Göppingen zeigt das grafische Werk von Max Liebermann

Die Kunsthalle Göppingen genießt seit 1989 mit ihrem spannenden Programm zeitgenössischer Kunst einen internationalen Ruf. Mit der Kunststiftung Dr. Hans-Joachim und Elisabeth Bönsch hat sie zwei Jahrhunderte Kunstgeschichte hinzugewonnen. Rund 2.500 Druckgrafiken, Handzeichnungen, Gemälde und Skulpturen spannen einen Bogen vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Die Sammlung umfaßt unter anderem Werke von Francisco Goya, Henri de Toulouse-Lautrec, Max Liebermann, Max Slevogt, Käthe Kollwitz, Ernst Barlach, Oskar Kokoschka und Friedemann Hahn. Bis zum Neubau der Kunsthalle, der 2007 fertiggestellt sein wird, hat die Sammlung auf Schloß Filseck, etwa 40 Kilometer von Stuttgart entfernt, einen attraktiven Ort. Wechselnde monografische und thematische Ausstellungen eröffnen immer neue Blickwinkel.

Die Ausstellung „Max Liebermann. Das Lebendige ist das A und O aller Kunst“ gibt mit rund 120 Grafiken einen eindrucksvollen Überblick über das Werk des deutschen Spätimpressionisten. In der Kunststiftung Dr. Hans-Joachim und Elisabeth Bönsch ist das grafische Werk Liebermanns fast vollständig vertreten. Handzeichnungen und einige Gemälde ergänzen den umfangreichen Liebermann-Bestand auf Schloss Filseck (bis 21. März).

Max Liebermann: *Selbstporträt*
Foto: Kunsthalle Göppingen

Seit den 1870er Jahren galt Max Liebermanns Interesse den Darstellungen von einfachen, arbeitenden Menschen, die mit genügsamer Selbstverständlichkeit ihrer Tätigkeit nachgehen. Allerdings wird gerade dieser Blick auf das Unspektakuläre zu einem Affront gegen den Geschmack der bürgerlichen Gesellschaft, welcher der junge Künstler als Sohn einer reichen jüdischen Fabrikantenfamilie selbst entstammte. Mit seinen Alltagsszenen, seinen Darstellungen von Handwerkern, Bauern und Arbeitern wird Liebermann in den Augen der konservativen Kritik zum „Apostel der Häßlichkeit“. In diesen Jahren wurde das geliebte Holland für ihn zu einer künstlerischen Wahlheimat. „In der Intimität liegt seine Schönheit. Und wie das Land, so seine Leute: nichts Lautes, keine Pose oder Phrase“, schreibt Liebermann 1901. Noch dazu bot Amsterdam im Gegensatz zur rasanten Hektik anderer Metropolen eine überschaubare und anheimelnde städtische Atmosphäre. Liebermann war fasziniert vom Treiben im Amsterdamer Judenviertel. In zahllosen Blättern bannt er die Dynamik der Massen, die er in den späteren Studien fast expressiv auffaßt.

Bilden diese Studien einen Schwerpunkt der Ausstellung, so fasziniert in gleicher Weise die umfangreiche Gruppe der Strandszenen. An den Stränden von Katwijk, Scheveningen und Zandvoort, an Fluß- und Seeufern in Kösen und in Todtmoos im Schwarzwald wurde Liebermann immer wieder zum Beobachter des unbefangenen Badevergnügens. Nicht mehr dem tätigen Menschen gilt seine Aufmerksamkeit, sondern dem vom Alltag losgelösten, bürgerlichen Müßiggänger. Restaurant-Terrassen und Wirtshausgärten in Hamburg und Berlin, Seebäder und Promenaden sind die Orte der High-Society. Dabei bietet das mondäne sportliche Treiben, vor allem der Tennis- und Pferdesport mit seiner momentanen Bewegungsdramatik, die reizvollsten Motive. Zudem schuf Liebermann in seinen späteren Jahren eine umfangreiche Porträtgalerie, eine Art Who's who für die Jahre 1890 bis 1930. Kaum jemand mit Rang und Namen aus Kultur, Wissenschaft, Politik und Wirtschaft fehlte.

Seit der Jahrhundertwende macht Liebermann verstärkt die eigene Erscheinung zum Gegenstand seiner künstlerischen Auseinandersetzung. Die Selbstbildnisse Liebermanns, die in der Kunststiftung Bönsch zahlreich vertreten sind, eröffnen einen nahen Blick auf die Person des Künstlers, der sich selbst charakterisiert. „Ich bin in meinen Lebensgewohnheiten der vollkommenste Bourgeois: ich esse, trinke, schlafe, gehe spazieren und arbeite mit der Regelmäßigkeit einer Turmuhr ... Mein Leben war und ist Mühe und Arbeit ...“ Zusammen mit den Selbstporträts entfalten die Bilder aus dem Lebensumfeld des Künstlers, Darstellungen seiner Familie und seiner Villa am Großen Wannsee, ein lebendiges Bild des großen Spätimpressionisten und seiner Zeit.

In einem eigenen Kabinett, das die umfangreiche Werkschau Max Liebermanns ergänzt, schlagen sechs Bilddialoge einen Bogen zur Gegenwartskunst. Ausgewählte Arbeiten von zeitgenössischen Künstlern befragen die Liebermannschen Werke aus heutiger Sicht.

kgö



Lotte Jacobi: *Selbstporträt, New York 1937*

Seele dargestellt

Fotografien von Lotte Jacobi in New York

Ihre Porträts machten sie in den 20er Jahren berühmt. In der ihr eigenen Art schuf die temperamentvolle Frau Bildnisse voller Ausdruckskraft, sei es von Albert Einstein, von Erika und Klaus Mann, sei es von Lil Dagover, den Tucholskis, von Heinrich George mit Sohn Jan Albert oder von Käthe Kollwitz. Ihre Bilder sind heute in vielen Museen der Welt und in bedeutenden Sammlungen zu finden. Manche haben sich so sehr eingeprägt und die Zeit überdauert, daß sie das allgemeine Bild des Porträtierten geformt haben.

„Mein Stil ist der Stil der Menschen, die ich fotografiere“, hat Lotte Jacobi einmal gesagt. Und oft hat sie den Porträtierten freie Wahl gelassen, wie sie für die Nachwelt festgehalten werden wollten. Und doch ließ sie selbst sich „nicht durch vorgefaßte Konzepte einengen, so daß jede Erfahrung sie zu einer visuellen Idee herausfordern konnte, in der sich ihre jeweilige Reaktion spiegelt“. Meist sind es Brustbilder, die Lotte Jacobi fotografiert, manches Mal sind auch die Hände zu sehen. Ganz nah heran geht sie an ihr Gegenüber, ohne jedoch die Intimsphäre zu verletzen. Es entstehen Bildnisse, die viel von dem Dargestellten verraten, ohne ihn bloßzustellen. Bildnisse, die von einem Dialog zwischen Fotograf und Dargestelltem künden.

Mit der Kunst der Fotografie kam Lotte Jacobi schon im frühen Kindesalter in Berührung, wurde sie doch am 17. August 1896 als Tochter des Fotografen Sigismund Jacobi im westpreußischen Thorn geboren. In Posen aufgewachsen, ließ sie sich später in München zur Fotografin ausbilden. In Berlin arbeitete sie als freie Fotografin bis zu ihrer Emigration 1936 in die USA. Dort starb sie am 6. Mai 1990.

„Ich bin Künstlerin, keine kommerzielle Fotografin“, hat Lotte Jacobi einmal gesagt. Und so hat sie oft auch versucht, die Seele des Porträtierten darzustellen. Kein Wunder also, wenn eine Ausstellung im New Yorker Jewish Museum an der berühmten Fifth Avenue „Focus on the Soul“ heißt und Fotografien von Lotte Jacobi präsentiert (bis 11. April).

os

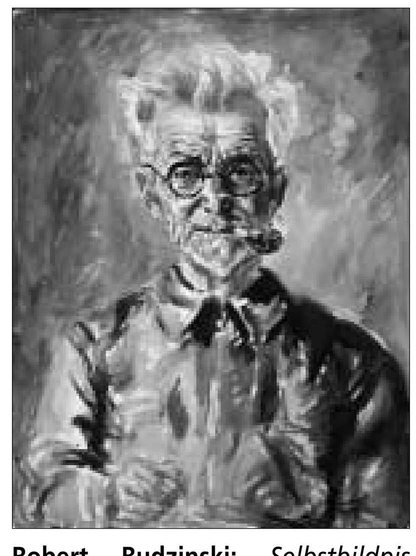
Vielseitiges Talent

Werke von Robert Budzinski in Marburg ausgestellt

Gibt es eine Wiederentdeckung eines der einst populärsten deutschen Grafiker? Zu diesem Eindruck gelangt man, wenn man sieht, daß Arbeiten des 1874 in Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, geborenen Robert Budzinski wieder ausgestellt werden. So zeigte erst vor wenigen Wochen die Galerie Jung im niedersächsischen Garstedt Werke des Ostpreußen; und jetzt hat das Universitätsmuseum für Kunst und Kulturgeschichte in Marburg, Biegenstraße 11, eine umfangreiche Ausstellung mit Aquarellen und Grafik von Budzinski auf dem Programm. Bis zum 29. Februar sind dort Akte, Landschaften (Masuren und die Kurische Nehrung) und Blumenstilleben zu sehen. Neben der Druckgrafik, den Federzeichnungen, Lithographien, den Radierungen, Holz- und Linolschnitten, die Budzinski am meisten beschäftigten und die ihn zu wahrer Meisterschaft führten, sind vor allem die Aquarelle in ihrer ungeheuren Farbigkeit sehenswert.

Ein überaus informativer Katalog (im Museum etwa 10 Euro) mit Texten von Katja Wehry, die 2002 als studentische Hilfskraft am Marburger Universitätsmuseum auf den dort vorhandenen Nachlaß Budzinskis aufmerksam geworden war und ihre Magisterarbeit über den Künstler schrieb, schildert das wechselvolle Leben, erläutert das Schaffen des 1955 in Marburg verstorbenen Ostpreußen und rückt seine Beziehung zur Wandervogel-Bewegung ins rechte Licht. Vieles ist im Zweiten Weltkrieg verlorengegangen oder vernichtet worden. Budzinskis Lebensgefährtin Erika Stern konnte allerdings einige Mappen retten. Diese und Leihgaben aus privatem und öffentlichem Besitz sind nun in Marburg zu sehen. Immer wieder kann man in den Arbeiten des Ostpreußen seine Leidenschaft zum Geschichtenerzählen erkennen, eine Leidenschaft, der er ja auch mit dem geschriebenen Wort nachging. Ein vielseitiges Talent, das man nun wieder entdecken will. Gut so!

SiS



Robert Budzinski: *Selbstbildnis (Aquarell)* Foto: Marburg, Museum

Aus schonungsloser Nahsicht

Ausstellung zeigt die Bilderwelten des Armin Mueller-Stahl

Hermann Hesse, Ernst Barlach, Günter Grass oder Oskar Kokoschka – sie alle gehören zu den klassischen künstlerischen Mehrfachbegabungen in der deutschen Kulturgeschichte. Auch einer der bedeutendsten lebenden deutschen Schauspieler, der 1930 im ostpreußischen Tilsit geborene Armin Mueller-Stahl, ist in diese Reihe aufzunehmen. Er spielt die Geige virtuos, hat auf den Brettern bedeutender deutscher Bühnen gestanden, verkörpert in Filmen und im Fernsehen immer wieder meisterhaft besondere Charaktere, wurde für den Oscar nominiert, schreibt Bücher und malt. Er selbst sagt von sich: „Das Malen, Schreiben, Musizieren und die Schauspielerei gehören für mich einfach zusammen.“ Das Malen ist für ihn der „Ausgleich zum Gefesseltsein als Schauspieler“. Und doch ist es gerade dieser Beruf, der den Maler und Grafiker inspiriert.

„Die Bilder, die Armin Mueller-Stahl malt, sind die Bilder, die in ihm aufsteigen, wenn er eine Figur spielt“, schrieb Hans-Dieter Sommer, Kunsthistoriker in Hamburg, einmal. „Es sind die Bilder, die er um sich herum wahrnimmt, wenn er sich mit einer Figur auseinandersetzt. Die Beobachtung von Gesten und Körperhaltungen, die Einfühlung in unbekanntes Leben, der Vergleich mit der eigenen Person münden immer in Bildern ... Aus schonungsloser Nahsicht heraus kann sich Armin Mueller-Stahl den Nuancen zuwenden, sie gezielt beleuchten oder als Ahnung im Ungefähren halten ...“

Noch bis zum 25. April kann sich der Besucher einer Ausstellung der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart vom großen Können des Ostpreußen überzeugen. Im Tagungszentrum Hohenheim (Nähe Universität Hohenheim) werden werktags von 9 bis 16 Uhr, am Wochenende auf Anfrage (Tel. 0711/ 45 10 34 600), unter dem Titel „Die Bilderwelten des Armin Mueller-Stahl“ grafische Arbeiten auf Papier gezeigt. Im Mittelpunkt der Ausstellung stehen zwei lithografische Zyklen. Einmal Blätter, auf denen sich Mueller-Stahl mit Goethes "Urfaust" auseinandersetzt, zum anderen ein Zyklus mit dem Titel „Hamlet in Amerika“. Dieser beschäftigt sich mit alternden Schauspielern, die von den Mythen ihrer glorreichen Vergangenheit leben und mit der harten Gegenwart und ihren Ängsten vor der Zukunft konfrontiert werden. „Das Leben selbst wird zur Bühne, auf der sich das Rad des Lebens unaufhaltsam dreht“, liest man in einem Begleitheft zur Ausstellung. Daneben sind auch biographische Einzelblätter zu sehen. Sie alle wirken durch das Schwarzweiß der Darstellung besonders eindrucksvoll und eindringlich. Hier offenbart sich wie auch in seinen Gemälden die große Meisterschaft Mueller-Stahls, sein sparsamer Umgang mit künstlerischen Ausdrucksmitteln.

Silke Osman



Armin Mueller-Stahl: *Von der Schauspielerei als Maler inspiriert* Foto: Kühner/Katalog

Eine Reise um die Welt

Von Albert LOESNAU

Das Schild hing neben der Eingangstür des Nachbarhauses. Im Laufe der Jahre war der Rahmen undicht geworden, so daß sich der Regen einen Weg unter die Glasscheibe bahnen konnte. Er hatte das Papier aufgeweicht, dessen Beschriftung auf Herrn Grünleins Unternehmen hinwies. In barocken Buchstaben bot hier der Schneidermeister einem modebeflissenen Publikum seine Dienste an. „Maßwerkstatt" war da zu lesen. Wenn man jedoch der bräunlich verfärbten Spur eines Wassertropfens folgte, die sich von oben her über das Pappschild zog, erblickte man unter dem ins Auge springenden Wort in kleinerer Schrift den Zusatz „Reparaturen und Änderungen werden bestens ausgeführt". In einer Ecke stand: „Über den Hof – 3. Stock". Diese Umschreibung ließ erkennen, daß sich Waldemar Grünleins sogenannte Maßwerkstatt im Hinterhaus befand.

Ich war zwölf Jahre alt, als ich dem Schneidermeister zum erstenmal begegnete. Er rettete mich aus einer fatalen Situation. Im Verlauf einer wilden Verfolgungsjagd war ich mit meiner neuen kurzen Hose an den spitzen Zacken eines Eisenzaunes hängengeblieben. Bei dem Versuch, mich zu befreien, riß ich ein Loch in den unteren Rand eines Hosenbeins. Ratlos standen die Freunde um mich herum und betrachteten den Schaden.

In diesem Moment kam Herr Grünlein vorbei. Er erkannte sofort, daß schnelle Hilfe geboten war. Ohne viel zu fragen, nahm er mich in seine Werkstatt mit hinauf. Die Lösung, die er zur Behebung des Mißgeschicks fand, war verblüffend einfach. Er kürzte beide Hosenbeine um ein kleines Stück, so daß das eingerissene Loch auf der Innenseite des Umschlags verschwand.

> Schnell und mit sicherer Hand beseitigte der Meister das Mißgeschick

Diese selbstlose Tat besiegelte die Freundschaft zwischen Herrn Grünlein und mir. Aber nicht nur der Dank für die instandgesetzte Hose veranlaßte mich, den hilfsbereiten Schneidermeister noch öfter in seiner Werkstatt zu besuchen. Es gab auch einen anderen Grund dafür.

Bei unserem ersten Zusammentreffen hatte Herr Grünlein eine Bemerkung über seine Reisen in fremde Länder gemacht, die meine Neugier weckte. Und als er sah, daß er in mir einen aufmerksamen Zuhörer fand, reihte sich bald eine Erzählung an die andere. Sooft ich Zeit hatte, kam ich nachmittags zu ihm. Der Schneidermeister, wohl gute 50 Jahre älter als ich, saß mit gebeugtem Rücken auf seinem Arbeitstisch. Trotz der stark geschliffenen, fast auf seine Nasenspitze gerückten Brille waren die Augen dicht über die Nadel geneigt. Doch er ließ den Faden schnell und mit straffem Zug durch den Stoff gleiten.

Es war Flickarbeit, die er machte. Andere Aufträge schienen sehr selten geworden zu sein. Vom Tisch aus blickte Herr Grünlein auf den abbröckelnden Verputz einer grauen Hauswand. Seine Werkstatt war eigentlich nur eine größere Kammer. Aber das alles wurde unbedeutend, sobald der alte Schneidermeister zu erzählen begann. Welch ein abwechslungsreiches, abenteuerliches Leben hatte dieser schmächtige, unscheinbare Mann geführt, so war er als Schiffsschneider in der ganzen Welt herumgekommen.

Im ersten Augenblick stutzte ich wohl ein wenig, als ich die seltsame Berufsbezeichnung hörte. Doch dann sagte ich mir, daß es ja auch Schiffsärzte und Schiffsköche gab. Weshalb also nicht auch einen Schiffsschneider?

Letztlich aber beseitigten seine Geschichten jeglichen Zweifel an den Reisen, die Herr Grünlein unternommen hatte Er ließ mich den tobenden Orkan am Kap Hoorn, dem südlichsten Zipfel Südamerikas, miterleben. Ich zog in seiner Begleitung mit einer Karawane durch die Sandwüste der Sahara und bestieg den Kraterrand des Vesuvs bei Neapel. Außer mir gab es niemanden in der Klasse, der genau wußte, wie viele Tage ein Schiff damals auf der Reise von Hamburg zu der Insel Trinidad unterwegs war.

Die Affen auf dem Felsen von Gibraltar erschienen mir ebenso vertraut wie die weißen Elefanten in den Straßen Kalkuttas. Herr Grünlein ließ mich an einer Löwenjagd in den tropischen Wäldern Afrikas teilnehmen und geleitete mich sicher durch die Katakomben Roms. Aus der grauen Mauer vor seinem Fenster zauberte er für mich in farbenprächtigen Bildern die Schönheit palmenumrauschter Südseestrände hervor.

Während der Schneidermeister mit sorgsamen Stichen einen Flicken auf einen durchgewetzten Jackenärmel setzte, wurde seine gebeugte Gestalt auf dem Arbeitstisch zum Araberscheich, der vor seinem Zelt am Lagerfeuer kauert. Und im geheimnisvollen Licht der Dämmerstunde sah ich einen Häuptling der Kopfjäger Borneos, wie er mit gemurmelten Beschwörungen die Regengötter herbeirief.

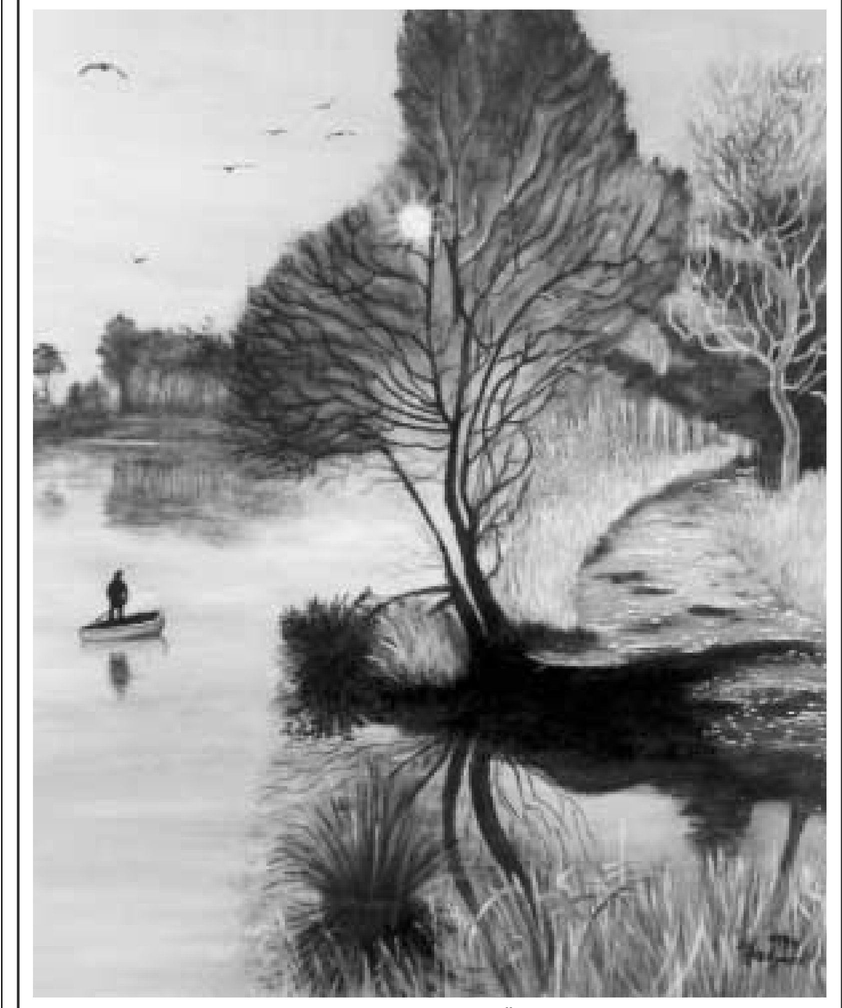
Herr Grünlein schien es gar nicht zu bemerken, daß er auf einem Hinterhof in einer engen Kammer hauste. Er hatte sein wild bewegtes Leben gelebt und die ganze Welt gesehen. Ich erfuhr von ihm so viel über fremde Erdteile und ihre Bewohner, daß ich mit meinem Wissen unseren Geographielehrer in höchstes Erstaunen versetzte.

Herr Grünlein starb unerwartet über Nacht. Eine alte Frau, die hin und wieder nach ihm gesehen hatte, fand ihn eines Morgens tot im Bett. Ich war sehr betrübt darüber, daß unsere Freundschaft ein so jähes Ende nahm. Doch der plötzliche Tod des Schneidermeisters enthüllte auch ein Geheimnis, von dem ich bisher nicht das geringste geahnt hatte. Eigentlich war ich schon seit langem entschlossen gewesen, Herrn Grünlein um ein Erinnerungsstück von einer seiner vielen Reisen zu bitten. Ich zweifelte nicht daran, daß er mir diesen Wunsch gern erfüllt hätte. Deshalb fragte ich nun die alte Frau danach, die seinen Nachlaß ordnete.

„Reiseandenken ...?" wiederholte sie und sah mich verständnislos an. „Wie sollte Herr Grünlein dazu gekommen sein? – Er hat doch in seinem ganzen Leben unsere Stadt nicht verlassen."

Ich konnte meine Bestürzung kaum verbergen. Die Frau tröstete mich mit der Bemerkung, daß der Schneidermeister ein seltsamer Kauz gewesen sei, der eine Menge zerlesener Bücher, Landkarten und Zeitungsausschnitte gesammelt und in einem Verschlag neben seiner Schlafkammer aufgestapelt hatte. „Alles doch nur Krimskrams", meinte sie achselzuckend und stellte mir frei, davon zu nehmen, was mir gefiel. Ich sah den „Krimskrams": ausführliche Beschreibungen jener Länder und Kontinente, die mir durch die Schilderungen von Herrn Grünlein so vertraut geworden waren. Vergilbte Fotografien exotischer Menschen und Landschaften hatten ihn zu seinen eindrucksvollen Erzählungen angeregt. Mit Hilfe abgegriffener Handbücher und Fahrpläne trug er auf Seekarten die Schiffsrouten zu fernen Küsten ein, die er nie erreichte ...

Nur in seiner Phantasie war Herr Grünlein zum Weltreisenden geworden. Ein seltsamer Kauz, gewiß. Aber auch ein Mann, dem ein bunt schillernder Traum dazu verholfen hatte, die graue Wirklichkeit vor dem Fenster seiner Schneiderwerkstatt zu vergessen. ■



Sigi Helgard: *Morgendämmerung am See (Öl, 1996)*

Wenn der Südwest weht

Von Rudolf KOLLHOFF

„Bitte?" Überrascht blickte Thea Buck auf ihre Nachbarin, Frau Kowalski, die ihr verlegen ein Stück Sperrholz reichte, an dem ein kleiner Schlüssel hing. „Entschuldigen Sie, Frau Buck, aber in dieser Woche sind Sie dran mit der Reinigung der Grünflächen um unser Haus. Solange dies noch nicht auf die Miete umgelegt ist, müssen wir alle ran."

Ungläubig starrte Thea Buck auf die Frau in der rotkarierten Kittelschürze. „Sie meinen, mein Mann und ich sollen die Reinigung der Straße übernehmen?"

„Nun ja", druckste Frau Kowalski, „ich weiß, anderswo übernimmt diese Aufgabe der Vermieter, aber bei uns liegt der Fall etwas anders. Solange die Pauschale für die Außenreinigung ..." – „Schon gut, ich habe Sie verstanden."

Thea Buck schloß die Wohnungstür und betrachtete das abgewetzte Stück Holz. „Hauswoche" stand darauf. Sonderbare Sitten gab es in dieser Kleinstadt, dachte sie. Nicht genug damit, daß die Hausordnung verlangt, daß jede Woche reihum die Treppe von den Mietern geschrubbt wird, nein, nun soll man auch noch den Unrat von der Straße sammeln!

Thea Buck sah in den Flurspiegel und prüfte den Sitz ihrer Frisur. Unwillkürlich stellte sie sich vor, wie sie mit Straßenbesen, Harke und Schaufel dem Straßenschmutz zu Leibe rückte. Eine Frechheit war das! Da holte man sie aus der Metropole, um in diesem Nest Hilfe beim Aufbau konkurrenzfähiger Firmen zu leisten, und was passierte? Sie sollten den Leuten hier die Straße fegen.

Als Thea ins Wohnzimmer trat, schlug ihr das Aroma frischgebrühten Kaffees entgegen. Franjo Buck, international geschätzter Architekt und verständnisvoller Ehemann, lächelte seine Frau fröhlich an. „Was ziehst du für ein Gesicht, Schatz?" fragte er. „Ich hoffe, es gibt nichts Unerfreuliches." – „Wie man's nimmt, Franjo", erwiderte sie dumpf. „Eine Nachbarin gab mir eben den Schlüssel zum Holzverschlag unter der Treppe. Man erwartet von uns, daß wir unserer Mieterpflicht nachkommen und die Hauswoche erledigen."

Sie goß Kaffee ein. Ihr Mann zuckte mit den Achseln. „Kommen wir wohl nicht drumherum, Schatz. Kollegen von der Baustelle haben mir auch schon davon erzählt. Es ist hier nichts Besonderes ..." – „Für mich schon!" Thea warf den Kopf in den Nacken. „Ich mache mich doch nicht öffentlich zum Clown!"

„Niemand verlangt, daß du auf allen vieren auf der Straße herumkriechst und weggeschnipste Kippen einsammelst. Im übrigen denke ich, es wird ausreichen, wenn ich allein ..."

„Kommt überhaupt nicht in Frage! Ich werde es nicht zulassen, daß du als namhafter Architekt hier die Straßenreinigung übernimmst."

Nach turbulentem Hin und Her einigten sich die Bucks, gemeinsam das Unvermeidliche zu tun. In Räuberzivil traten sie aus dem Achtfamilienhaus, in den Händen Schaufel, Harke und einen zerbeulten Blecheimer, in welchem der Straßendreck zum Müllcontainer getragen werden sollte.

Plötzlich betrachtete Franjo seine Hände. „Sieh mal, Schatz", sagte er verdutzt. „Ich habe noch gar nicht angefangen, und schon sind meine Finger kohlrabenschwarz."

„Wen wundert's? Die Geräte sind total eingestaubt. Offenbar wurden sie das letzte Mal von Mietern benutzt, die schon vor Jahren aus Frust hier weggezogen sind." Er grinste und fing dann an, mit einem rotborstigen Besen die Gehwegplatten zu fegen. Staub wirbelte auf. Kein Wunder, die Sonne brannte unbarmherzig herab, und die Luft war so trocken wie in einer Backstube.

Frau Kowalski kam mit ihrem überladenen Mülleimer aus dem Haus. Als sie den Bucks freundlich zulächelte, blies der Wind die obere Schicht ihres Abfalls unversehens hinaus. Eierschalen, Verpakkungsfolie und Zigarettenstummel stoben über den frischgesäuberten Gehsteig. „Frau Kowalski!" rief Thea erzürnt. „Sie haben da etwas verloren!" Die so Angesprochene blieb stehen und sah ihrem davonwehenden Unrat ungerührt hinterher. „Lassen Sie nur, Frau Buck", sagte sie gedämpft. „Das Zeug weht zu Nummer 19. Sie haben damit dann nichts mehr zu tun." Schnuppernd reckte sie den Hals. „Heut kommt der Wind nämlich aus Südwest."

Thea war sprachlos. Beim Unkrauthacken zwischen den Büschen beschloß sie energisch, sich heute durch nichts, aber auch gar nichts beeindrucken zu lassen.

Nach zwei anstrengenden Stunden waren sie fertig. Thea Buck griff nach den Geräten, um sie wieder in den Holzverschlag zu bringen. Da bemerkte sie, daß sich Franjo auf die Knie niedergelassen hatte und anfing, das Unkraut aus den Fugen der Gehwegplatten zu zupfen. „Ich glaube, es reicht!" fauchte sie.

„Aber Schatz! Du kennst mich doch. Halbherzigkeit liegt mir nun mal nicht." Leider, dachte sie wütend. Einen Augenblick später fragte sie sich, was wohl das selbstgebastelte Schild bedeutete, das nahe an der Fahrbahn in den Boden gerammt worden war. „Bitte freihalten!" Ob jemand Möbel bekam und sich deshalb den günstigsten Parkplatz sichern wollte?

Doch Thea kümmerte sich nicht weiter darum. Als ihr Mann seine Pükerarbeit beendet hatte, brachten sie die Geräte weg und betrachteten vom Küchenfenster aus ihr Werk.

Plötzlich bog ein Kleinlaster um die Ecke. Knatternd hielt er vor ihrem Aufgang. Ein grobknöchiger Mann im schwarzen Overall sprang aus dem Fahrerhaus. Lässig betätigte er einen Hebel. Seine Stimme dröhnte hinauf bis zu den Bucks. „Frau Kowalski! Ihre Kohlen!"

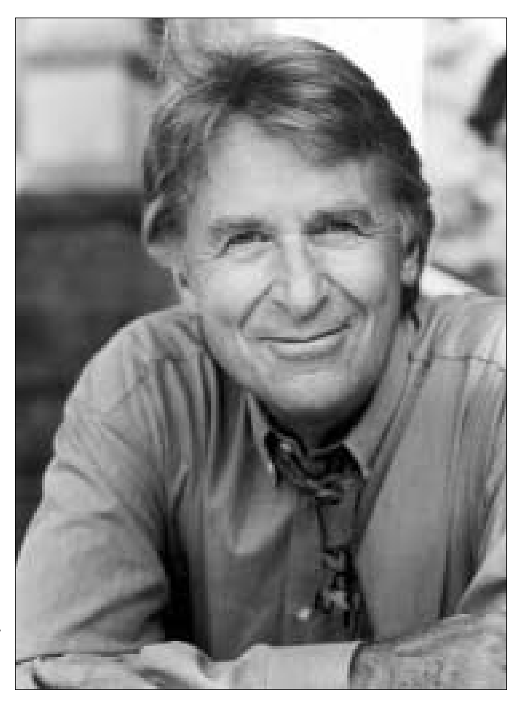
Die Ladefläche hob sich, und dreißig Zentner Eierbriketts prasselten vor das Haus. Eine riesige Staubwolke verdunkelte das Sonnenlicht. Franjo Buck fiel staunend die Kinnlade hinunter.

Da hakte sich Thea bei ihm ein, schmiegte sich eng an ihn und flüsterte vergnügt: „Das ist doch nicht so schlimm, Liebling. Immerhin weht heute doch ein kräftiger Südwest ..." ■

Bambi für Krimi

Der Schauspieler Günther Schramm wird 75 Jahre

Am 18. Februar begeht der beliebte Schauspieler Günther Schramm seinen 75. Geburtstag. Populär wurde er als zurückhaltender Kriminalassistent Walter Grabert an der Seite von Erik Ode in „Der Kommissar". Acht Jahre verkörperte er diese Figur in 97 Folgen. Gleich dreimal hintereinander erhielt er für diese Rolle einen „Bambi" in Gold.



Günther Schramm: *Angenehme Stimme* Foto: kai-press / Zemann

Der Schauspieler hat aber auch bewiesen, daß noch mehr in ihm steckte. So übernahm er die bis dahin von Erich Helmensdorfer geleitete TV-Sendung „Alles oder nichts" und bestand in der Musik-Sendung „Erkennen Sie die Melodie?". Auf der Leinwand war er unter anderem in „Glückliche Jahre", „Die Lümmel von der ersten Bank" oder „Dynamik in grüner Seide" zu sehen. Seine angenehme Stimme wurde auch in Schallplattenrillen gepreßt. In vielen Kinderzimmern ersetzte er die märchenerzählende Oma mit seinen Geschichten.

Nach der Schauspiel-Prüfung erhielt Schramm sein erstes Engagement am literarischen Kabarett „Die Buchfinken". Gastverträge absolvierte er in Hamburg am Jungen Theater, an den Kammerspielen und am Thalia-Theater, wo er drei Jahre lang Ensemble-Mitglied war. Heute lebt der Darsteller mit seiner Ehefrau, der Schauspielerin Gudrun Thielemann, auf Vancouver Island in Kanada und kehrt immer wieder für lohnende Theater- und Fernsehaufgaben („Holstein Lovers") in seine Heimat zurück.

kai-press

Blondine im Museum

Der Barbiepuppe und ihrer Welt ist in Wien eine Ausstellung gewidmet

Das perfekt dauergewellte blonde Haar ist von Staub durchsetzt, doch das tut ihrem strahlenden Lächeln keinen Abbruch. Nun liegt sie schon seit etwa 15 Jahren an diesem Platz. Ihr Jeanskleid mit den pinkfarbenen Tüllvolants war damals der neueste Schrei, heute jedoch ... Na ja, es gab eben schon bessere Zeiten für sie, doch Millionen ihrer Schwestern erfreuen sich immer noch großer Beliebtheit. Chris' Besitzerin ist ihr nur entwachsen, sonst wäre auch sie nach der neuesten Haute Couture gekleidet, denn die kopiert ihr Hersteller nun schon seit 45 Jahren, wenn er für seine 28 Zentimeter großen Blondinen Kleider entwirft.

Barbie – unter dem Namen wurde Chris Mitte der 80er im Spielzeuggeschäft verkauft – ist eine Schöpfung, die für das Unternehmen Mattel zu einem ganz besonderen Erfolg wurde. Noch bis zum 18. März ist in Wien im Vienna Art Center, Freyung 6, eine Ausstellung mit dem Titel „Die Barbie Story – 45 Jahre Traum, Sehnsucht, Schönheit, Mode" zu bewundern, die nicht nur Mädchenherzen höher schlagen läßt, sondern auch die inzwischen dem Zauber der schicken Blondine längst Entwachsenen in kindliche Begeisterung zurückversetzen wird.

Obwohl die Wiener Ausstellung so manchem Besucher ein wenig zu pink, grell und blond erscheinen mag, wird sich ein eingefleischter Barbiefan daran jedoch kaum stören, da es genau das ist, was sein Herz begehrt.

Es ist die Sehnsucht nach Schönheit und Perfektion, die Barbie zu dem gemacht hat, was sie ist. Prinzessin, Ballerina, Ärztin, Filmstar, Meerjungfrau, die Rollen, in die Barbie in den vergangenen 45 Jahren schlüpfen mußte, sind vielfältig. Sie sind immer ein Zeichen ihrer Zeit, aber auch typischer Mädchenträume. Barbie hat sich in ihrem beruflichen Werdegang dem Frauenbild der vergangenen Jahrzehnte angepaßt und war manchmal auch Vorreiterin. Mattel hat für die jetzigen und einstigen Barbiebesitzerinnen in Wien die sexy Blondine und ihre Freunde entsprechend in Szene gesetzt, allerdings stehen sie hier nicht nur wie in jedem anderen Museum als Exponate in Vitrinen, sondern auch in Filmen und besonderen Aktionen kann man Barbies Welt erleben.

Wer will, kann in der im Zuckerbäckerstil extra errichteten Hochzeitskapelle dem Liebsten sein Jawort entgegenhauchen oder sein Treueversprechen in dieser aus Mädchenträumen entsprungenen Atmosphäre erneuern. Sollte der Angetraute sich diesem unwirklichen Kunstgebilde verweigern, bittet das Art Center noch den Verleih eines pinkfarbenen Barbie-Cadillacs mit Chauffeur für 290 Euro pro Tag an. Die kleinen Barbiefreunde bekommen hier die Möglichkeit, als Model in einer Barbie-Modenschau zu agieren, sich nach dem Vorbild frisieren zu lassen oder in der Barbie-Disco zu tanzen. Auch seinen Geburtstag kann man hier feiern.



Großer Auftritt: *Die Opernball-Barbie ist in streng limitierter Auflage erschienen* Fotos (2): Mattel

Natürlich ist diese Ausstellung auch ein großer Kommerz. Die Internetseite www.barbiestory.at bietet nicht nur die Sonderedition der „Wiener Opernball Barbie" an, sondern auch so manch anderes rund um die Welt der berühmten Puppe. Im Shop vor Ort wird man als Eltern seine liebe Not haben, die süßen Kleinen ohne Kauf wenigstens eines begehrten Accessoires zum Verlassen des Gebäudes zu bewegen. Allerdings gehört auch gerade das zu Barbie; der Eintritt in das Reich der Schönen und Reichen ist eben nicht umsonst.

Barbie ist ein zeitloses Phänomen, und so wird auch Chris eines schönen Tages wieder aus dem Keller geholt und entstaubt werden, denn es ist damit zu rechnen, daß in dem einstigen Dreimädelhaus ein kleines Mädchen der nächsten Generation die immerschöne Blondine entdecken wird. **Rebecca Bellano**



Läßt Mädchenherzen höher schlagen: *Barbiepuppen in allen Variationen*

Na denn Mahlzeit!

Kochkurse und Schlemmerabende sind derzeit sehr gefragt

Die Feiertage sind längst vorbei, doch die angefutterten Kalorien halten sich als Röllchen hartnäckig an den unpassendsten Stellen. Frauen-Zeitschriften bieten Crash-Diäten an, die ohnehin meist nicht nachhaltig in der Wirkung sind. Selbst Kinder kämpfen indessen gegen erhebliches Übergewicht, der Sportunterricht in den Schulen allerdings steht auf der Kürzungsliste. Der schnelle Imbiß in der Bude nebenan und genmanipulierte Lebensmittel werden in der Zukunft vermutlich unseren Speiseplan bestimmen, wenn wir nicht aufpassen. „Das große Fressen", so der Titel eines skandalumwitterten Films von Marco Ferreri Anfang der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts, ist noch gesundheitsschädlicher geworden.

„Das große Fressen" aber ist auch der Titel einer Ausstellung in der Kunsthalle Bielefeld, die dort bis zum 24. April zu sehen ist. Gezeigt werden rund 80 Bilder, Videos und Objekte von 35 Künstlern, die „die Lebendigkeit des Essens in der Kunst und die verschiedenen Formen von Sinnlichkeit offenbaren", so die Organisatoren der Ausstellung.

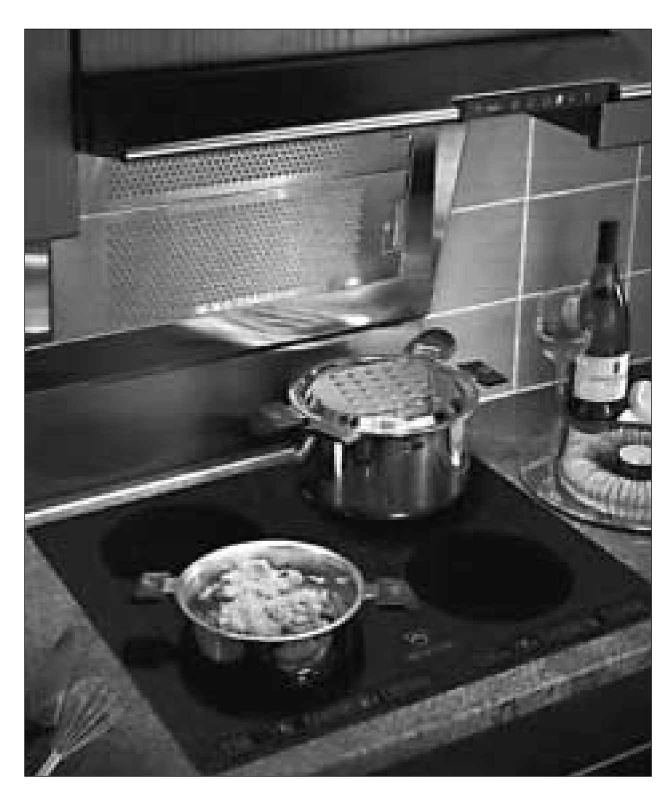
Andy Warhols legendäre Suppendosen sind dabei noch harmlos, erinnert man sich an das Selbstporträt des Schweizers Dieter Roth, das er sinnigerweise aus Schmelzkäse fertigte. Oder die Reste von Banketten, die Daniel Spoerri an die Wand brachte, um auf die Wegwerfgesellschaft aufmerksam zu machen. Schließlich gab es in den 70ern sogar eine „Eat Art Gallery", in der Kunstwerke aus eßbarem Material angeboten wurden.

Je schlechter es den Deutschen geht, um so mehr scheinen sie offensichtlich sinnlichen Gelüsten zu verfallen. So sind Kochkurse oft schon Monate im voraus ausgebucht, selbst solche bei prominenten Köchen, die schließlich nicht gerade für 'n Appel und 'n Ei zu haben sind. Einen anderen Weg geht die Lübeckerin Susanne Peters: sie vermietet ihr „Kämmerlein" für Kochkurse und Schlemmerabende. Jeder kann dort für und mit Freunden kochen, kann sich verwöhnen lassen. Die Preise bewegen sich zwischen 40 und 80 Euro, je nach Zeit und Wochentag.

Ungewöhnlich ist nur der Ort: ein Laden im Erdgeschoß eines Altstadthauses. Hinter einem großen Schaufenster hat Susanne Peters eine Küche eingerichtet, mit allem, was das Herz begehrt. An zwei Abenden in der Woche treffen sich dort nun Menschen, die gern kochen und essen, die gern mit Freunden schlemmen und sprechen, sich von Profiköchen Anleitungen geben lassen oder auch das gemeinsame Kochen mit Kollegen als kreative Form der Teambildung nutzen wollen.

Die Küche ist komplett eingerichtet mit Gläsern, Geschirr, Besteck, die man – gegen einen Obolus – nach dem Gebrauch und Genuß auch reinigen lassen kann. Im Innenhof des Hauses in der Hüxstraße werden Kräuter für die Küche gezogen, die man, falls die Jahreszeit es zuläßt, beim Kochen verwenden kann.

Peters bietet zudem an, den Einkauf und die Vorbereitungen zu übernehmen und sogar für ein Unterhaltungsprogramm zu sorgen. Falls es dann am Abend allzuhoch hergeht und die Köche zu erschöpft sind, um nach Hause zu fahren, steht sogar eine Ferienwohnung im Haus zur Verfügung. Nähere Einzelheiten und Preise finden sich im Internet unter www.kaemmerlein.de. Eine Idee, die vielleicht Schule machen wird, schließlich ist die Küche seit jeher ein Ort der Begegnungen gewesen, ein Ort, an dem Gespräche eine gewisse Magie entwickeln und der die Menschen in gemütlicher Atmosphäre zu sich finden läßt. **Silke Osman**



Freude am Kochen: *Auch eine gute Ausstattung trägt dazu bei* Foto: Archiv

Beliebter Unsympath

Zum Tod des Schauspielers Wolf-Dietrich Berg

Stand er auf der Besetzungsliste eines Fernseh-Krimis, dann ahnte der versierte Kriminalist auf dem Sofa schon: die Person, die er verkörpert, hat „Dreck am Stecken". Wenn schon nicht den Mörder, eine zwielichtige Gestalt jedoch spielte Wolf-Dietrich Berg allemal. Vielleicht lag es an seinem Äußeren, an seinem kahlgeschorenen Schädel, an seiner schneidenden Stimme, an seinen kühl blickenden Augen, daß er vom Fernsehen immer dann verpflichtet wurde, wenn es galt, einen unangenehmen Zeitgenossen zu verkörpern. In der Sat.1-Serie „Edel & Starck" allerdings steht er auf der „guten" Seite des Gesetzes, da verkörpert er einen schlagfertigen Richter. Gelernt hat Wolf-Dietrich Berg, der 1944 in Danzig zur Welt kam, sein Metier an der Schauspielschule in Bochum. Ein erstes Engagement führte ihn nach Dortmund, später nach Essen und schließlich an das Deutsche Schauspielhaus in Hamburg. Dort ist der Mime am 26. Januar an einem Krebsleiden gestorben. Das Fernsehen ist um einen Charakterdarsteller ärmer geworden. **SiS**



Wolf-Dietrich Berg: *Bekannt von Bühne und TV* Foto: Archiv

Kein Söldnerheer für Deutschland

Betr.: „Getriebewechsel bei laufendem Motor“ (Folge 5)

Fast 50 Jahre lang war die Deutsche Bundeswehr mit ihrer hälftigen Mischung von Zeit- und Berufssoldaten einerseits und kurz dienenden Wehrpflichtigen andererseits eine Erfolgsgeschichte der Friedenssicherung und der demokratischen Integration der Armee mit dem Leitbild des „Bürgers in Uniform“. Jetzt soll ohne große Debatte in einer beispiellosen Medienkampagne die Wehrpflicht ausgehöhlt und entsorgt werden. Widerstand regt sich kaum. Was ist geschehen?

Schon immer war die Wehrpflicht ein umstrittenes Thema, besonders nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg. Besonders stark wurde die Antiwehrpflichtbewegung jedoch erst nach dem Ende des kalten Krieges, als die Sowjetunion durch ihre Mißwirtschaft zusammenbrach und damit die ständige Bedrohung aus dem Osten endlich gebannt war. Damit bekam die Kampagne eines ihrer wichtigsten Argumente gegen die Bundeswehr. Denn warum braucht man eine Verteidigungsarmee, wenn so gut wie keine Gefahr zu bestehen scheint, daß Deutschland überhaupt jemals angegriffen wird? Zugegeben, es ist wahr, daß die Gefahren, die die Freiheit Deutschlands einschränken können, sich eindeutig in Richtung Terrorismus und die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen verschoben haben. Natürlich muß man darauf achten, daß die Regierungen in Ländern wie Nordkorea, Iran, Indonesien und Libyen nicht wirklich mit ihren Drohungen ernst machen. Jedoch ist es nicht die Aufgabe Deutschlands, sich als Weltpolizei aufzuspielen, da dieser Part bereits seit Ende des kalten Krieges von den USA und ihrem treuen Verbündeten Großbritannien übernommen wurde. Deutschland könnte einen weitaus wertvolleren Beitrag zur Verhinderung von terroristischen Anschlägen darbieten, indem zum Beispiel extrem fundamentalistische Gruppierungen verboten und deren meist sehr militante Führer wieder in ihre ehemaligen Heimatländer abgeschoben würden. Wenn man die Auslandseinsätze der Bundeswehr unterlassen würde, wäre auch genügend Geld für die Kasernen und die Ausrüstung der Truppen für die territoriale Verteidigung und die innere Sicherheit Deutschlands und der EU vorhanden. Extrem teure Anschaffungen wie die Transportflugzeuge oder die supermodernen Ausrüstungen für ferne Weltregionen würden überflüssig. Damit wäre auch ein sehr wichtiges Argument der Wehrpflichtgegner entkräftet, die behaupten, daß die Bundeswehr zu viel Geld beanspruche. Die in der Heimat stationierte Bundeswehr ist auch für unvorhergesehene zivile Einsätze unersetzlich, wie die erst kurz zurückliegenden Überschwemmungen beweisen. Ohne die Wehrpflichtigen wären wahrscheinlich noch größere Schäden entstanden, denn mit einem Berufsheer, wie es die Grünen und Teile der SPD fordern, das wahrscheinlich in dem Moment gerade irgendwo in Afghanistan operierte, wäre der betroffenen deutschen Bevölkerung nicht geholfen. Ein weiteres, sehr entscheidendes Argument ist, daß ein Berufsheer den Söldnerheeren zu Zeiten des Mittelalters gleich käme. Damit erhielte das Heer einen schlechten Ruf und könnte zu einer Fremdenlegion wie in Frankreich verkümmern. Das wiederum hätte zur Folge, daß in der Bundeswehr nur noch wie in der US-Army die Unterschicht vertreten sein würde, da sich die reichen Bürger lieber nicht die Finger schmutzig machen. Gegen ein Berufsheer ist weiter anzuführen, daß sich wie in der Weimarer Republik ein Staat im Staat bilden könnte und die Bundeswehr als ein sozial isoliertes Organ verselbständigen könnte. Um dies zu verhindern, sollte alles getan werden, um der Antiwehrpflichtkampagne, die bereits überall vertreten ist, entgegenzutreten.

Jan-Ulrich Rothacher, Singapur



Bundeswehr übergibt in Kunduz einen Brunnen: *Das verstärkte Engagement der deutschen Soldaten in Krisengebieten weltweit führt zu personellen und technischen Einsparungen bei der eigenen Landesverteidigung.* Foto: BMVg

Nicht beim kleinen Mann anfangen

Betr.: Renten

Das, was man mit uns Älteren nun treiben will, ist doch nicht zu verantworten, wer hat denn Deutschland aufgebaut? Nicht der Russe, Amerikaner, Engländer oder gar Franzose, nein, es waren wir, die ältere Generation. Wir haben damals keine Schulden gemacht. Aus alten Mauersteinen wurden neue Häuser gebaut. Wie kann eine Regierung Millionen ins Ausland schaffen, wenn sie selbst Milliarden Schulden hat. Warum will man uns, die Älteren, jetzt auch noch wegen der Schulden belasten, indem wir unsere Medikamente selber tragen müssen? Warum soll es keine Rentenerhöhung geben? Nur weil kein Geld da ist? Ich verstehe zwar nichts von Politik, aber eins weiß ich auch: Wenn man nicht genug auf der hohen Kante hat, sollte man nicht beim kleinen Mann anfangen.

Ich würde mich sehr freuen, einmal lesen zu dürfen, daß sich die Regierenden bereit erklärten, auf ein Monatsgehalt zu verzichten. Das wäre mal etwas Neues. Ich glaube nicht, daß es ihnen schwerfallen würde, das Konto würde sicherlich noch genug aufweisen. Wir Älteren müssen da schon anders rechnen, da wir nicht in der Gosse landen wollen, müssen wir zunächst Sorge tragen, daß die Miete bezahlt wird, und dann kommt ja bekanntlich auch der weitere Lebensunterhalt, der nicht billiger, sondern teurer geworden ist.

Günter Rahn, Dessau

Maßlos übertrieben

Betr.: „Der deutsche Widerstand wird immer unterschätzt“ (Folge 2)

Die Behauptung in einer Leserzuschrift, daß man im KZ Dachau 1.200 Priester beider Konfessionen erschossen hätte, ist falsch.

Wie viele Lügen, die KZs betreffend, werden Greuelmärchen über den Zustand der Lager verbreitet, die nicht annähernd stimmen. Die mir vorliegenden Bücher der ehemaligen Lagerinsassen Pater Johannes M. Lenz und Pater J. Kentenich weisen aus, daß der zitierte „Zeuge“ Professor H. Rothenfeld nicht Lagerinsasse war. (Er hat wohl wie viele deutsche „Historiker“ mangelndes Fachwissen durch Phantasie ersetzt.) Außerdem soll in dem Lager keiner der inhaftierten Priester oder Insassen erschossen worden sein. Man versuchte peinlichst, gewaltsame Tode zu verbergen.

In Dachau waren laut Dokumentation und Fotos zudem nur weniger als 100 Geistliche katholischen und evangelischen Glaubens inhaftiert. Schon die Zahl von 1.200 Priestern in Dachau ist somit maßlos übertrieben.

Walter Kretschmer, Filderstadt

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.



Heimatverbundenheit: *Mein Vater hat im letzten Herbst die Fassade seines Wohnhauses in Bingen-Büdesheim mit dem Ostpreußen-Symbol und -Wappen sowie dem Rheinland-Pfalz-Wappen verzieren lassen. Dies soll auch seine Verbundenheit zu seiner alten Heimat zeigen. Nachdem er nun schon mehrfach von Passanten – offensichtlich viele aus dem ehemaligen Ostpreußen – auf seine gelungene Idee angesprochen wurde, dachte er, daß dies auch Leser der* Preußischen Allgemeinen Zeitung *interessieren könnte.* **Manfred Bahlo, Bingen**

Die Grenzen der Liberalität sind überschritten

Betr.: „Fromme Multikulti-Träume“ (Folge 1)

Bei seiner Festrede zum 275. Geburtstag von G. E. Lessing nahm Bundespräsident Johannes Rau dessen Toleranzgedanken zum Anlaß, Deutschland als Einwanderungsland zu bezeichnen. Nun ist die Katze aus dem Sack, und man möchte dem für seine altväterlichmoralisierenden Gedankengänge bekannten „Bruder Johannes“ fast dankbar ob solch klarer Zielansprüche sein, denn damit ist endlich heraus, was in endlosen sprachlichen Eiertänzen bislang sorgsam kaschiert wurde, aber längst Programm und Herzensangelegenheit unserer politischen Klasse war: die planmäßige Umvolkung und Überfremdung unseres Landes zu einem nicht wiederzuerkennenden, multiethnischen Gebilde mitten im Herzen Europas!

Toleranz und Menschlichkeit, die Lessings Werk prägen und von Herrn Rau so gern betont werden, sind zweifelsfrei hohe ethische Werte. Sie verkehren sich jedoch in ihr Gegenteil und verkommen zu leeren Worthülsen, wenn sie die Grenzen der Liberalität überschreiten. Und gerade an dieser Grenze befindet sich Herr Rau auch mit seinem Plädoyer für das islamische Kopftuch in öffentlichen Ämtern. Seine Bibelfestigkeit in allen Ehren, doch im Unterschied zur Heiligen Schrift hat der Koran auch weltlichen Gesetzescharakter, und in diesem Sinn wird auch das islamische Kopftuch begriffen. Ausnahmsweise muß hier einmal dem nicht gerade an übermäßiger Deutschfreundlichkeit leidenden Bundestagspräsident Thierse zugestimmt werden, wenn er es als ein Symbol des Islam ablehnt und bemerkt: „Toleranz darf keine Toleranz der Beliebigkeit sein.“ Würde er sich doch bei anderen Themen und Anlässen dieser klugen Worte erinnern! Solange aber in den entscheidenden Lebensfragen unseres Volkes von beiden Herren und der sie tragenden politischen Klasse ganz andere Maßstäbe angelegt werden, verlieren alle schönen großen Worte ihren hohen Moralanspruch und hinterlassen einen mehr als bitteren Beigeschmack.

Gerd Kresse, Schwülper

Zum Ausland erklärt

Betr.: „Auf Kants Spuren“ (Folge 6)

Die Einrichtung eines deutschen Konsulats im ehemaligen Königsberg sehe ich selbst mit einiger Sorge, wenn das auch seltsam klingen mag. Konsulate werden in ausländischen Staaten als Vertretung des eigenen Landes eingerichtet. Das nördliche Ostpreußen mit Königsberg wird damit zum Ausland erklärt.

Inge Schmidt, Hamburg

Rußlands eigener Weg

Betr.: „Traditionsgefühl bestimmt die Geschicke“ (Folge 51/52)

Der Beitrag zu den Wahlen in Rußland von Herrn Ströhm hat mir gut gefallen. Aus welchem Land soll man die Demokratie auf Rußland anwenden, zum Beispiel aus den USA oder vielleicht aus Italien? Wo gibt es in den USA freie Wahlen? Wer das Geld hat, bestimmt die Richtung. Die Medien, die von den Interessengruppen (Öl-Lobby) gesteuert werden, bestimmen den Ausgang der Wahlen. Diese Gruppen haben schon öfter für Kriege gesorgt, den letzten kennen wir ja. In Italien beherrscht Berlusconi die Medien. In Rußland wäre die Wahl ähnlich verlaufen. Die Öl-Lobby war am Werk. In Großbritannien sponsert einer ihrer Leute sogar einen Fußballverein. Es ist noch nicht lange her, da ging es um das Monopol für Bernstein. Es gab schon Verhandlungen mit Gorbenkow, er führte schon Verhandlungen unter anderem in Israel.

Wie will Rußland möglichst schnell zu besseren Lebensbedingungen kommen? Viel Geld ist ja schon in Mafiakreisen gelandet. Mit unserem System, mit den vielen Interessengruppen, würde es viel zu lange dauern.

Der jetzige Weg scheint Putin recht zu geben. Im Königsberger Gebiet sieht man schon einige Verbesserungen. Das russische Wachstum ist nicht schlecht. Ein Gewinn für uns und Rußland wäre der Wechsel vom Dollar zum Euro.

Klaus Görke, Hamburg

Das demokratische Fundament ist brüchig

Betr.; „Bilder einer Ausstellung“ (Folge 3)

Was Deutschen, ob Soldaten oder Zivilisten, angetan worden ist, und mag es noch so furchtbar sein, bewegt das Gros der Medien nicht. Es scheint die panische Angst zu herrschen, daß an Deutschen begangene Greueltaten als so fürchterlich wie der Holocaust empfunden werden könnten. Und nichts darf doch den Schrecken des Holocaust gleich- oder nahekommen, schon gar nicht, was Deutschen angetan worden ist.

So wissen auch nur wenige Deutsche um die vielen Kriegsverbrechen der Sieger, die in ihren Ländern mangels Klägern auch nicht verfolgt wurden und zu deren Entschuldigung immer wieder herangezogen wird, was wir Deutsche zuvor getan hätten.

In unserem Land beherrschen die Reemtsmas die Szene. Wer sich für die Ehre deutscher Soldaten einsetzt oder an ihnen begangene Verbrechen aufzudecken sucht, verfällt der Ächtung der die öffentliche Meinung Beherrschenden. Ohne ein moralisches Schulterzucken wird hingenommen, wenn nicht sogar begrüßt, wenn Gedenkstätten für unsere Soldaten abgerissen werden müssen.

Dem Betrachter bleibt dabei nur Verachtung, aber auch das Gefühl der eigenen Ohnmacht. Staunend erlebt der unter Hitler groß Gewordene, wie brüchig das demokratische Fundament seines Landes ist.

Matthias Maier, Bernau

Neuer Kurort?

Frauenburg wird möglicherweise Kurort. Auf einen entsprechenden Antrag haben sich zumindest seine Stadtverordneten geeinigt. Die Entscheidungsgewalt über den Antrag liegt beim Gesundheitsminister, der seine Entscheidung unter anderem von der Qualität des Mineralwassers und des Moores sowie der Sauberkeit der Stadt abhängig machen muß. Nach Ansicht des Elbinger Senators Wladyslaw Mankuta hat Frauenburg eine reelle Chance, den Status eines Kurortes zu erlangen, dieses um so mehr, als in dem Entwicklungsplan der zuständigen Woiwodschaft nur Frauenburg als Kurort vorgesehen sei. Währenddessen unternimmt Frauenburg das Seinige, um seine Aussichten auf den begehrten Titel zu erhöhen. So wurden in der Stadt eine Kläranlage und ein Biomassenheizwerk gebaut sowie eine Solwasserquelle mit einer Temperatur von 24 Grad Celsius erschlossen, die nicht nur zum Baden, sondern auch zum Beheizen der Stadt genutzt werden kann. Die Frauenburger wollen jetzt auch untersuchen, ob sich in der Stadt neben dem Thermalwasser auch Torflager befinden. Vermutet werden diese in der Näher von Mehlsack. **G. B.**

Mahnmal

Auch bei Palmnicken soll jetzt ein Holocaust-Mahnmal entstehen. Als Standort ist die Stelle am Ostseeufer vorgesehen, an der 1945 7.000 Gefangene des Konzentrationslagers Stutthof erschossen worden sein sollen und an der bereits eine entsprechende kleine Hinweistafel steht. Das haben zumindest örtliche Politiker und Geschäftsleute vor.

An der Hinweistafel haben sich am 1. dieses Monats etwa 200 Menschen aus Königsberg, Weißrußland und der Republik Polen zu einer Trauerfeier versammelt, an der auch der deutsche Generalkonsul in Königsberg, Cornelius Sommer, sowie der schwedische Konsul Erik Hammerskjeld teilnahmen. Von russischer Seite war unter anderem der Königsberger Vize-Gouverneur Oleg Schlyk zugegen. Laut Auskunft des Vorsitzenden der Stiftung „Andenken an Palmnicken“ wurden bei dieser Gelegenheit auch die Pläne für das Holocaust-Mahnmal dem internationalen Teilnehmerkreis vorgestellt. **MW**

Schiff gesunken

Drei Meilen südwestlich der Landzunge Brüster Ort ist der Schwimmbagger „Balchasch“ erst gekentert und dann gesunken. Tote oder Verletzte gab es nicht. Das Unglück passierte, als der Schwimmbagger das polnische Schiff „Altas-2“ aus dem Hafen von Neukuhren schleppte. Die „Balchasch“, die für Unterwasserarbeiten und Bodenaushebungen bei der Fahrrinnenvertiefung bestimmt ist, liegt jetzt in 19 Metern Tiefe. In ihren Tanks lagern zehn Tonnen Dieselöl. In den Triebwerken befinden sich weitere 440 Kilogramm Motoröl. Obwohl zunächst eine Gefährdung der Umwelt von seiten der Verantwortlichen ausgeschlossen wurde, tritt Öl aus und gefährdet die Küstenregion. **MRK**

Wechselkurse

Ein Euro hatte vorletzten Donnerstag den Wert von 4,79396 polnischen Zloty, 35,69227 russischen Rubeln sowie 3,4528 litauischen Litas. Umgekehrt war ein Zloty 20,86 Euro-Cent, ein Rubel 2,802 Euro-Cent und ein Litas 28,962 Euro-Cent wert. Die Angaben erfolgen ohne Gewähr. ■

Rüsten für den Winter

13 neue Fahrzeuge für Königsbergs Stadtreinigung / Von M. Rosenthal-Kappi

Königsbergs Stadtverwaltung hat für das städtische Straßenreinigungsunternehmen „Tschistota“, was so viel heißt wie „Reinheit“, eine Bürgschaft über 30 Millionen Rubel, umgerechnet knapp 840.000 Euro, zur Anschaffung von 13 zusätzlichen universell verwendbaren Spezialfahrzeugen zur Schneeräumung übernommen. Einen entsprechend hohen Kredit wird das Unternehmen wahrscheinlich bei der „Moskauer Bank“ aufnehmen.

In der weißen Jahreszeit werden in Königsberg täglich ungefähr 200 Kubikmeter Schnee von den Straßen gesammelt und an die Stadtgrenzen gefahren. Obwohl das Unternehmen hierfür seinen gesamten Bestand an technischem Gerät einsetzt, sprich acht Kehrmaschinen, zehn Streufahrzeuge sowie drei Traktoren und Schneeschieber, bleibt das Ergebnis unbefriedigend. Da sind zum einen die Behinderung durch am Straßenrand abgestellte Autos. Ein größeres Problem stellt jedoch das hohe Alter der dem Unternehmen zur Verfügung stehenden Technik dar. Sie ist überwiegend zwischen einem und zwei Jahrzehnten alt. ■



Winter in Königsberg: *Der mit der weißen Jahreszeit verbundene Schnee ist zwar eine Pracht, doch für das Straßenreinigungsunternehmen der Pregelmetropole auch eine Herausforderung, die es nun mit 13 zusätzlichen Fahrzeugen für umgerechnet rund 840.000 Euro besser zu bewältigen hofft.*

Ja zu Metro-Markt

Allensteins Bürgermeister unterstützt das geplante Großmarktprojekt

Allensteins Bürgermeister Jerzy Malkowski begrüßt die Entscheidung von Metro, in der Stadt einen Großmarkt zu eröffnen. Diese Eröffnung sei, so der Politiker, eine richtige Weichenstellung, wie sich in den kommenden Jahren bestätigen werde. In diesem Zusammenhang erwähnte der Bürgermeister die schriftliche Vereinbarung zwischen dem polnischen Lebensmittelhersteller Indykpol und der Metro-Gruppe über die finanzielle Beteiligung am Ausbau der Lubelska-Straße, die im Falle der Errichtung des Großmarktes unerläßlich wäre.

Laut der Betriebsratsvorsitzenden von Indykpol, Janina Czetowicz, haben sich die Mitarbeiter ihrer Firma über die Entscheidung des Bürgermeisters gefreut und warteten nun gespannt auf die Umsetzung der Pläne.

Kritisch stehen hingegen Allensteins Kleinunternehmer dem Projekt gegenüber. So erklärte das Vorstandsmitglied der Kaufmanns- und Unternehmervereinigung der Region Ermland-Masuren Roman Zawadzki gegenüber der Presse, daß die Entscheidung falsch sei, weil die bereits existierenden Geschäfts- und Supermarkt-Ketten den Bedarf in der Region bereits deckten. Daher sei ein weiterer Supermarkt unnötig. Die Kaufleute der Region haben angekündigt, gegen die positive Entscheidung des Bürgermeisters vorgehen zu wollen. Die Inhaber einiger Allensteiner Betriebe haben inzwischen Kündigungslisten vorbereitet. Sie drohen für den Fall, daß der Großmarkt gegen ihren Protest eingerichtet wird, mit der Entlassung von fast 1.600 Mitarbeitern.

Der Vorsitzende der Stadtaufbau-Partei (SLD) in Allenstein, Witold Gagacki, schließt sich der Kritik an dem Bürgermeister an. Er wirft ihm vor, seine eigene Partei übergangen und seine Entscheidung eigenmächtig und ohne Rücksprache mit den Parteifreunden gefällt zu haben. Die Partei habe das Vertrauen in ihn verloren und werde nun über ein Mißtrauensvotum entscheiden. **Danuta Fischer**

Projekt ausgeweitet

Sachleistungen für Kinder statt Geld für Eltern

Königsbergs runder Tisch für Sozialarbeit hat als vordringlichste Aufgabe die gezielte Hilfe für Kinder aus sozial schwachen Familien benannt. Dabei sollen Sachleistungen statt Geld die Not lindern. Dem Entschluß zu diesem auch in der Bundesrepublik diskutierten Prinzip liegt die Erkenntnis zugrunde, daß die den Eltern ausgezahlte Unterstützung für mittellose Kinder und kinderreiche Familien nicht eben für gute Zwecke ausgegeben werde. Deshalb hatten die Sozialarbeiter schon im vergangenen Jahr ein Pilotprojekt durchgeführt, demzufolge die Unterstützung nicht mehr den unzuverlässigen Eltern ausgehändigt wird, sondern dafür Schuhe, Kleidung, Spielzeug, Lebensmittel gekauft werden, um sie dann den Kindern auszuhändigen. Manchmal wurden auch die Gebühren für kommunale Dienste übernommen. Auf diese Weise wurde im Jahr 2003 134 kinderreichen Familien geholfen. Die Mitarbeiter des Sozialamts waren von der Effektivität dieser Aktion so begeistert, daß sie in diesem Jahr den Kreis der Familien, denen auf diese Weise geholfen wird, weiter ausweiten wollen. **JJ**

Sanierung Pflicht

Haus der Technik verkauft

Königsbergs Haus der Technik der Deutschen Ostmesse beziehungsweise das, was davon noch steht, ist von der Stadt versteigert worden. Für 52.050.000 Rubel (rund 1.456.900 Euro) erhielt einer von zwei Bietern den Zuschlag. Der neue Besitzer muß laut Kaufvertrag den Komplex sanieren und als Warenhaus nutzen. **U. H.**

NOTIERT

Sowohl die Europäische Union als auch Schweden werden sich an der Finanzierung des Alle-Kanalbauprojektes beteiligen. Das erklärte der Vorsitzende der ersten Euroregion-Versammlung, der Landrat des Kreises Rastenburg, Ryszard Kaczmarczyk, gegenüber Radio Allenstein. Das Projekt sieht den Ausbau des Masurischen Kanals vor; mit der Schiffbarmachung der Alle bis zum Pregel würden die großen masurischen Seen mit der nordostpreußischen Lebensader durch eine Wasserstraße verbunden. Sowohl die Russen als auch die Polen erhoffen sich von der Verwirklichung des Projekts neue Arbeitsplätze. Mit den Arbeiten soll im Jahre 2005 begonnen werden. ■

Stjepan Mesic, Kroatiens Präsident, hat anläßlich eines Besuches in der Russischen Föderation in Königsberg im Beisein von Gouverneur Wladimir Jegorow den Grundstein zu einem Konsulat seines Staates gelegt. „Diese Grundsteinlegung soll“, so das Staatsoberhaupt des Balkanstaates bei seiner Festansprache, „ein weiterer Schritt zur Festigung der Beziehungen zwischen unseren Völkern sein.“ Einen kroatischen Honorarkonsul gibt es bereits in der Pregelmetropole. Hinsichtlich der Eröffnung eines Generalkonsulates meinte Mesic: „Der Termin dafür hängt nur vom Arbeitsumfang ab.“ ■

Die Königsberger Gebietsduma hat nach langem Zögern nun doch die Verfünffachung der Glücksspielsteuer beschlossen. Lange hatte sich das Parlament geziert, mit der Begründung, daß die Glücksspielbranche dann ruiniert oder in die Illegalität ausweichen würde. Den Ausschlag für den Meinungswechsel der Parlamentarier gab wohl eine Finanzierungslücke von 150 Millionen Rubel im diesjährigen Gebietshaushalt, was ungefähr 4,2 Millionen Euro entspricht. ■

Bei den russischen Dumawahlen hat die Partei Vereintes Rußland des Staatspräsidenten Wladimir Putin im Königsberger Gebiet etwas schlechter abgeschnitten als in Rußland. Bekam sie in Rußland 37 Prozent, so waren es in der Exklave mit 32 Prozent fünf Prozentpunkte weniger. Besser hingegen schnitten die Kommunisten mit 15,5 gegen 12,8 Prozent und die Rodina (Patrioten) mit zehn gegen neun Prozent ab. ■

Alexander Lukaschenko, Weißrußlands Präsident, hat sich in einem Gespräch mit Gouverneur Wladimir Jegorow bereit erklärt, den Transithandel, der gegenwärtig über die Häfen der Republik Litauen läuft, zukünftig über die Häfen des Königsberger Gebietes laufen zu lassen, wenn denn Königsberg seine Tarife genügend senken würde und auch in anderlei Hinsicht weißrussischen Wünschen entgegenkäme. ■

Im Königsberger Gebiet fehlen derzeit 2.000 Ärzte. Das gab das zuständige Gesundheitsamt bekannt. Die Ursache dafür, daß jede zweite Stelle unbesetzt bleibt, wird in der geringen Bezahlung vermutet. ■

Kaum EU-reif

Lebensmittelbetriebe im südlichen Ostpreußen

Von den etwa 200 Fleischereien und Molkereien in Ermland und Masuren erfüllen erst 15 die Standards der Europäischen Union. Das ist das Ergebnis einer Kontrolle, welche die EU im südlichen Ostpreußen durchgeführt hat. 13 Betriebe haben noch überhaupt nichts zur Verbesserung der Produktion unternommen. Die übrigen haben zumindest ihren guten Willen bekundet, sich den EU-Standards anzupassen. Rumuals Lineburski vom Veterinäramt der Woiwodschaft stellte inzwischen klar, daß die Produkte jener Unternehmen, die auch nach Polens EU-Beitritt nicht gemäß den Normen der Union produzieren, mit einem speziellen Stempel versehen würden, der ihren Vertrieb auf den jeweiligen Herstellungsort beschränke. **Gerd Bandilla**

Neueröffnung

Grenzübergang Beisleiden ausgebaut

Der Grenzübergang in Beisleiden, Kreis Preußisch Eylau, ist nach dem Abschluß seiner Modernisierung im Beisein des Grenzschutzchefs der Russischen Föderation, Michael Wanin, feierlich wiedereröffnet worden. An dem Übergang sollen 900 Personenkraftwagen, 100 Laster sowie 200 Busse täglich abgefertigt werden können, wobei der Grenzübergang auch nachts genutzt werden könne, erklärte Wanin. Es wurden zehn zusätzliche Kontrollstationen für ein- und ausreisende Fahrzeuge eingerichtet. Die 16 Millionen Dollar teure Modernisierung des Grenzübergangs wurde größtenteils vom russischen Grenzkomitee finanziert, doch auch diesmal hat sich die EU finanziell beteiligt, in diesem Falle mit drei Millionen Euro. **D. F.**

EU-unwürdige Polizeimethoden

Was Lötzens Kreisvertreter Erhard KAWLATH bei der Rückkehr aus der Heimat mit der polnischen Staatsmacht erlebte

Nachdem ich mit meinen Begleitern, dem Schatzmeister und dem Archivar der Kreisgemeinschaft Lötzen, Klaus Reck und Paul Trinker, ein erfolgreiches positives Gespräch mit der Bürgermeisterin J. Piotrowska, zwei Stadträten und dem Direktor der „Feste Boyen“ in Lötzen gehabt hatte, in dem es hauptsächlich um das Sommerfest am 25. Juli dieses Jahres gegangen war, traten wir drei Tage später, es war ein Sonnabend, die Heimreise nach Neumünster an. Wir kamen gut voran und übernachteten in Schneidemühl.

Am nächsten Morgen ging es morgens um 7.30 Uhr weiter. Da der VW-Transporter, mit dem wir unterwegs waren, wenig beladen war, erreichten wir eine gute Geschwindigkeit. Gegen 10 Uhr waren wir kurz vor Stettin und beschlossen durchzufahren. Wir hätten dann gegen 18 Uhr unseren Zielort Neumünster erreicht. Wir befanden uns auf der rechten Spur, weil wir kurz vor der Auffahrt zur Autobahn Berlin waren und somit den Grenzübergang Pomellen erreichen mußten. Das Wetter war regnerisch.

Schuldlose Unfallopfer wurden wie Verbrecher behandelt

Da plötzlich gab es einen harten Knall. Ein Pole war uns mit seinem VW Passat in die Mitte der linken Seite des Wagens gefahren. Auch er wollte Richtung Berlin fahren. Ich steuerte das Auto sofort in eine Ausweichstelle. Der Pole folgte und setzte sich vor uns. Er lehnte eine Einigung ab und rief die Polizei. Es war für uns ein Glück, daß Paul Trinker die polnische Sprache beherrscht. Nach rund 35 Minuten kam die Polizei. Sie überprüfte die Wagenpapiere und meinen Führerschein und machte Aufnahmen von den beiden beschädigten Fahrzeugen. Das hatte ich bereits mit meiner Kamera getan. Beide Autos waren verhältnismäßig leicht beschädigt. Am rechten Seitenspiegel des Polen war außer Kratzspuren auch gelbe Farbe von unserem Auto. Der Pole behauptete bei der Polizei, ich wäre auf der Überholspur gefahren und hätte in die rechte Spur wollen, dabei wäre ich ihm in die Seite gefahren. Die Polizei erklärte mich daraufhin für schuldig und wollte mich verhaften. Dagegen wehrte ich mich mit dem Ergebnis, daß wir alle zum Polizeikommissariat von Stettin mußten. Dort ließ man uns warten. In einem kalten, zugigen, schmutzigen Korridor saßen wir dreieinhalb Stunden. Nachdem der Dolmetscher erschienen war, wurden wir einzeln verhört. Die Polizei hatte protokolliert, daß ich auf der Überholspur unachtsam den Unfall verschuldet hätte. Ich weigerte mich, das zu unterschreiben, und bestand darauf, den Satz zuzufügen, daß ich das Protokoll nicht anerkenne, da es nicht der Wahrheit entspreche. Danach unterschrieb ich. Die Polizei erklärte, mich bis zur Gerichtsverhandlung am nächsten Tag in Gewahrsam zu behalten – also auf der Wache! Erst als ich mit dem deutschen Konsulat drohte, durften wir alle drei gehen und im Hotel „Rheda“ übernachten. Die Reisepässe wurden so lange eingezogen.

Am nächsten Tag um 10 Uhr meldeten wir uns beim Kommissariat und wurden mit Polizeibegleitung zum Gericht geführt. Die Verhandlung sollte um 10.30 Uhr beginnen. Mir wurde vorher eine falsche Unfallskizze von einem unfreundlichen hohen Beamten vorgelegt, die ich unterschreiben sollte. Ich sollte 500 Zloty zahlen, dann bräuchte ich nicht zur Gerichtsverhandlung. Wieder weigerte ich mich, und dann begann schließlich die Verhandlung gegen 11 Uhr. Sie wurde von einem jungen Richter geführt, und ich hatte zum erstenmal das Gefühl, er wäre neutral und ich nicht ein „Verbrecher“. Ich machte meine Aussage. Dann wurden die zwei Zeugen gehört, die ebenfalls meine Angaben bestätigten. Dabei konnte ich die Unfallbilder vorlegen. Das Gesamturteil lautete, es stehe Aussage gegen Aussage. Ich wurde nicht verurteilt, mußte jedoch die immer anfallenden Verwaltungskosten von 100 Euro zahlen. Gegen 13.15 Uhr war der Spuk zu Ende.

Hier schlugen einem die blanke Verachtung und der Haß entgegen

Wir drei Ostpreußen fanden das Verfahren menschenunwürdig. Die Behandlung und die Wartezeit waren deprimierend, und man kehrte in jeder Lage die Polizeigewalt heraus. Ich hatte bei der Vernehmung ausgesagt, daß ich seit September 2003 Ehrenbürger der Stadt Lötzen sei – und es auch beweisen könne –, erntete dafür aber nur ein verächtliches Achselzucken.

Das ganze Verfahren hat uns 24 Stunden Zeitverlust eingebracht, dazu die Extraübernachtung im „Rheda“, aber was uns am schlimmsten traf, war eine ungeheure nervliche Belastung. Die Behandlung war empörend. Ich glaube, ein Verbrecher kann nicht erniedrigender vorgeführt werden. Hier schlugen einem die blanke Verachtung und der Haß entgegen. Und mit dieser Polizei will man in die EU, die den Europagedanken vertreten will. Ich glaube, meine Schilderung wird einige Landsleute davon abhalten, so ein Risiko einzugehen. Auch ich werde keine Versorgungsfahrten mehr durchführen. Das bedeutet keine Hilfe für das Krankenhaus in Lötzen, keine Betreuung von schwerbehinderten Menschen, ob Deutsche oder Polen. ■

Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied und Familienfreunde,

das Kulturschaffen unserer Heimat zu bewahren und fortzuführen ist eine unserer wichtigsten Aufgaben. Und so ist dies auch ein guter Platz, um über den Plan eines ostpreußischen Künstlers zu sprechen, der seinen künstlerischen Nachlaß in eine Stiftung einbringen will, die der Erforschung der Augenkrankheit Makula dienen soll. An dieser ist nämlich der Maler und Graphiker **Gerhard Wydra** erkankt – für den bildenden Künstler, der in den letzten Kämpfen im Heilsberger Kessel einen Arm verlor, eine weitere Behinderung von besonderer Härte, weil er die für ihn so wichtigen Farbabläufe nicht mehr sehen kann. Ich bin dem in Masuren geborenen Künstler öfters begegnet und habe seine Arbeiten bewundern können, vielen Leserinnen und Lesern werden sie durch die Wiedergabe in unserer Zeitung bekannt sein, auch von verschiedenen Ausstellungen und anderen Präsentationen. Über sein Leben und Lebenswerk wird Silke Osman zum 80. Geburtstag des vielseitigen Masuren berichten, hier soll nur auf das Vermächtnis hingewiesen sein, das Gerhard Wydra und seine Frau **Christel** jetzt festgelegt haben. Der freischaffende Künstler hat etwa 1.000 Aquarelle und ebenso viele graphische Werke geschaffen, die zum großen Teil dokumentarischen Charakter haben. Deshalb bezeichnet er sich selber als „Berichterstatter mit dem Pinsel“, wobei besondere Schwerpunkte auf Ostpreußen und Schlesien liegen. Seinen künstlerischen Nachlaß möchte das Ehepaar nun in die „Wydra-Stiftung“ einbringen, die nicht nur der Makula-Forschung dienen, sondern auch Sehbehinderten in den armen Ländern der Welt helfen soll. Für die noch zu gründende Stiftung, der auch Pflege, öffentliche Präsentation und Verkauf der Werke obliegen sollen, werden Sponsoren benötigt. Diese, so hofft das Ehepaar, könnten sich auch unter Landsleuten finden, die ich hiermit anspreche. Außerdem möchte Gerhard Wydra einen Förderverein bilden der Künstler gründen mit einem ähnlichen Zweck: Die Werke sollen der Christoffel-Blindenmission zur Verfügung gestellt werden, der bei Verkauf der Reinerlös überlassen wird. Wer sich für diese von großem Idealismus getragenen Projekte interessiert, wende sich bitte an Gerhard Wydra, Raiffeisenstraße 12 in 57577 Hamm, Telefon 0 26 82 / 96 90 17, Fax 0 26 82 / 96 78 50.

Der Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Lyck, **Gerd Bandilla**, hat sich mit dem Hinweis an mich gewandt, daß es auch im südlichen Ostpreußen „Wolfskinder“ gibt. Er schreibt: „In der Goldaper Straße in Treuburg befand sich ein Waisenhaus, in dem Kinder aus ganz Ostpreußen untergebracht waren. Im Herbst 1944 wurden einige zunächst nach Rastenburg evakuiert. Ende September ging es dann über Allenstein und Breslau nach Kukus, etwa 20 Kilometer südlich von Trautenau im Sudetenland. Nach dem Einmarsch der Russen fuhren die Kinder am 6. Juni 1945 mit ihren Erzieherinnen nach Treuburg zurück. In das Waisenhaus konnten die Kinder nicht hinein, weil es mit russischen Soldaten belegt war. Daraufhin wurden sie an deutsche Frauen, aber auch an polnische Bauern verteilt. Sie erhielten polnische Namen wie **Dieter Gutt**, der heute **Tadeusz Grabowski** heißt und in Suwalki lebt. Auch **Helmut Steinke** mußte seinen Namen ändern: Er heißt nun **Stanislaw Stankewicz** und wohnt ul. Igo Maja 3/3, Pl. 19-400 Olecko. Noch immer sucht Helmut Steinke seine Geschwister **Erika**, * 12. Mai 1929, **Friedrich Wilhelm**, * 10. Juli 1931 und **Karl Otto Steinke**, * 25. April 1933. Zuschriften bitte an Herrn Gerd Bandilla, Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Lyck, Agnes-Miegel-Straße 6 in 50174 Erftstadt, Telefon 0 22 35 / 7 73 94, Fax 0 22 35 / 68 77 38.

Auch **Ernst Knoop** sucht noch heute seine Geschwister, allerdings wurden sie nicht als Kinder getrennt. Seine Schwester **Hedwig**, * 13. September 1926 in Almenhausen, Kreis Pr. Eylau, war bis zum Frühjahr 1945 als Hausangestellte bei der Familie Salewski in Königsberg beschäftigt, die den „Segelclub Baltic“, Contiener Beek, bei der Schichau-Werft, bewirtschaftete. Herrn Knoop wurde später erzählt, daß seine Schwester, als die Front immer näher kam, mit Matrosen mitgefahren sein soll – wohin? Von da an fehlt jedes Lebenszeichen. Es ist wahrscheinlich, daß sie mit einem Schiff über See geflohen ist, wenn sie nicht den Russen in die Hände gefallen ist. Vielleicht erinnert sich noch jemand an die damals 18jährige dunkelhaarige Hedwig Knoop? Auch das Schicksal seines Bruders **Horst** Knoop liegt im dunkeln. Der letzte Feldpostbrief des 1928 in Almenhausen geborenen Wehrmachtsangehörigen kam aus Kolberg, Pommern. Über jeden Hinweis würde sich der Suchende sehr freuen. (Ernst Knoop, Flütjenburgstraße 17 in 31311 Uetze, Telefon 0 51 73 / 70 07.)



„Meines Großvaters Hof“: *Linolschnitt von Gerhard Wydra*

Aus jenen letzten Kriegstagen stammt auch die letzte Nachricht, die **Hans-Joachim Preuß** über seinen Vater erhielt: Der Verwundete lag damals im Lazarett im westpreußischen Konitz. Herr Preuß würde nun gerne wissen, wann Konitz von den Russen eingenommen wurde und was mit den Verwundeten geschah. „Vielleicht gibt es unter Ihren Lesern jemanden, der auch dort war oder etwas von seinen Eltern über das Lazarett weiß“, schreibt Herr Preuß und fügt hinzu: „Das ist zwar alles sehr unwahrscheinlich, aber wohl einen Versuch wert.“ Das ist es, und wir hoffen auf Zuschriften für Hans-Joachim Preuß, Hauptmannsreute 72 in 70193 Stuttgart, Telefon 07 11 / 65 35 51).

Da uns diese Zuschrift als E-Mail erreichte ohne Angabe der Adresse, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, daß, wie die Anfragen auch erfolgen, die genaue Anschrift genannt werden muß. Denn dies ist durchaus kein Einzelfall. Für uns bedeutet das nicht nur Mühe und Zeit, wenn wir ständig nachfassen müssen, sondern auch Verzögerungen in der Bearbeitung. Das gilt auch für postalisch beförderte Briefe, bei denen die Absenderanschrift lediglich auf dem Umschlag vermerkt ist, denn der geht oft verloren. Bitte, lewe Landslied und Freunde, immer die volle Anschrift auf dem Briefbogen vermerken. Mit Telefon- und Faxnummer, wenn gewünscht wird, daß diese veröffentlicht wird.

Durch unsere Berichte ermuntert, möchte **Helga Krause** nun etwas Licht in ihre Familiengeschichte bringen, denn die inzwischen verstorbene Mutter hat ihr leider fast nichts von ihrer masurischen Heimat erzählt. Ihr Großvater **Johann Kolenda**, * 1870 in Rundfließ, Kreis Lyck, hatte zwei Brüder. Der eine übernahm den Hof, der andere soll in das Rheinland gezogen sein. Zu diesen Familien bestand anscheinend kein Kontakt mehr, so daß Frau Krause nichts über sie weiß. Ihr fehlen auch nähere Angaben über ihre Großmutter, von der nur der Mädchenname bekannt ist: **Warda**. Der Vorname **Marie** ist ungewiß, Daten sind nicht vorhanden. Urgroßvater Warda soll Schneidermeister in Kölmersdorf gewesen sein. Bekannt sind Frau Krause die Vornamen der Geschwister ihrer Mutter: **Lene**, **Charlotte** und **Hans**. Vielleicht erinnern sich alte Kölmersdorfer noch an die Familie **Kolenda**, vor allem an Hans, der in der Dorfkapelle spielte. Da Frau Krause auch keine Verbindung zu ihren mehr oder weniger entfernten Verwandten hat, würde es sie besonders freuen, von diesen zu hören. (Helga Krause, In den Kolkwiesen 70 in 30851 Langenhagen, Telefon 05 11 / 73 24 58.)

Auch Kapitän **H. Fechter** beschäftigt sich in seiner Freizeit als Hobbygenealoge mit dem Ziel, eine Familienchronik zu erstellen. Das führte in bezug auf seine friesischen Vorfahren schon zu beachtlichen Erfolgen, aber dann befindet sich auf der Ahnentafel ein „großer weißer Fleck“ – und der betrifft seine ostpreußischen Wurzeln. Daher wendet er sich zuversichtlich an die „immer größer werdende“ ostpreußische Familie mit der Bitte um Unterstützung. Die Suche von Herrn Fechter gilt den ostpreußischen Linien **Mey** **(May)** und **Koniarski (y)**. Er schlüsselt seine Suche auf bei **Maria Mey (May)**, * 1881 in Klein Oletzko, wahrscheinlich verheiratet mit einem Koniarski. Sie wohnte in Klein Oletzko und in Marggrabowa, die zwischen den Weltkriegen in Herzogshöhe beziehungsweise Treuburg umbenannt wurden. Herr Fechter vermutet, daß es sich bei der Familie Mey um niederländische Einwanderer handeln könnte, denn diese werden unter anderem urkundlich um 1700 als Reformierte im Raum Pr. Holland genannt. 1793 wird eine **Johanne Maria** Mey, Tochter des Kaufmanns **Jacob** Mey, im reformierten Kirchenbuch Soldau erwähnt. Hier hofft Herr Fechter auf Hinweise von Genealogen. Aber in diesem besonderen Falle handelt es sich um eine im Kreis Treuburg ansässige Familie dieses Namens, und hier sind also unsere Treuburger Landsleute gefragt. (Kapitän H. Fechter, Ostermoor / Kuhweg 14 in 26532 Großheide.)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN

BUND JUNGES OSTPREUSSEN

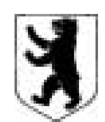


Vors.: Nanette Kaiser Geschäftsstelle: Parkallee 86, 20144 Hamburg, Tel. (0 40) 41 40 08 24, Fax (0 40) 41 40 08 48, E-Mail: bjo @ostpreusseninfo.de

BJO-West – Sonntag, 22. Februar, der BJO wird mit einer „Elchgruppe“ am Tulpensonntagszug in Viersen (bei Mönchengladbach) teilnehmen, um auf humorvolle Weise auf Ostpreußen und die jüngere Generation in der Landsmannschaft aufmerksam zu machen. Hierzu benötigen wir noch einige Teilnehmer. Wer Lust hat, melde sich bitte bei Jochen Zauner, Telefon (0 21 62) 5 82 17 oder Jochen.Zauner@ostpreussenportal.de.

BJO-Termin – Vom 13. bis 15. Februar 2004: Grundlagenseminar der Jugend in Bad Pyrmont: „Ostpreußische Aspekte“. Es referieren: Hans Heckel (Redakteur), Heinz Bucholz (Autor), Therese Gollan (DV Bischofsburg), Dr. Rautenberg (Herder-Institut), Nanette Kaiser (BJO-Bundesvorsitzende) und andere. Anmeldungen (bis 40 Jahre): LO-Jugendreferat, Parkallee 84–86, 20144 Hamburg, knapstein@lm-ostpreussen.de, Fax: (0 40) 41 40 08 48.

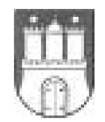
BERLIN



Vors.: Hans-Joachim Wolf, Te- Telefon (03 37 01) 5 76 56, Habichtweg 8, 14979 Großbeeren, Geschäftsführung: Telefon (0 30) 23 00 53 51, Deutschlandhaus, Stresemannstraße 90, 10963 Berlin

Fr., 13. Februar, **Pillkallen, Stallupönen**, 13.30 Uhr, Haus des Älteren Bürgers, Werbellinstraße 42, Berlin-Neukölln.

HAMBURG



Vors.: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 44 49 93, Mobiltelefon (01 70) 3 10 28 15

LANDESGRUPPE

Sonntag, 15. Februar, 14 Uhr, Fahrt zur Dittchenbühne nach Elmshorn zur Theateraufführung „Die Reise nach Tilsit“. Abfahrt: Kirchenallee am Hamburger Hauptbahnhof mit dem Busunternehmen „Hamburger Sportreisen“. Gegen 15 Uhr Kaffeetrinken, Rückfahrt 18.30 Uhr. Gesamtpreis 25 Euro einschließlich Kaffeegedeck. Anmeldungen bei Schatzmeisterin Bridszun, Telefon und Fax (0 40) 6 93 35 20. Die Fahrkosten bitte überweisen auf das Konto: Landsmannschaft Ostpreußen, Konto: 9 605 201, BLZ 200 100 20. Mitglieder und Gäste sind herzlich willkommen. – Jeden 1. Mittwoch im Monat, von 15 bis 17 Uhr, wird im Haus der Heimat, Vor dem Holstentor 2, der Raum Nr. 13 für Interessierte geöffnet sein.

BEZIRKSGRUPPE

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 23. Februar, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld. Es wird Fasching gefeiert.

HEIMATGRUPPE

Heiligenbeil – Sonnabend, 28. Februar, 14 Uhr, Jahreshauptversammlung im Seniorentreff, Am Gojenboom 30, zu erreichen mit der U 3 bis Horner Rennbahn, Ausgang Gojenboom. Anmeldung bei Lm. K. Wien, Telefon (0 41 08) 49 08 60.

Insterburg – Sonntag, 15. Februar, 14 Uhr, Ausfahrt zur Dittchenbühne, Elmshorn. Abfahrt ab Hauptbahnhof, Kirchenallee, Kosten 25 Euro. – Freitag, 5. März, 14.30 Uhr, Frühlingsfest mit Gedichten und Liedern in der „Postkutsche“, Horner Landstraße 208.

FRAUENGRUPPE

Hamburg-Bergedorf – Donnerstag, 19. Februar, 12 Uhr, Grützwurstessen in „Fünfhausen“ mit anschließendem Sparziergang an der Elbe. – Freitag, 27. Februar, 15 Uhr, „Weiber-Fastnacht“ im Sozialen Zentrum, Ludwig-Rosenberg-Ring 47, Hamburg-Bergedorf. Bitte Kappen und gute Laune mitbringen.

BADEN-WÜRTTEMBERG



Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel./Fax (0 71 11) 85 40 93, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Telefon und Fax: (07 11) 6 33 69 80

Buchen – Sonntag, 29. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Landgasthof, Kreuzwertheim. Fürstin Ruth-Erika von Löwenstein-Wertheim-Freudenberg erzählt aus ihren Lebenserinnerungen. Der Bus wird eingesetzt. Abfahrtszeiten sind zu erfragen unter Telefon (0 62 81) 81 37.

Pforzheim – Donnerstag, 19. Februar, Treffen der Frauengruppe im „Martinsbau“.

Reutlingen – Sonnabend, 6. März, 14 Uhr, Jahrehauptversammlung im Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Stiftung. Programmübersicht: Kaffeetafel, Begrüßung und Totenehrung, Rechenschaftsbericht des 1. Vorsitzenden Jürgen Passage, Bericht der Kassenwartin und -prüferin, Bericht der Frauengruppenleiterin Frau Orthmann, Aussprache und Berichte über Sonstiges, Entlastung des gesamten Vorstandes, Neuwahlen des 1. und 2. Vorstandes, des Kassierers und des Schriftführers, Ehrungen langjähriger Mitglieder. Nach dem umfangreichen Programm beginnt das Grützwurstessen mit Sauerkraut, zubereitet von den Damen des Vorstandes.

BAYERN



Vors.: Friedrich-Wilhelm Böld, Tel. (08 21) 51 78 26, Fax (08 21) 3 45 14 25, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg

Ansbach – Freitag, 20. Februar, 15 Uhr, gemütliches Beisammensein mit Geschichten aus der Heimat im „Platengarten“.

Erlangen – Viele Landsleute hatten sich zum Heimatabend mit dem Motto „Ostpreußisches Ratespiel“ eingefunden, bei dem die Vorsitzende Sigrid Heimburger das Amt der Moderatorin und Quizmeisterin übernommen hatte. Sie verfaßt zu dem halbjährlich an die Mitglieder verschickten Veranstaltungskalender eine mehrseitige, sehr interessante Beilage über das Leben und Wirken berühmter ost- und westpreußischer Frauen, Beschreibungen bedeutender, geschichtlicher Ereignisse, Städte oder Landschaften. Es war erstaunlich, wie viele Kenntnisse über die Heimat eine Reihe von Landsleuten besitzt, die als Kinder mit ihren Müttern fliehen mußten, und wie sehr sie sich heute aktiv in der Heimat betätigen und zu helfen versuchen. Die rege Beteiligung an dem Fragespiel und die sachkundigen, zusätzlichen Erklärungen von Sigrid Heimburger machten die Veranstaltung zu einer unterhaltsamen Zusammenkunft, bei der die eifrigen, aktiven Kandidaten und Kandidatinnen zu ihrer Überraschung mit kleinen „flüssigen“ Preisen belohnt wurden.

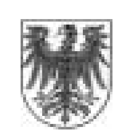
Gunzenhausen – Freitag, 27. Februar, 18 Uhr, Vortragsveranstaltung in der „Jagdklause“ im Jagdschlößchen. Dr. Marianne Kopp hält den Vortrag „Agnes Miegel – Leben und Werk“.

Kempten – Sonnabend, 28. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Peterhof“, Lindauer Salzstraße.

Nürnberg – Vom 29. Mai bis 5. Juni unternimmt die Gruppe eine Reise durch das südliche Ostpreußen. Neben Thorn stehen unter anderem Nikolaiken, Niedersee, Krutinna, Lyck, Sensburg, Frauenburg, Allenstein, Marienburg, Osterode und Danzig auf der Route. – Vom 31. August bis 7. September unternimmt die Gruppe eine Reise nach Zinnowitz/Usedom. Bitte rasch anmelden bei H. Bauer, Telefon (09 81) 8 54 25.

Würzburg – „Das Erbe der Heimat – ein unerschütterlicher Glaube – möge der Heimat und der Welt Versöhnung und Frieden bringen“. Unter diesem Motto eröffnete der 1. Vorsitzende Klaus Philipowski die gutbesuchte Generalversammlung. Die Kulturwartin, Maria Püls, hatte einen besinnlichen Text zum Jahresbeginn vorbereitet. Die Arbeit der Gruppe basiert auf Treue und ehrlichem Bekenntnis zur Heimat. Der Vorstand legte Rechenschaft ab. Es ist kein Geheimnis, daß es Nachwuchsprobleme gibt. Trotzdem gab es einige Neuaufnahmen. Heimat, Sitten und Gebräuche; darauf wird das Jahresprogramm aufgebaut. Die Gruppe ist seit über 50 Jahren Hüterin der heimatlichen Kultur und wird es auch bleiben. Maria Püls bereitete wie immer die heimatbezogenen, kulturellen Veranstaltungen vor. Dazu gehören unter anderem Faschingstreiben, Muttertagsfeier sowie das Erntedankfest. Die traditionelle Wanderung in die „Walpurgisnacht“ und den Sommerausflug gestaltet der 1. Vorsitzende Klaus Philipowski mit Ehefrau Gertrud. Die Gruppe bietet den Mitgliedern ausgewählte, heimatbezogene Monatsthemen an. Neben der Kulturwartin Maria Püls gestalten die Mitglieder Hans-Heinrich Hagen, Heinz-Kurt Kays, Christa und Günter Skulschus sowie Klaus Philipowski die Monatstreffen mit gezielten Beiträgen. Hans-Heinrich Hagen führte als Schriftführer die Protokolle bei den Vorstandssitzungen und Versammlungen. Der Kassenbericht wurde von Herta Kaemmerer gefertigt. Er wies keine Beanstandungen auf. Die Ein- und Auszahlungen waren sauber und übersichtlich detailliert. Kassenprüfer Günter Skulschus bescheinigte in seinem Bericht einwandfreie Arbeit. Auf Antrag von Heinz-Kurt Kays wurde der gesamte Vorstand entlastet. Der 1. Vorsitzende Klaus Philipowski bedankte sich bei den Vorstandsmitgliedern für die geleistete Arbeit. Es ist schwierig, in dieser durcheinandergeratenen Zeit eine Landsmannschaft zu führen. Man möchte die Gruppe gerne als Folklore- oder Trachtengruppen hinstellen. Trotz aller Rückschläge muß das Treuebekenntnis zur ostdeutschen Heimat ungebrochen bleiben. Dies ist man den Vorfahren schuldig. Die Kraft dazu hat ihre Wurzeln in der Heimat. Heimat geht nicht verloren, Heimat ist erst in Gefahr, wenn die Bindungen schwächer werden. Überzeugend, emotionell sprach Hans-Heinrich Hagen das Schlußwort. Danach fand das traditionelle Grützwurstessen statt.

BRANDENBURG



Landesvorsitzender: Horst Haut, Oranienburger Chaussee 7, 16515 Schmachtenhagen, Telefon und Fax (0 33 01) 80 35 27. Ehrenvorsitzender: Georg Vögerl, Buggestraße 6, 12163 Berlin, Telefon (0 30) 8 21 20 96, Fax (0 30) 8 21 20 99

Brandenburg a. d. H. – Dienstag, 24. Februar, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe zum traditionellen Kappenfest in der Heimatstube, Kurstraße 17.

BREMEN



Vors.: Helmut Gutzeit, Tel. (04 21) 25 06 68, Fax (04 21) 25 09 29, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Bernhard Heitger, Telefon (04 21) 51 06 03, Heilbronner Straße 19, 28816 Stuhr

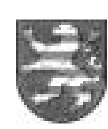
Landesgruppe – Dienstag, 17. Februar, 17.30 Uhr, Diavortrag „Kirchen in Nord-Ostpreußen“ im Kapitelsaal der St. Petri Domgemeinde Bremen. Referentin ist Prof. Dr. Margarete Pulver. Die Referentin engagiert sich seit zehn Jahren mit großem persönlichen wie auch finanziellen Einsatz für den Erhalt beziehungsweise den Wiederaufbau der Ordenskirche Groß Legitten (Labiau). Diese wurde um 1400 erbaut und Ende des Zweiten Weltkrieges zerstört. Über die Probleme und Schwierigkeiten zum Erhalten alter Bausubstanz, aber auch über die Fortschritte beim Wiederaufbau von zerstörten Kirchen im nördlichen Ostpreußen hat sie wiederholt in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* berichtet. Der Eintritt ist frei.

Bremen – Donnerstag, 19. Februar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Hotel Westfalia. – Freitag, 27. Februar, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Hotel Robben mit Fleck- und Wildessen. Die Geschäftsstelle ist zu erreichen in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (04 21) 3 46 97 18.

Bremerhaven – Dienstag, 24. Februar, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe zur Weiberfastnacht im „Barlach-Haus“. – Freitag, 27. Februar, 14 Uhr, Jahreshauptversammlung im „Barlach-Haus“. Anschließend, 16 Uhr, Fleischkäse- oder Fleckessen.

Lesum/Vegesack – Vom 18. bis 25. Mai ist eine Masurenfahrt geplant. Nähere Informationen sowie Anmeldung unter Telefon (04 21) 63 12 78 oder (04 21) 62 74 55.

HESSEN

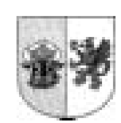


Vors.: Anneliese Franz, geb. Wlottkowski, Telefon und Fax (0 27 71) 26 12 22, Hohl 38, 35683 Dillenburg

Darmstadt – Sonnabend, 21. Februar, 15 Uhr, „Preußischer Fastelaowend“ im Luise-Büchner-Haus, Bürgerhaus am See, Grundstraße 10 (EKZ).

Erbach – Sonnabend, 21. Februar, 14.30 Uhr, „Kräppel-Kaffee-Nachmittag“ der Gruppe im Vereinshaus, Jahnstraße 32, Raum 1, I. Stock. Jeder, der etwas Nettes vorzutragen hat, oder vorzulesen, ist sehr herzlich willkommen. Mit oder ohne Verkleidung, das soll ruhig jeder selbst entscheiden. Gäste und vor allem die Jugend sind zu dieser ostpreußischen Fastnacht herzlich eingeladen.

MECKLENBURG-VORPOMMERN



Vors.: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (0 39 71) 24 56 88

Anklam – Sonnabend, 21. Februar, 10 Uhr, Landestreffen der Danziger und Westpreußen im Restaurant Peenegrund, Pasewalker Allee (Gewerbegebiet), B 109. Als Referent konnte Hans-Jürgen Kämpfert, Vorsitzender des „Kopernikus Vereins“, gewonnen werden. Für Mittagessen, Kaffee, Kuchen und eine schönes Kulturprogramm ist gesorgt.

Güstrow – Die Gruppe kam zu ihrer ersten Veranstaltung des Jahres zusammen. Mit rund 100 Teilnehmern war diese gut besucht. Zum Auftakt fand der Vorsitzende Hans-Jürgen Sköries passende Worte der Begrüßung, wobei auch der Flucht und dem damit verbundenen Leidensweg vieler Menschen gedacht wurde, die vor fast 60 Jahren ihre Heimat verlassen mußten. Als Gäste waren der Landesvorsitzende Manfred Schukat und Lm. Friedhelm Schülke anwesend, die jedes Jahr ihre Reisevorhaben in diesem Rahmen vorstellen. Damit ist immer ein Diavortrag über die letztjährigen Reisen verbunden. Beide Vorträge wurden mit viel Beifall bedacht.

HÖRFUNK UND FERNSEHEN

Sonnabend, 14. Februar, 20.40 Uhr, Arte: Sturm über Europa (1) – Aufbruch der Teutonen.

Dienstag, 17. Februar, 15.15 Uhr, ZDF: Sabotage vor Kuba – Das Ende der USS Maine.

Mittwoch, 18. Februar, 23.30 Uhr, ARD: Beutekameraden – Dokumentation über Polen in der deutschen Armee.

Freitag, 20. Februar, 18.30 Uhr, Phoenix: Wirtschaft und Nationalsozialismus – „Hitlers Kampf mit Roosevelt“.

Sonntag, 22. Februar, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat – „Ohne Dach und ohne Flügel – Das Leben der bulgarischen Heimkinder“, ein Fallbeispiel. Von Thomas Frahm.

NIEDERSACHSEN



Vors.: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (0 41 31) 4 26 84. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30 b, 31275 Lehrte, Telefon (0 51 32) 49 20. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Kreuzgarten 4, 29223 Celle, Telefon (0 51 41) 93 17 70. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (05 31) 2 50 93 77. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto von Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (0 59 01) 29 68. Bezirksgruppe Hannover: Christine Gawronski, Zilleweg 104, 31303 Burgdorf, Telefon (0 51 36) 43 84

Braunschweig – Mittwoch, 25. Februar, 17 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadtparkrestaurant. Eugen Snegowskij (Palmnicken) wird von den Eindrücken eines Russen in Ostpreußen berichten. – Bei der letzten Versammlung gab es zunächst eine außerordentliche Mitgliederversammlung, die die vorgeschlagenen Änderungen in den § 3, § 11 und § 12 der Satzung einstimmig annahm. Dann folgte ein bunter Nachmittag, in den Siegmar Roth musikalisch einstimmte. Bei bekannten Weisen wurde kräftig geschunkelt und mitgesungen. Es gab eine Menge Wortvorträge, die sich zum Teil um die lieben Tiere drehten und immer wieder zum Lachen reizten. Schließlich wagten sich auch einige Paare auf das Parkett, wo die beiden ältesten Mitglieder einen flotten Walzer drehten. Dafür bekamen sie kräftigen Beifall.

Hannover – Freitag, 13. Februar, 14.30 Uhr, bunter Heimatnachmittag im „Ihmeblick“ Rosenbeckstraße 1, zusammen mit den Heimatgruppen Insterburg, Königsberg und Memelland. Es spielt die Kapelle „Das Heimat Duo“. Das „Duo Perplex“ entführt in frühere Zeiten mit Musik und lustigen Beiträgen. Eintritt 5 Euro. – Sonnabend, 28. Februar, 14.30 Uhr, Jahreshauptversammlung im „Ihmeblick“,

Preußische Allgemeine Zeitung
WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Hans-Jürgen Mahlitz
(Verantwortlich f. d. redaktionellen Teil)

Politik, Panorama, Aus aller Welt: Hans Heckel; **Kultur, Unterhaltung, Leben heute:** Silke Osman; **Geschichte, Landeskunde, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatkreise, Aktuelles, Landsmannschaftliche Arbeit:** Florian Möbius; **Leserbriefe, Bücher:** Rebecca Bellano; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede; **Östliches Mitteleuropa:** Martin Schmidt.

Freie Mitarbeiter: Wilfried Böhm, Pierre Campguilhem (Paris), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Joachim von Leesen, Jürgen Liminski.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Knut Bantow.

Anschrift für alle: Parkallee 84/86, 20144 Hamburg. Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Parkallee 86, 20144 Hamburg. Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Ab 1. 1. 2003 Bezugspreis Inland 7,55 € monatlich einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer. Ausland 9,50 € monatlich, Luftpost 13,20 € monatlich. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten. Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb); Konto-Nr. 907 00-207 (für Anzeigen). – Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 26. Druck: Rautenberg Druck GmbH, 26787 Leer (Ostfriesland). – ISSN 0947-9597.

Telefon	(040) 41 40 08-0
Telefon Redaktion	(040) 41 40 08-32
Fax Redaktion	(040) 41 40 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 41 40 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 41 40 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 41 40 08-51

http://www.preussische-allgemeine.de
E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
http://www.LM-Ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
info@LM-Ostpreussen.de
Pressestelle:
presse@LM-Ostpreussen.de

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.

Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.

Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

ALLENSTEIN-LAND



Kreisvertreter: Leo Michalski, Adolf-Westen-Straße 12, 42855 Remscheid, Telefon und Fax (0 21 91) 2 45 50. Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen a. T. W., Postfach 12 09, 49170 Hagen a. T. W., Tel. (0 54 01) 97 70

Fortsetzung aus Folge 6 – **Evangelische Gotteshäuser im alten Landkreis** – Die evangelische Pfarrkirche in Wartenburg, Taufkirche des Schriftleiters und vieler seiner Landsleute sowie die evangelische Kapelle in Stabigotten, die beide immer noch als Magazine dienen, sollen endlich würdigen – kulturellen – Zwecken zugeführt werden. Wie zu vernehmen, soll die evangelische Pfarrkirche in Wartenburg, die einer Allensteiner Kulturgesellschaft untersteht, demnächst in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Wartenburg übergehen. Das neben der Kirche stehende Pfarr- und Gemeindehaus, das sich in einem sehr guten Zustand befindet, wird schon seit Jahrzehnten von der Stadt Wartenburg als Kulturhaus genutzt. Hingegen ist es beabsichtigt, die evangelische Kapelle Stabigotten, die schon heute von der Großgemeinde Stabigotten verwaltet wird, dank der Initiative des katholischen Pfarrers Johannes Henschel, Lehrersohn aus dem benachbarten Plautzig und Sombien bei Kurken, in ein regionales „Heimatmuseum" umzuwandeln. Hierfür sucht Pfarrer Henschel, der bereits eine „Dorfchronik über Grieslienen, Plautzig, Sombien, Stabigotten" erstellt hat, Dorflieder und Dorfgedichte aus der Zeit vor der Flucht, betreffend den südlichen Altkreis, insbesondere aus den Dörfern Stabigotten, Wemitten, Grieslienen, Grünau, Plautzig, Nußtal und Sombien. Die Lieder und Gedichte sollten die Wälder und Seen nach Art einer Hymne preisen und das Heimatgefühl der damals deutschen Bewohner widerspiegeln. Einsendungen nehmen entgegen: Pfarrer Johannes Henschel, Reutershäger Weg 4, 18069 Rostock, oder die Redaktion Heimatjahrbuch. Die Post im Landkreis Allenstein: Nach der Veröffentlichung der Abhandlung „Die Post in Ostpreußen" im letzten Heimatjahrbuch Weihnachten 2003 und nach dem dortigen Hinweis, daß der Artikel „Die Post im Landkreis Allenstein" im kommenden Heimatjahrbuch erscheinen werde, verfaßte der Allensteiner Leser Dr. Ernst Vogelsang (Postexperte) eigens für unser künftiges Heimatjahrbuch die Abhandlung „Die Kraftpost im Landkreis Allenstein". Dem Schriftleiter, der aus einer Postfamilie stammt, liegen zahlreiche alte Fotos und Berichte über das Postamt Wartenburg und die Postagenturen Tollack und Gillau vor. Wer von den Lesern über Bilder von einst über Postgebäude oder Postbeamte aus dem Altkreis Allenstein oder gar über Postberichte verfügt oder aber solche aus der Zeit vor 1945 anfertigen kann, wird gebeten, diese der Redaktion Heimatjahrbuch zu überlassen.

BRAUNSBERG



Kreisvertreter: Manfred Ruhnau, Telefon (0 22 41) 31 13 95, Fax (0 22 41) 31 10 80, Bahnhofstraße 35 b, 53757 Sankt Augustin. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, 48127 Münster, Telefon (02 51) 4 92 60 51

Fortsetzung aus Folge 6 – **Und so gibt es seit nunmehr zwölf Jahren auch wieder deutsche Gottesdienste** – Der Pfarrer der Gemeinde in Allenstein-Jomendorf hat zunächst damit angefangen, einmal im Monat. Und jetzt gibt es eben auch wieder einen deutschen Kaplan ... Für ihre Dienste an der Heimat wurden Johanna von Bülow und Alois Latki vom Beirat und vier besonders treue Mitglieder, Frau Tiedmann, Frau Krause, Frau Hanemann und Frau Bludau, mit der Verdienstmedaille der Kreisgemeinschaft ausgezeichnet. Das Blechbläser-Quartett der Musikhochschule Münster umrahmte die festliche Stunde mit Darbietungen. Das gesellige Zusammensein am Nachmittag wurde aufgelockert von Gesangsdarbietungen des Männerchors aus Münster-Hiltrup. Erwähnt werden sollte auch, daß von Kaplan Schmeier am Rande des Treffens 3.000 Euro als Spende der WDR-Hörfunk-Sendung „Alte und neue Heimat" für die verschleppten Frauen übergeben wurde. In der Sendung über diese Frauen hatten Hörer spontan angefragt, wie sie helfen könnten – und dieses Geld war nun der Rest von dem, was bisher zusammengekommen war und noch verteilt werden kann. Das Treffen im kommenden Jahr 2004 findet anläßlich des Jubiläums 50 Jahre Patenschaft mit der Stadt Münster am 19. und 20. Mai (also am Vortag von Christi Himmelfahrt und an Christi Himmelfahrt) im Haus Münnich in Münster statt. Wir können in diesem Haus auch gleich wohnen. Entsprechende Zimmer sind bis zum 15. Februar reserviert. Da es noch ein Treffen in der Heimat vom 26. Juni bis 6. Juli 2004 gibt und das dann wohl für 2004 ausreichend ist, wird es in diesem Jahr kein Herbsttreffen mehr geben. Heimatliches Kulturgut, und dazu gehören inzwischen auch nicht mehr gebrauchte Heimatbriefe, bitte nicht achtlos vergammeln lassen oder gar wegwerfen! Anläßlich des Patenschaftsjubiläums im Mai 2004 wollen wir auch eine kleine Ausstellung organisieren, haben Sie nicht etwas, was in diese Ausstellung passen könnte? Setzen Sie sich mit dem Kreisvertreter, mit der Patenstelle oder mit dem Webmaster Braunsberg in Verbindung. Jede wichtige persönliche Veränderung – insbesondere Wohnungswechsel – teilen Sie bitte ebenfalls mit. Unsere Aktivität, schöne Anlässe wie besondere Geburtstage, aber auch leidvolle Anlässe in unseren Heimatbrief aufzunehmen, ist angelaufen. Wir bitten um weitere Mitteilung.

HEILIGENBEIL



Kreisvertreter: Siegfried Dreher, Telefon (0 41 02) 6 13 15, Fax (0 41 02) 69 77 94, Papenwisch 11, 22927 Großhansdorf

Sondertreffen für Ludwigsort und Umgebung im Kirchspiel Pörschken – Ortsvertreterin Ruth Damneyer (geb. Wetzke) veranstaltet wieder in Rotenburg / Wümme. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen. Das Sondertreffen findet am Sonnabend und Sonntag, dem 24. und 25. April, in 27356 Rotenburg, Verdener Straße 104, im Helmut-Tietjen-Haus (Jugendherberge) statt. Die Anreise kann auch schon am Freitag geschehen. Am Sonnabend soll dann das Sondertreffen mit dem gemeinsamen Mittagessen beginnen. Anmeldung bitte bis spätestens 12. April an Ruth Damneyer, Zevener Straße 4, 27404 Rhade, Telefon (0 42 85) 14 40.

Gemeinde Schönfeld im Kirchspiel Tiefensee – Viele Jahre hat diese Gemeinde als Ortsvertreterin Lieselotte Schwerm, geb. Neumann, vertreten. Schon vor längerer Zeit mußte sie sich aus gesundheitlichen Gründen zurückziehen. Seit dem 1. Januar 2004 hat sich deshalb ihr Kirchspielvertreter, Landsmann Kurt Woike, entschlossen, die Gemeinde als Ortsvertreter zu betreuen. Sehr erfolgreicher Ortsvertreter für seinen Heimatort Arnstein ist er sowieso schon seit Jahrzehnten. Seine Anschrift: Graue-Burg-Straße 117, 53332 Bornheim, Telefon (0 22 27) 90 85 70.

INSTERBURG STADT UND LAND



Geschäftsstelle: Telefon (0 21 51) 4 89 91, Fax (0 21 51) 49 11 41. Besuche nur nach vorheriger Terminvereinbarung. Altes Rathaus, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld

Reisetermine 2004 der Heimatgruppe Darmstadt – Busreise vom 13. bis 24. Juni (12 Tage / 11 Übernachtungen/HP): Nordostpreußen – Masuren – Insterburg – Kurische Nehrung und so weiter. Übernachtungen: Posen (1x), Elbing (1x), Nikolaiken (1x), Insterburg (6x), Danzig (1x), Stettin (1x). Anmeldeschluß ist der 12. März 2004. **Flugreise vom 24. bis 31 Juli** (8 Tage / 7 Übernachtungen/HP). Nordostpreußen – Insterburg – Kurische Nehrung und so weiter. Flug von Frankfurt nach Polangen. Übernachtungen: Memel (1x), Insterburg (3x), Nidden (3x). Alternativ: Flug von Frankfurt über Warschau nach Königsberg, dann mit Übernachtungen in Insterburg (4x) und Nidden (4x). bei dieser Reise besteht die Möglichkeit der Verlängerung des Aufenthaltes in Nidden um eine Woche. Anmeldeschluß ist der 23. April 2004. Auf beiden Reisen sind zahlreiche interessante Stadtrundfahrten, Besichtigungen und so weiter vorgesehen. Die Unterbringung unterwegs und am Zielort erfolgt in guten bis sehr guten Hotels im DZ mit Bad oder Dusche/WC. Für die Busreisen stehen komfortable Fernreisebusse zur Verfügung. Die Flugreise erfolgt entweder mit der „Lithuanian-Airlines" oder mit der „LOT Polish Airlines". Der Service an Bord und die Sicherheit der Flugzeuge entsprechen internationalen Standards, wie zum Beispiel bei der Lufthansa. Weitere Auskünfte und Informationen erhalten Sie bei der Heimatgruppe Darmstadt, Vorsitzender Herbert Stoepel, Riedeselstraße 43 a, 64283 Darmstadt, schriftlich, per Fax oder Telefon (0 61 51) 66 61 67.

KÖNIGSBERG-LAND



Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (0 21 61) 89 56 77, Fax (0 21 61) 8 77 24

Die Kämpfe um Ostpreußen und das Samland – von H. Borkowski, Großformat, 177 Seiten, 15 Euro inklusive Versandkosten, zu beziehen über die Kreisgemeinschaft Königsberg-Land, Simeonsplatz 12, im Preußen-Museum NRW, 32427 Minden, Telefon (05 71) 4 62 97.

Auftritt im Internet – Zur Zeit wird unser Auftritt im Internet vorbereitet. Die Kreisgemeinschaft Königsberg-Land ist bereits auf der Homepage unseres Patenkreises, des Landkreises Minden-Lübbecke, vertreten. Hier der Pfad für Interessierte: www.minden-luebbecke.de (dort unter Kreisverwatung – Partnerschaften – Städte – Kreispatenschaften).

Diamantene Konfirmation in Arnau – Die Reise zur Diamantenen Konfirmation in Arnau in Verbindung mit dem Samlandtreffen findet vom 14. bis 23. August 2004 statt. Abfahrt ab Lüdenscheid, 6 Uhr, über Dortmund und weitere Haltestellen an der A 2, Richtung Berlin. Die Konfirmation findet am Dienstag, 17. August, in der St. Katharinenkirche in Arnau statt. Weitere Programmpunkte sind eine Fahrt auf die Kurische Nehrung mit Grillabend, eine schöne Schiffsfahrt auf dem Pregel bis Arnau, Busfahrt ins Sperrgebiet Pillau mit Fischhausen und Palmnikken, erweiterte Stadtrundfahrt mit Besichtigung in Königsberg und am Abend Teilnahme am Domkonzert, Kulturveranstaltung in Rauschen und natürlich der Besuch der Heimatorte Waldau, Fuchshöfen, Praddau und so weiter. Nähere Informationen bei Jutta Scholz, geb. Haack, unter Telefon (0 23 51) 1 45 48.

JOHANNISBURG



Kreisvertreter: Willi Reck, Georg-Büchner-Straße 7, 31224 Peine, Telefon u. Fax 0 51 71/1 77 51. Schriftführerin: Sieglinde Falkenstein, Mackensenweg 7, 28832 Achim

Wilhelm Czypull, Ehrenmitglied des Kreistages Johannisburg – Ohne großes Aufheben hat Wilhelm Czypull stets seine Pflicht getan. Unsere mit ihren Angehörigen über die gesamte Bundesrepublik zerstreute Gemeinschaft bedarf solcher Persönlichkeiten. Er hat sich seines Kirchspiels Groß Rosen besonders angenommen. Dieses hatte ihn bereits 1973, vor nun 30 Jahren, als Vertreter für 19 Gemeinden in den Kreistag gewählt. Mit den von Wilhelm Czypull gesammelten Daten, nach Gemeindelisten geordnet, hat er eine Chronik herausgegeben, die das Einzelschicksal eines jeden Bewohners seit den ersten Kriegstagen aufzeichnet. Mit der personenbezogenen Feststellung, ob jemand die Flucht und Vertreibung überlebt hat,

Landsmannschaftliche Arbeit

Fortsetzung von Seite 15

Rosenbeckstraße 1. Die Tagesordnung wird den Mitglieder zugesandt.

Osnabrück – Freitag, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43. – Donnerstag, 26. Februar, 15 Uhr, Treffen des Literaturkreises in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43.

NORDRHEIN-WESTFALEN



Vors.: Dr. Dr. Ehrenfried Mathiak. Geschäftsstelle: Werstener Dorfstraße 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (0 29 64) 10 37, Fax (0 29 64) 94 54 59

Bielefeld – Donnerstag, 26. Februar, 16 Uhr, Heimatliteratur-Kreis in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Düsseldorf – Dienstag, 17. Februar, 15 Uhr, Frauennachmittag im Ostpreußenzimmer, Raum 412, GHH.

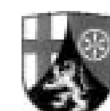
Gütersloh – Montag, 16. Februar, 16 Uhr, Ostpreußischer Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (0 52 41) 3 73 43. – Dienstag, 17. Februar, 15 Uhr, Ostpreußisches Mundharmonika-Orchester in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Bruno Wendig, Telefon (0 52 41) 5 69 33. – Sonnabend, 21. Februar, 20 Uhr, Karnevalsveranstaltung. Auch in diesem Jahr werden die besten Kostüme prämiert. Bringen Sie Freunde, Bekannte und Nachbarn mit. Eintrittskarten sind nur an der Abendkasse erhältlich.

Neuss – Zwei „Tage der offenen Tür" veranstaltete die Gruppe, und zahlreiche Gäste kamen. Bei Kaffee und Kuchen lauschten die Landsleute und Gäste begeistert den Vorträgen zweier echter Ostpreußen. Elly Weber las aus ihrem Fundus, mit markiger ostpreußischer Stimme, humorvolle Geschichten aus dem ostpreußischen Alltagsleben vor. Hier trug die Frau etwas mit Gefühl vor, was die Zuhörer in Begeisterung versetzte, da solch typische ostpreußische Stimmen immer seltener werden. Der Applaus wollte nicht enden. Elly Weber hat ein schweres Schicksal hinter sich. 1945 kam sie auf der Flucht aus Königsberg bei Megethen in russische Gefangenschaft, wo sie, bei fast vierjähriger schwerster Zwangsarbeit, sechs enge Familienmitglieder durch Hunger und Krankheit verlor. In dieser schlechten und schweren Zeit hat sie durch ihre Vorträge im Lager die Mithäftlinge etwas aufgemuntert. Der zweite hervorragende Vortragsgast war Herrmann Wischnat, geboren im Wallfahrtsort Heiligelinde. Er las Gereimtes und Ungereimtes, Ernstes und Unernstes aus seinen Werken vor. Auch er brachte die Zuhörer zum Lachen. Als Dank wollte der Applaus nicht enden.

Wesel – Sonntag, 22. Februar, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung in der Heimatstube, Kaiserring 4. Die Tagesordnung enthält folgende Punkte: Begrüßung, Annahme der Tagesordnung, Bericht des Vorsitzenden mit Totenehrung, Bericht der Schatzmeisterin, Aussprache, Bericht der Kassenprüfer, Entlastung des Vorstandes, Kaffeetrinken, gemütliches Beisammensein/Fastnacht.

Witten – Sonntag, 15. Februar, 16 Uhr, Immanuel-Kant-Gedenkfeier (200. Todestag). – Donnerstag, 26. Februar, 15.30 Uhr, Vorträge und Gesang im Zeichen des Karnevals.

RHEINLAND-PFALZ



Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim

Neustadt a. d. W. – Sonnabend, 28. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Fröbelstraße 26. Ehepaar Hiller stellt den Videofilm „Kalte Heimat" zur Verfügung.

SACHSEN



Vors.: Erwin Kühnappel. Geschäftsstelle: Christine Altermann, Telefon und Fax (03 71) 5 21 24 83, Trützschlerstraße 8, 09117 Chemnitz. Sprechstunden Dienstag und Don- Donnerstag, 9 bis 16 Uhr

Dresden – Ihren 7. Kirchentag feiert die Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen am Sonnabend, 3. April, 10 Uhr, im Gemeindesaal der Christuskirche, Elsa-Brändström-Straße 1. Die Predigt hält Pfarrer i. R. Klaus Plorin. Thema des Kirchentages ist „Johann Gottfried Herder". Elfriede Rick wird dazu einen Vortrag halten. Nähere Auskünfte erteilt Elfriede Rick, Senftenberger Straße 32, 01239 Dresden, Telefon (03 51) 4 71 30 86.

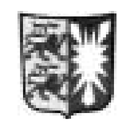
SACHSEN-ANHALT



Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (03 91) 7 33 11 29

Magdeburg – Dienstag, 24. Februar, 13 Uhr, Treffen der „Stickerchen" in der Immermannstraße 19.

SCHLESWIG-HOLSTEIN



Vors.: Günter Petersdorf. Geschäftsstelle: Telefon (04 31) 55 38 11, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel

Landesgruppe – Am diesjährigen „Preußentag" konnte der Landesvorsitzende Günter Petersdorf im voll besetzten Sitzungssaal im „Haus der Heimat" den Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, herzlich begrüßen. In seiner Rede kam er unter anderem auf die Arbeit in den einzelnen Landesgruppen zu sprechen: Die Mitgliederzahlen würden im allgemeinen stagnieren, und man bemühe sich, in den einzelnen Gruppen Lücken zu schließen. Bei der *Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ)* sind zur Zeit die Bezieherzahlen rückläufig. Deshalb werde man eine Werbe-Aktion zur Erhöhung der Abonnentenzahlen starten. Bei der Aussprache über die Ausführungen des Sprechers wurde erwähnt, daß sicherlich auch nicht sämtliche aktiven Landsleute Bezieher des *Ostpreußenblattes/PAZ* seien. Mit Sicherheit würden zum Beispiel auch nicht sämtliche Kreisvertreter Beitragszahler der Landsmannschaft sein, mit der Begründung, daß sie bereits Mitglied ihres Heimatkreises seien. Der Sprecher wurde gebeten, dieser Sachse nachzugehen, aber auch bei allen anderen „Aktiven" festzustellen, ob diese auch die Zeitung beziehen. Herr v. Gottberg wurde auch auf die Neuregelung der Mandatsverteilung angesprochen, wonach die Heimatkreisvertreter 41 Stimmen haben und die Landesgruppen nur 21, obwohl die Landesgruppen wahrscheinlich mehr zahlende Mitglieder haben als die Heimatkreise. Diese sogenannte „Neuregelung" wurde bereits vor rund 3 Jahren aufgehoben, um ein ausgewogenes Stimmenverhältnis nach tatsächlicher Gewichtigkeit von Heimatkreisen und Landesgruppe für alle Beteiligten zu erreichen. Die gesamte Veranstaltung verlief sehr harmonisch.

Kiel – Sonnabend, 21. Februar, 20 Uhr, 54. Wohltätigkeitsfest im Legienhof-Restaurant, Legienstraße 22. Der Eintritt kostet im Vorverkauf 10 Euro und 12 Euro an der Abendkasse. Einlaß ist ab 19 Uhr. Neben einer Tombola gibt es Musik und Tanz.

Neumünster – Sonnabend, 28. Februar, 18 Uhr, Königsberger-Klops-Essen im „Bad Restaurant", Hansaring 117. Anmeldungen unter Renate Gnewuch, Telefon 52 99 07, bis spätestens Mittwoch, 25. Februar. ■



ZUM 99. GEBURTSTAG

Domnick, Richard, aus Königsberg, Schrötterstraße 147, jetzt Osterfelddamm 12, 30627 Hannover, am 14. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Minuth, Liesbeth, geb. Minuth, aus Köthen, Kreis Wehlau, jetzt An der Korsopromenade 23, 15738 Zeuthen, am 17. Februar

Woyzik, Marie, aus Krassau, Kreis Lyck, jetzt Wesemühle 1, 35110 Frankenau, am 17. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Eckert, Käthe, aus Michelau, Kreis Samland, jetzt Lange Straße 49, 30827 Garbsen, am 20. Februar

Stankewitz, Käte, geb. Stanko, aus Blumental, Kreis Lyck, jetzt Hauptstraße 39, 19217 Nesow, am 16. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Blank, Frida, geb. Kleinewalter, aus Lyck, jetzt Kohövedstraße 7, 22143 Hamburg, am 16. Februar

Dziomba, Frieda, geb. Lutz, aus Halldorf, Kreis Treuburg, jetzt Ellener Dorfstraße 3, 28325 Bremen, am 18. Februar

Fenselau, Minna, geb. Kaspereit, aus Lorenzfelde, Kreis Gumbinnen, jetzt Heinrich-Jebens-Siedlung 5, 21502 Geesthacht, am 20. Februar

Novak, Erika, aus Allenstein, jetzt Waldweg 7, 29221 Celle, am 17. Februar

Uschkoreit, Charlotte, geb. Goersch, aus Tapiau, Horst-Wessel-Ring, Kreis Wehlau, jetzt Kapellenstraße 18, 30916 Isernhagen, am 16. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Brettschneider, Elli, geb. Gallinat, aus Mühlhausen, Schulstraße 5, Kreis Preußisch Holland, jetzt Siebenbürgenweg (Pflegeheim), 37520 Osterode, am 10. Februar

Dittkrist, Walter, aus Schirrau und Groß Schirrau, Kreis Wehlau, jetzt Alpenrosenstraße 2, 49811 Lingen, am 18. Februar

Heck, Emma, geb. Alex, aus Schirrau, Kreis Wehlau, jetzt Wutachstraße 2 b, 79761 Waldshut-Tiengen, am 22. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Duddeck, Anna, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Bodestraße 19 (Seniorenheim), 39387 Oschersleben, am 22. Februar

Grube, Frieda, aus Borchersdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Ahornweg 2, 51766 Engelskirchen, am 20. Februar

Hamann, Minna, geb. Pucknuss, aus Tilsit, jetzt Lipper Straße 34, 49078 Osnabrück, am 16. Februar

Kraemer-Bunks, Hilde, Oberschullehrerin, aus Seestadt, Kreis Pillau, jetzt Anebosweg 31, 76187 Karlsruhe, am 21. Februar

Marczinski, Lore, aus Lyck, jetzt Stöteroggestraße 69, 21339 Lüneburg, am 22. Februar

Mau, Ewald, aus Hallenfelde, Kreis Goldap, jetzt Hinter den Kämpen 2, 58730 Fröndenberg, am 12. Februar

Segatz, Marie, geb. Wiezorrek, aus Deutschheide, Kreis Ortelsburg, jetzt Bürgerbuschweg 16 b, 51381 Leverkusen, am 20. Februar

Schäfer, Eduard, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, jetzt Großkühner Weg 48, 06846 Dessau, am 17. Februar

Waschk, Gertrud, geb. Bendzus, aus Hanffen, Kreis Lötzen, jetzt Harzstraße 52, 38685 Langelsheim, am 21. Februar

Westphal, Helene, geb. Dombrowski, aus Hohenwiese, Kreis Elchniederung, jetzt Straße der Einheit 20, 99867 Gotha, am 22. Februar

Wilke, Martha, geb. Leidereiter, aus Merunen, Kreis Treuburg, jetzt Stemmering 18, Paulushof, 45259 Essen, am 17. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Foltin, Lotte, geb. Zerfowski, aus Königsberg, Bernsteinstraße 7, jetzt Gneisenaustraße 6, 23566 Lübeck, am 18. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Cachandt, Elisabeth, geb. Schmidt, aus Lyck, Yorkstraße 10, jetzt Wedigenweg 15, 12205 Berlin, am 22. Februar

Diesing, Erika, geb. Roppel, aus Plöwken, Kreis Treuburg, jetzt Heiligenstraße 80, 40721 Hilden, am 17. Februar

Maraun, Herbert, aus Kleschen, Kreis Treuburg, jetzt Hildebrandstraße 62, 34125 Kassel, am 19. Februar

Matzen, Waltraud, geb. Bertram, aus Ortelsburg, jetzt Altenheim „Nis Puk", 25924 Klanxbüll/Nordfriesland, am 20. Februar

Sembritzki, Hellmut, aus Treuburg, Markt 12/14, jetzt Lange Straße 32, 32105 Bad Salzuflen, am 17. Februar

Sowa-Zehm, Charlotte, geb. Murach, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, jetzt Ziegeleiweg 40, 40551 Düsseldorf, am 21. Februar

Ungermann, Edith, geb. Ungermann, aus Hanswalde, Kreis Wehlau, jetzt Lindenweg 17, 24340 Eckernförde, am 22. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Balschun, Ernst Heinz, früher 3.N.A.41 Königsberg und Hochfließ/Augstupönen, Kreis Gumbinnen, jetzt Sonnenweg 18, 35745 Herborn, am 20. Februar

Baun, Gertrud, aus Petersgrund, Kreis Lyck, jetzt Weinbergstraße 39, 34117 Kassel, am 17. Februar

Gonska, Martha, geb. Denda, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, jetzt Wundtstraße 3, 80939 München, am 21. Februar

Jezierski, Bruno, aus Lyck, jetzt Montmeyraner Straße 1, 64401 Groß Bieberau, am 19. Februar

Kolenda, Gustav, aus Rundfließ, Kreis Lyck, jetzt Bietzestraße 22, 26817 Rhauderfehn, am 18. Februar

Kurella, Otto, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, jetzt Bieberstein 78, 51674 Wiehl, am 19. Februar

Nienke, Helene, geb. Hoellger, aus Allgau/Klein Allgowischken, Kreis Elchniederung, jetzt Holzhausener Straße 22 (Altenpflegeheim), 39629 Bismark, am 21. Februar

Rubbel, Erich, aus Tilsit, Ragniter Straße und Landwehrstraße, jetzt Hühndorfer Straße 11, 01157 Dresden, am 22. Februar

Wolff, Frieda, aus Guttstadt, jetzt Pfarrfeldsweg 63, 28279 Bremen, am 14. Februar

Zagon, Martha, geb. Kolpak, aus Radegrund, Kreis Ortelsburg, jetzt Theodor-Fliedner-Weg 6, 45699 Herten, am 22. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Abroszat, Charlotte, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, jetzt Rathausstraße 26, 25436 Tornesch, am 19. Februar

Buttkus, Hermann, aus Kleeburg, Kreis Elchniederung, jetzt Wilhelm-Mentrup-Weg 26, 49082 Osnabrück, am 16. Februar

Damin, Anna, geb. Bildat, aus Bruchhöfen, Kreis Ebenrode, jetzt Mahlenziener Straße 13, 14774 Brandenburg, am 19. Februar

Doll, Gertrud, geb. Monzien, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, jetzt Fliederweg 4, 14469 Potsdam, am 16. Februar

Gogoll, Anna, geb. Helten, aus Seefrieden, Kreis Lyck, jetzt Bernhardstraße 26, 46284 Dorsten, am 21. Februar

Heß, Lotte, geb. Kiekel, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Falltorstraße 19, 64291 Darmstadt-Wixhausen, am 17. Februar

Lemke, Erich, aus Jeromin, Kreis Ortelsburg, jetzt Teichweg 8, 31559 Haste-Wunstorf, am 16. Februar

Lukner, Grete Helene, geb. Spaska, aus Jakubben und Richtwalde, Kreis Johannisburg, jetzt Folkenbornstraße 35, 45472 Mülheim a. d. Ruhr, am 11. Februar

Nendel, Charlotte, geb. Chojetzki, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, jetzt Chopinweg 12, 37154 Northeim, am 19. Februar

Ohnesorge, Erich, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Heidrehmen 17, 22589 Hamburg, am 17. Februar

Rukat, Heinz, aus Fronicken, Kreis Treuburg, jetzt Lärchenweg 4, 39326 Colbitz, am 16. Februar

Rutkowski, Emil, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, jetzt Heckenstraße 3, 49163 Bohmte, am 19. Februar

Schönherr, Wilhelm, aus Lötzen, jetzt Gronaustraße 36, 65205 Wiesbaden, am 19. Februar

Stede, Anna, geb. Lipka, aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Platz 94, 42855 Remscheid, am 16. Februar

Unruh, Heinz, aus Kahlholz, Kreis Heiligenbeil, jetzt An den Weiden 3, 38667 Bad Harzburg, am 13. Februar

Wietreck, Armin, aus Lötzen, jetzt Georg-v.-d.-Vring-Straße 4, 73614 Schorndorf, am 17. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Andre, Rosemarie, geb. Krause, aus Glatz (Schlesien), jetzt Trifstraße 55, 33175 Bad Lippspringe, am 21. Februar

Banz, Heinrich, aus Gorlau, Kreis Lyck, jetzt Erlenstraße 8, 33803 Steinhagen, am 16. Februar

Barleben, Elfriede, geb. Schwarz, verw. Heyduck, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, jetzt Dorfstraße 12, 06388 Maasdorf, am 18. Februar

Becker, Ursula geb. Hofmann, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Hadersleber Straße 25, 12163 Berlin, am 17. Februar

Braklow, Waltraud, geb. Scheurer, aus Wilhelmsburg, Kreis Gumbinnen, jetzt Reinbeker Redder 208, 21031 Hamburg, am 16. Februar

Broschk, Otto, aus Schuttschenofen, Kreis Neidenburg, jetzt Großwiedener Weg, 31840 Hessisch Oldendorf, am 17. Februar

Chastain, Ruth, geb. Lasarzik, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, jetzt Jakson-Ville-West 32256, 10083 Heather, Lake Court/USA, am 22. Februar

Cichon, Heidi, geb. Dreyer, aus Königsberg, jetzt wohnhaft Heidbrede 1, 49504 Wersen-Büren, am 21. Februar

Cordes, Annemarie, geb. Hümke, aus Kleinpreußenbruch, Kreis Gumbinnen, jetzt Lasfelder Straße 110, 37520 Osterode, am 21. Februar

Czarnetzki, Hildegard, geb. Symanowski, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, jetzt Oststraße 76 c, 40667 Meerbusch, am 18. Februar

Ehricht, Werner, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Herzogstraße 104, 48599 Gronau/Westf., am 18. Februar

Haider, Marie, geb. Klotzki, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Xantener Straße 1 a, 50733 Köln, am 4. Februar

Hammerschick, Erna, geb. Wittmann, aus Wargienen, Kreis Wehlau, jetzt Holzbuck 1, 90574 Roßtal, am 18. Februar

Hannewald, Rosa, geb. Joneleit, aus Grenzberg, Kreis Elchniederung, jetzt Kolberger Straße 2 b, 76139 Karlsruhe, am 22. Februar

Kalinna, Heinrich, aus Bönkheim, Kreis Preußisch Eylau, jetzt Hagendeel 31, 22529 Hamburg, am 20. Februar

König, Heinz, aus Groß Hoppenbruch, Kreis Heiligenbeil, jetzt Treptowweg 46, 30179 Hannover, am 10. Februar

Kopka, Alfred, aus Tapiau, Labiauer Chaussee, Kreis Wehlau, jetzt Am Friedhof 10, 41372 Niederkrüchten, am 21. Februar

Kück, Elli, geb. Lenk, aus Rippen-Pannwitz, jetzt Kirchnerstraße 18, 28309 Bremen, am 10. Februar

Lampard, Renate, geb. Buttgereit, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt 10120 Bruce Str. Brighton Le Sands/Australien NSW 2216, am 18. Februar

Mielke, Veronika, geb. Palkowski, aus Friedrichsthal, Kreis Wehlau, jetzt Am Hoverkamp 107, 41564 Kaarst, am 22. Februar

Milz, Lydia, geb. Neufang, aus Tapiau, Danziger Straße, Kreis Wehlau, jetzt Flachfengler Straße 91, 50389 Wesseling, am 20. Februar

Mosenbach, Edeltraud, geb. Laskowski, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, jetzt Hauptstraße 143, 51503 Rösrath, am 21. Februar

Packheiser, Edith, geb. Arndt, aus Abschwangen, Kreis Preußisch Eylau, jetzt Schildhof 1, 30853 Langenhagen, am 17. Februar

Padlowski, Margot, geb. Putzkis, aus Kahlholz, Kreis Heiligenbeil, jetzt Stormarner Straße 29, 22941 Bargteheide, am 18. Februar

Pomorin, Anneliese, aus Ortelsburg, jetzt Oettingenstraße 58, 80538 München, am 22. Februar

Reinke, Gerda, geb. Hoffleidt, aus Tapiau, Patrouillenweg, Kreis Wehlau, jetzt Wagnerstraße 11, 14480 Potsdam, am 17. Februar

Roenz, Margarete, geb. Matheoschat, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, jetzt Schwäbische Straße 7 a, 10781 Berlin, am 17. Februar

Rogalska, Elisabeth, geb. Schütz, aus Klein Engelau, Kreis Wehlau, jetzt Wladyslawa IV 46 B/II, 81–395 Gdynia, am 20. Februar

Ruba, Helene, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Schellenbecker Straße 15, 42279 Wuppertal, am 21. Februar

Seeherr, Heinz, aus Lyck, jetzt Ludwig-Windthorst-Straße 10, 75180 Pforzheim, am 17. Februar

Szengulies, Herta, geb. Kamradt, aus Wehlau, Langgasse, Kreis Wehlau, jetzt Nelkenweg 41, 32805 Bad Meinberg, am 21. Februar

Schippling, Alfred, aus Pobethen, jetzt Henriettenstraße 1, 32423 Minden, am 20. Februar

Schlaudt, Lydia, geb. Heinrich, aus Plauen und Groß Plauen, Kreis Wehlau, jetzt Tullastraße 3, 67069 Ludwigshafen, am 17. Februar

Schmuck, Gertrud, geb. Karaschewski, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, jetzt Maschwiese 18, 31319 Sehnde, am 20. Februar

Steengaard, Edith, geb. Welsch, aus Kleingrenzberg, Kreis Elchniederung, jetzt Nyborggade 1/4th, DK-2100 Kopenhagen, am 20. Februar

Tobien, Christel, geb. Czypulowski, aus Plöwken, Kreis Treuburg, jetzt Nachtigallenweg 76, 49824 Ringe, am 18. Februar

Trautwein, Lotti, geb. Komossa, aus Eichensee, Kreis Lyck, jetzt Mittelstraße 13, 67256 Weisenheim am Sand, am 16. Februar

Voss, Erna, geb. Boldt, aus Waiselh. und Witichow, Kreis Neidenburg, jetzt Adlerstraße 17, 17034 Neubrandenburg, am 18. Februar

Werner, Erika, geb. Hoffmann, aus Wehlau, Pfleger Kolonie, Kreis Wehlau, jetzt Körnerstraße 23, 86157 Augsburg, am 22. Februar

ZUR GOLDENEN HOCHZEIT

Feyerabend, Günther, und Frau Elfriede, geb. Schulz, aus Lötzen, jetzt Am Zaumbusch 8, 40822 Mettmann, am 20. Februar

Heinz, John, aus dem Sudetenland, und Frau Erika, geb. Ratteit, aus Tilsit, Am Rennplatz 16, 39218 Schönebeck, am 20. Februar ■

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 16

wo er verschleppt wurde, einen gewaltsamen Tod erlitten hat, wird uns das Gesamtschicksal einer einst überschaubaren Region unserer Heimat vor Augen geführt. Betroffenheit bedarf da keiner weiteren Wertung. Wilhelm Czypull ist am 29. April 1926 in Heldenhöh geboren. Sehr jung Soldat geworden, hat er das Kriegsende als Leutnant erlebt. Bereits 1948 sammelte er in Höxter vertriebene Jugend um sich. Er engagierte sich für die Belange seiner Heimat im Bund der Vertriebenen. Neben der Arbeit für sein Kirchspiel war er im Vorstand des Landesverbandes des BdV und der Ostpreußischen Landesgruppe in Niedersachsen tätig. Er war Mitbegründer des Landesverbandes des BdV in Sachsen-Anhalt und organisierte die ersten Treffen der Johannisburger in Mitteldeutschland. Dort ging er auch mit großem Einsatz den Spuren der Ostpreußenhilfe der Provinz Sachsen nach, die unserem Kreis nach den Zerstörungen durch den Ersten Weltkrieg zuteil wurde. Sein besonderes Anliegen war gleichfalls die Betreuung der Angehörigen des Deutschen Vereins in Johannisburg. Die von ihm durchgeführten Busreisen verband er stets mit der Unterbringung der Reisenden in verbliebenen deutschen Familien. Besonders verdient gemacht hat er sich im Zusammenhang mit der Wiedererrichtung der Friedhofskapelle in Johannisburg zu einer Gedenkstätte. Mit Geschick, Umsicht und Sachverstand leitete er Planung und Ausführung. Er wurde 1996 Nachfolger von Ulrich Haffke im Amt des stellvertretenden Kreisvertreters. Aus gesundheitlichen Gründen und dem Grund der Einarbeitung eines Jüngeren in unsere Arbeit gab er im Jahre 2002 dieses verantwortungsvolle Amt ab. Im Jahr 2001 verlieh ihm die Landsmannschaft der Ostpreußen ihr Goldenes Ehrenzeichen. Er ist einstimmig zum Ehrenmitglied des Kreistages gewählt worden. Sehr bald traf ihn eine schwere Krankheit. Wir danken ihm für seinen Einsatz und wünschen ihm alles erdenklich Gute.

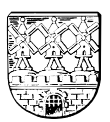
OSTERODE



Kreisvertreter: Dieter Gasser, Friedrich-Lamp-Str. 8, 24306 Plön, Telefon (0 45 22) 59 35 80. Geschäftsstelle: Kreisgemeinschaft Osterode Ostpr. e. V., Martin-Luther-Platz 2, Postfach 15 49, 37505 Osterode am Harz, Telefon und Fax: (0 55 22) 91 98 70, E-Mail: KGOeV@t-online.de. Sprechstunden: Dienstag 9 bis 12 Uhr, Donnerstag 14 bis 17 Uhr

Busreisen 2004 in den Heimatkreis Osterode (mit Landsmann Günther Behrendt) – In diesem Jahre sind wiederum zwei Busreisen in unseren Heimatkreis vorgesehen, und zwar mit erweiterten beziehungsweise veränderten Reiseprogrammen. 1. Reise vom 7. bis 16. Juni 2004 mit je einer Zwischenübernachtung auf der Hin- und Rückfahrt. Im Rahmen des geselligen und abwechslungsreichen Programms ist unter anderem ein Tagesausflug nach Warschau vorgesehen; mit Stadtrundfahrt, Altstadtführung und Freizeit. Ein weiterer Ausflug führt zum Frischen Haff über Frauenburg und Schiffsfahrt über das Haff zum Badeort Kahlberg auf der Frischen Nehrung. Übernachtet wird im Hotel Anders in Altfinken / Alt Jablonken. 2. Reise vom 30. Juli bis 8. August 2004 ebenfalls mit Zwischenübernachtungen auf der Hin- und Rückfahrt. Vorgesehen sind zwei Übernachtungen in Königsberg im neu renovierten Hotel Baltika. Es folgt ein Tagesausflug über den bekannten Badeort Cranz zur Kurischen Nehrung. Wir fahren unter anderem zu dem alten Fischerdorf Rossitten und weiter nördlich nach Pillkoppen und erleben und besichtigen hier die herrliche Dünenlandschaft. Am zweiten Tag Stadtbesichtigung mit Führung in Königsberg (Bernsteinmuseum, Dombesichtigung, Einkaufsbummel) und Weiterfahrt zum Hotel Anders nach Altfinken / Alt Jablonken. In den Folgetagen wird ein abwechslungsreicher und geselliger Programmablauf geboten. Zum Besuch der Heimatorte sind freie Tage vorgesehen. Landsmann Günther Behrendt mit seinem Akkordeon sorgt wiederum für Stimmung und Fröhlichkeit. Zahlreiche Landsleute haben bereits gebucht; es sind aber noch Restplätze frei. Ausführliche Reiseprogramme mit Angabe der Reisepreise sowie das Anmeldeformular erhalten Sie auf Anforderung vom Reiseveranstalter Firma PLEW-KA-Reiseservice, Schützenstraße 91, 45699 Herten, Telefon (0 23 66) 3 56 51, Fax (0 23 66) 8 15 89.

SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)



Kreisvertreter: Arno Litty, Telefon (0 30) 7 03 72 62 Britzer Straße 81, 12109 Berlin. Geschäftsstelle: Marie-Luise Steinzen, Tel. (0 41 71) 24 00, Fax (0 41 71) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe)

Nachruf – Dr. Martin Steinhausen ist am 20. Januar 2004 verstorben. Seit 1984 gehörte er dem Kreistag an und wurde bald in den Kreisausschuß gewählt. Dr. Steinhausen hat die Arbeit der Kreisgemeinschaft in vielfältiger Weise unterstützt und gefördert. So übernahm er die Korrekturarbeiten bei der Erstellung des Heimatbriefes und für die bisher erschienenen fünf Bände der Schloßberger Chronik. Dr. Steinhausen sorgte auch dafür, daß mit den ersten Hilfstransporten größere Mengen Lebensmittel in unseren

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 17

Heimatkreis gebracht werden konnten. Ebenfalls konnte er russischen Medizinern Weiterbildungsmöglichkeiten am Hygienischen Institut in Hamburg ermöglichen. Nach der politischen Wende, als Reisen der Kreisgemeinschaft nach Nord-Ostpreußen durchgeführt werden konnten, nahm Dr. Steinhausen mit seiner Frau an einer Reise teil. Nach einer schweren Erkrankung erholte er sich so gut, daß er eine zweite Reise in den Heimatkreis an seinen Geburtsort Willuhnen unternehmen konnte. Von seinem Elternhaus konnte er leider nur Fundamente entdecken. Auch die Kirche, die Wirkungsstätte seines Vaters Eberhard Steinhausen, des Pastors von Willuhnen, konnte er nur an Mauerresten identifizieren. Martin Steinhausen wurde am 30. November 1930 geboren. Nach vier Jahren Volksschule besuchte er von 1941 bis 1944 die Friedrich-Wilhelm-Oberschule in Schloßberg. Nach der Flucht gelangte Martin Steinhausen nach Thüringen und schloß dort in Bad Frankenhausen 1950 die Schule mit Abitur ab. 1951 begann er das Studium der Veterinärmedizin an der Humboldt-Universität in Berlin-Ost. Als Sprecher der Evangelischen Studentengemeinde drohte ihm die Verhaftung, so daß er 1953 nach Westberlin fliehen mußte. Dort setzte er an der Freien Universität und später an der Tierärztlichen Hochschule Hannover sein Studium fort. 1959 erfolgte die Approbation als Tierarzt und die Promotion zum Dr. med. vet. Nach Tätigkeiten in Lübeck und bei der Gesundheitsbehörde in Hamburg ging Dr. Steinhausen als Veterinär-Direktor 1994 in den Ruhestand. 1958 heiratete er die aus Königsberg stammende Marianne Simoleit. Für seine vielseitigen Aktivitäten für Heimat und Vaterland wurde Dr. Martin Steinhausen 1996 von der Landsmannschaft Ostpreußen das Silberne Ehrenzeichen verliehen. Die Kreisgemeinschaft dankt Dr. Martin Steinhausen für seinen steten Einsatz für völkerverbindende Aktionen in seiner früheren Heimat. Wir nehmen Abschied von einem aufrechten Ostpreußen und werden Dr. Martin Steinhausen ein ehrendes Andenken bewahren.

TILSIT-RAGNIT



Kreisvertreter: Hartmut Preuß, Hordenbachstraße 9, 42369 Wuppertal, Telefon (02 02) 4 60 02 34, Fax (02 02) 4 96 69 81. Geschäftsstelle: Helmut Pohlmann, Telefon (0 46 24) 45 05 20, Fax (0 46 24) 29 76, Rosenstraße 11, 24848 Kropp

Vom 3. bis 12. Juni 2004 findet unsere Heimatreise – in Verbindung mit der Einweihung des Vereins „Altes Tilsit“ am 5. Juni ab 10 Uhr – statt. Der Verein „Altes Tilsit“ wurde als Regionalorganisation der Rußlanddeutschen am 5. Februar 2002 durch Viktor Albert, wohnhaft in Ragnit, gegründet und mit der Registriernummer 1603 in der Königsberger Gebietsverwaltung des Justizministeriums eingetragen. Die Räumlichkeiten sind in Tilsit in der ehemaligen Stolbecker Straße 4, jetzt Newskistraße. Wir, die Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit, die Stadtgemeinschaft Tilsit, die Kreisgemeinschaft Elchniederung und die Landsmannschaft Ostpreußen waren an den Renovierungskosten der Räumlichkeiten beteiligt. Die Räume des Vereins dienen als Begegnungsstätte und für kirchliche Zwecke (Andachten, Trauungen, Taufen etc.) für die dort lebenden Rußlanddeutschen und auch unseren Heimat-Kreisgemeinschaften. Sie sollen auch Anlaufstelle für die Heimatreisenden sein und Hilfe für in Not geratene Touristen bieten. Zu unserer Einweihungsfeier am 5. Juni wird der dortige Propst Heye Osterwald die Andacht halten, hochrangige Politiker werden anwesend sein, ich rechne mit vielen Landsleuten aus der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit, der Elchniederung und der Stadtgemeinschaft Tilsit. Willkommen sind natürlich alle, die an Ostpreußen interessiert sind. Reisetermin: 3. bis 12. Juni 2004, 10 Tage, 9 Übernachtungen. Reiseleitung: Klaus-Dieter Metschulat. Übernachtungen: Schneidemühl, Hotel Rodlo (einmal); Ragnit, Tilsit, Großbaum oder Insterburg (fünfmal); Königsberg, Hotel Moskwa (zweimal); Stettin, Hotel Panorama (einmal). Zimmer: Doppelzimmer, Einzelzimmer, mit Bad oder Dusche/WC. Verpflegung: Halbpension (Frühstück und Abendessen). Buchungen, Abfahrtszeiten und Preise bitte erfragen bei Greif Reisen Manthey GmbH, Universitätsstraße 2, 58455 Witten-Heven, Telefon (0 23 02) 2 40 44, Fax (0 23 02) 2 50 50. Geplant sind drei Busse: Bus 1 ab Köln, Bochum, Hannover, Berlin. Bus 2 ab Osnabrück, Bremen, Hamburg. Bus 3 ab Ulm, Nürnberg, Hof, Raststätte Hermsdorfer Kreuz, Leipzig, Berlin. 3. Juni: Abfahrt zum deutsch/polnischen Grenzübergang nach Schneidemühl; Abendessen und Übernachtung im Hotel Rodlo. 4. Juni: Weiterreise über Schlochau, Pr. Stargard, Marienburg, Elbing zum polnisch/russischen Grenzübergang nach Ragnit, Tilsit, Großbaum oder Insterburg, Einquartierung im gebuchten Hotel, Abendessen und Übernachtung. 5. Juni: Einweihung der gemeinsamen Begegnungsstätte „Altes Tilsit“; auf der Rückfahrt zu den Hotels eventuell Besuch des Museums in Breitenstein. 6. Juni: Tagesausflug in die Heimatdörfer. 7. Juni: Tagesausflug nach Tilsit, Gumbinnen, Trakehnen, Besuch des renovierten Gestüts Georgenburg. 8. Juni: Tag zur freien Verfügung, wahlweise (gegen Mehrkosten) Schiffsfahrt Labiau – Deime – Haff – Gilge – Gr. Friedrichsgraben – Labiau; Rückfahrt zum gebuchten Hotel. 9. Juni: Nach dem Frühstück Auschecken aus den Hotels, Ausflug zur Kurischen Nehrung, Besichtigung der berühmten Vogelwarte in Rossitten, Weiterreise über Cranz nach Königsberg, Einquartierung im Hotel, Abendessen und Übernachtung. 10. Juni: Nach dem Frühstück Stadtrundfahrt Königsberg mit Besichtigung des Doms und des Immanuel-Kant-Museums, anschließend Ausflug zum Ostseestrand bei Rauschen und Palmnicken, Rückfahrt nach Königsberg. 11. Juni: Frühstück, Rückreise zum russisch/polnischen Grenzübergang; Weiterreise über Frauenburg, Elbing, Danzig, Stolp, Köslin nach Stettin; Abendessen und Übernachtung im Hotel Panorama. 12. Juni: Rückreise über polnisch/deutschen Grenzübergang; Heimreise auf der Strecke wie Hinreise.

WEHLAU



Kreisvertreter: Joachim Rudat, Telefon (0 41 22) 87 65, Klinkerstraße 14, 25436 Moorrege

Wehlauer Kreistag – Der Wehlau-er Kreistag, dessen Neuwahl im vergangenen Herbst erfolgte, kam zu seiner konstituierenden Sit-zung in Syke, der Patenstadt von Wehlau, zusammen. Der Beginn der Sitzung fand im Rathaus der Stadt statt, im Beisein von Ver-tretern der drei Patenstädte und des Patenkreises, die Grußworte an die Versammelten richteten. Der Kreisvertreter, der Redakteur des Wehlauer Heimatbriefes und Leiter des Heimatort-Ausschusses berichteten den Anwesenden über die Tätigkeit der Kreisge-meinschaft in der vergangenen Legislaturperiode. Diese Berichte, die durch entsprechende Dias verdeutlicht wurden, fanden ein lebhaftes Interesse. Im nächsten Jahr, am 27. August 2005, jährt sich zum 50. Mal die Übernahme der Patenschaft durch den Land-kreis Grafschaft Hoya, dem späte-ren Landkreis Diepholz für unse-ren Heimatkreis Wehlau. Dieses Jubiläum soll in Syke gemeinsam mit unseren Paten gefeiert wer-den. die Fortsetzung der Kreis-tagssitzung fand dann in Wessels Hotel in Syke statt. Nach Erledi-gung der üblichen Regularien wurde der alte Kreistag durch den Vorsitzenden des Kreistages Wilhelm Witt verabschiedet. Zum neuen Vorsitzenden des Kreista-ges wurde Klaus Schröter ge-wählt, der dann die weiteren Wahlgänge leitete. Zum fünften Mal in Folge wurde wieder Joa-chim Rudat zum Kreisvertreter und 1. Vorsitzenden gewählt. Hans Schlender wurde 1. Stell-vertreter des Kreisvertreters und zum 2. Stellvertreter und Schatzmeister erhielt Hans-Peter Mintel wieder das Mandat für die kom-menden vier Jahre. Weitere Vor-standsmitglieder wurden: Klaus Schröter, Ilse Rudat (Schriftführe-rin), Uwe Koch und René Nehring. Harry Schlisio wird auch weiterhin den Heimatortsaus-schuß leiten, und Otto Daniel bleibt Organisationsleiter der Kreistreffen. Sehr erfreulich war, daß sich eine Reihe jüngerer Kreistagsmitglieder den Vorge-nannten als aktive Helfer bereitwillig zur Verfügung stellten. Mit dieser Besetzung des Vorstandes und der Verjüngung des Kreista-ges, allein sieben Mitglieder sind nicht älter als 45 Jahre, kann die Kreisgemeinschaft die Aufgaben der nächsten vier Jahre sicherlich gut bewältigen. ■

Franz Emil Poschmann
geb. 31. 10. 1880
Bauer aus dem Dorf Settau/Roggenhausen, Kreis Heilsberg/Ermland
Wer kann nähere Angaben zur Familie machen?
Ansprechpartner: Prof. Dr. med. Aloys Franz Poschmann
Strandtreppe 17, 22587 Hamburg
Telefon 0 40/86 86 44, Fax 0 40/86 91 86
E-Mail: a.poschmann@web.de

Geschäftsanzeigen







Der HERR ist mein Hirte, mir wird nichts mangeln.
Psalm 23,1

Nach einem erfüllten Leben nehmen wir in Liebe und Dankbarkeit Abschied von meiner treu sorgenden Frau, unserer herzensguten Mutter, Schwester, Großmutter und Schwiegermutter

Anna Klementz
geb. Baum

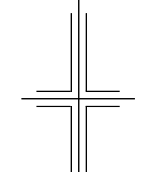
* 10. 8. 1917 Gumbinnen/Ostpr. † 31. 1. 2004 Klinikum Bad Hersfeld

In stiller Trauer
Arthur Klementz
Wolfgang und Dorothea Lentz, geb. Klementz
mit Sebastian und Benjamin
Dr. Arthur und Michaela Klementz
mit Christian, Thomas und Ann-Kristin
Sabine Schmidt, geb. Klementz
mit Christian Jessen und Kerstin Schmidt
Clarus und Hildegard Klapproth, geb. Baum

Siebenbürgener Weg 34, 34613 Schwalmstadt, den 1. Februar 2004

Die Beerdigung fand am Mittwoch, dem 4. Februar 2004, um 13 Uhr von der Friedhofskapelle in Treysa aus statt.

Anstelle von zugedachten Blumen- und Kranzspenden bitten wir höflich um eine Spende zugunsten des Klinikums Bad Hersfeld GmbH auf das Konto Nr. 1 391 (532 500 00) bei der Sparkasse Hersfeld-Rotenburg unter dem Kennwort „Anna Klementz".



Fern seiner geliebten ostpreußischen Heimat verstarb nach einem von Arbeit und Sorge für seine Familie geprägten Leben unser herzensguter Vater, Schwiegervater, Opa und Uropa, unser lieber Bruder

Alfred Böhnke

* 28. 4 . 1921 in Saadau/Ostpr. † 6. 1. 2004 in Trostberg, Obb.

In Liebe und Dankbarkeit
Hilde Strohmayer, Tochter, **mit Familie**
Liesbeth Rosummek, Schwester
Margarethe Nickig, Schwester, **mit Familie**

Traueranschrift: Hilde Strohmayer, Gaßberg 2, 83308 Trostberg

Die Beerdigung fand am 9. Januar 2004 in Trostberg statt.

IN MEMORIAM

10. Todestag von

Hermann Franz

* 10. Juni 1915 † 17. Februar 1994

Seine Familie

Hohl 38, 35683 Dillenburg



Nach schwerer Krankheit und doch unerwartet ist unsere allerliebste Schwester und Mutter

Irmgard Marie Louise Albertine Enger
geb. Scheumann

Ehefrau von Herrn Dr. med. Friedrich Enger, Braunschweig, Gliesmarode

* 22. Juni 1922 Rädtkeim, Kreis Gerdauen
Aufgewachsen in Dankfelde, Kreis Lötzen
† 28. Januar 2004 Wedel bei Hamburg

von uns gegangen.

Ursula Steiner, geb. Scheumann
Friedrich Enger
Christian Enger

Die Trauerfeier hat bereits stattgefunden.

Du siehst den Garten nicht mehr grünen,
in dem du einst so froh geschafft,
siehst deine Blumen nicht mehr blühen,
weil dir der Tod nahm die Kraft.

Wir trauern um unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Oma und Uroma



Lotte Graul
geb. Kallweit

* 5. 8. 1910 † 19. 1. 2004
aus Schloßberg

Jürgen und Sigrid Graul
Günter und Hannelore Schmitz, geb. Graul
Martin Schmitz und Helga Jahnke
Sabine Schmitz und Dr. Helge Sonnemann
Josef und Antje Becker, geb. Graul
mit Lea und Felix
Dr. Imke Graul und Jens Thomsen

Kirschgartenstraße 3, 34537 Bad Wildungen
Altes Forsthaus Latrop, 57392 Schmallenberg

Die Beerdigung fand am Samstag, dem 24. Januar 2004, um 11.00 Uhr von der Friedhofskapelle Altwildungen aus statt.



Nach Gottes heiligem Willen entschlief unsere liebe Schwester, meine liebe Zwillingsschwester, Cousine und Tante

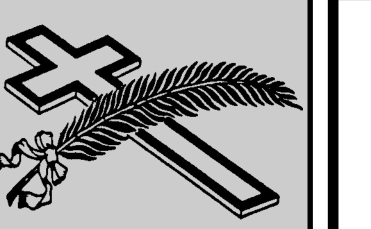
Margarete Pruschewski

geb. 19. 4. 1914 gest. 28. 11. 2002

Mispelsee, Hohenstein, Ostpr.
Königsberg (Pr), Leipzig
zuletzt Hildesheim

In Liebe und Dankbarkeit
Hedwig Pruschewski
Käthe Pruschewski
Fritz-Carl Prawitz
Dagmar Prawitz, geb. Möllenhoff

Freiherr-vom-Stein-Straße 2 A, 31141 Hildesheim



Und der Wind legte sich,
und es ward eine große Stille.
Markus 4, 39

Nach einem erfüllten Leben und nach langer, mit großer Geduld ertragener Krankheit entschlief unsere gute Mutter, Oma, Schwester, Schwägerin und Tante

Hildegard Melzer
geb. Buchholz

* 20. 11. 1911 † 4. 2. 2004
aus Allenstein

In Liebe und Dankbarkeit
Wolfgang und Stefanie Melzer
mit Marius und Miriam
Fritz und Siegwaldis Mönkehaus
mit Björn, Julia und Tim
und alle Angehörigen

Elmshorn, den 5. Februar 2004
Sandberg 102 / Uferkamp 1 c




In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Dr. Reinold Schleifenbaum

geboren am 26. März 1935 in Siegen
gestorben am 29. Januar 2004 in Siegen

Als langjähriger Steuerberater und Fachanwalt für Steuerrecht hat sich der Verstorbene bleibende Verdienste um die Landsmannschaft Ostpreußen erworben und dazu beigetragen, ihre finanzielle Zukunftsfähigkeit grundlegend zu sichern. Mit großem juristischen Sachverstand begleitete er 1997 die Gründung der beiden neuen Vereine Landsmannschaft Ostpreußen – BRUDERHILFE e.V. und Landsmannschaft Ostpreußen – TREUESPENDE e.V.

Im Rahmen seiner Tätigkeit als Vorstandsvorsitzender der „Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen" sowie in zahlreichen Podiumsdiskussionen, Symposien und Publikationen setzte sich Dr. Reinold Schleifenbaum in Wort und Tat unermüdlich für die Verwirklichung des „Rechts auf die Heimat" und die Aufhebung der Vertreibungsdekrete ein. Als Leiter der Staats- und Völkerrechtlichen Arbeitstagungen mit Völkerrechtlern, Diplomaten und Europaexperten ist es ihm gelungen, ein bedeutendes und in der Öffentlichkeit beachtetes Forum für die Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen fest zu etablieren.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Unser Mitgefühl gilt seiner Familie.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Bernd Hinz, Stellv. Sprecher – Wilhelm v. Gottberg, Sprecher – Friedrich-Wilhelm Böld, Schatzmeister

Ein lebendiges Zeugnis

Fotoausstellung läßt den Betrachter in vergangene Zeiten eintauchen

Persönlich nehme ich an, vielleicht werden es auch manche von Euch so wahrnehmen, liegt der Sinn dieser Ausstellung in ihrem Geist, ihrem reichen Inhalt, den jeder aus seinem eigenen Blickwinkel betrachten kann", betonte der in der polnisch-tschechischen Grenzregion lebende Tscheche Zdenek Mateiciuc in seiner Ansprache zur Präsentation „Fotos aus dem Altvatergebirge" im Museum für schlesische Landeskunde in Königswinter.



Er verstand es, die „einfachen" Menschen und deren Alltagsleben festzuhalten: *Porträt des Fotografen Ulrich um 1885.*

Bis zum 21. März dieses Jahres ist die Auswahl von rund 80 Foto-Abzügen des Fotografen Gustav Ulrich aus Reutenhau im Eichendorffsaal von Haus Schlesien zu sehen. Auf der Suche nach den deutschen Spuren in der Geschichte seiner Heimat ist es dem engagierten Unternehmer aus Odrau (Odry), Zdenek Mateiciuc, gelungen, dieses umfangreiche, rund 100 Jahre alte fotografische Werk aufzuspüren. In mühevoller Rekonstruktionsarbeit erschloß er die Zusammenhänge zwischen der abgebildeten Region des Altvatergebirges und der Familie des 1860 geborenen und 1932 verstorbenen Fotografen Gustav Ulrich.

Der in gutem Zustand erhaltene gebliebene fotografische Nachlaß gibt ein lebendiges Zeugnis von der Landschaft, dem Leben und Arbeiten um die Wende zum 20. Jahrhundert in der reizvollen Region des mährischen „Altvaterlandes" im heutigen Tschechien. Auf vielen Aufnahmen sieht die damalige Welt fast wie eine Idylle aus, doch das täuscht. Für die meisten Menschen war es nämlich ein Leben voll schwerer Arbeit und Entsagungen.

„Dem Andenken unserer Landsleute und unserer gemeinsamen Heimat in Böhmen, Mähren und Schlesien" widmete Mateiciuc sowohl die Präsentation als auch den ergänzenden Katalog.

„Diese zauberhaften Bilder, auf dem Glas alter Negative vor hundert und mehr Jahren festgehalten, fotografierte Gustav Ulrich nicht nur mit seinem Fotoapparat, sondern vor allem mit seinem Herzen", schrieb der Ausstellungsgestalter im Katalog. **DG**



Ein Blick in die Fotoausstellung im Eichendorffsaal von Haus Schlesien lohnt sich – auch für Nicht-Vertriebenen –, um so etwas über das Leben früher zu erfahren: *Prägnante Heimatmotive kehren immer wieder.* Fotos: DG

Vortrag beim Grundeigentümerverband

Berlin – Unter dem Motto: „Für Völker-, Heimat- und Eigentumsrechte" trifft sich der Grundeigentümerverband der Vertriebenen am Sonnabend, 20. März, 14 Uhr, „Seeterrassen Tegel", Wilkestraße 1, 13507 Berlin. Als Hauptredner ist Dr. Latussek vorgesehen. ■

Gemeinschaft Evangelischer Ostpreußen

Dresden – Ihren 7. Kirchentag feiert die Gemeinschaft Evangelischer Ostpreußen am Sonnabend, 3. April, 10 Uhr, im Gemeindesaal der Christuskirche, Elsa-Brändström-Straße 1. Die Predigt hält Pfarrer i. R. Klaus Plorin. Thema des Kirchentages ist „Johann Gottfried Herder". Elfriede Rick wird dazu einen Vortrag halten. Nähere Auskünfte erteilt Elfriede Rick, Senftenberger Straße 32, 01239 Dresden, Telefon (03 51) 4 71 30 86. ■

Kulturreferentenseminar

Hamburg – „Natur und Jagd in Ostpreußen" sind Themen des Kulturreferentenseminars der Landsmannschaft Ostpreußen vom 2. bis 4. April 2004 im Ostheim, Bad Pyrmont. Auf dem Programm der Wochenendveranstaltung stehen Vorträge über die Geschichte der Wald- und Forstwirtschaft in Ostpreußen, über das Staats-Jagdrevier Rominten und die Vogelwarte Rossitten, über die Verbreitung des Wolfs in Ostpreußen und die masurische Seenlandschaft. Heitere Jagdgeschichten und ein Filmabend runden die Veranstaltung ab. Die Referenten sind Ruth Geede, Prof. Dr. Horst Kramer, Hans-Jürgen Preuß, Dr. Wolfgang Rothe und Helmut Suter. Die Seminargebühr beträgt 75 Euro. Anmeldeunterlagen und nähere Informationen bei der Kulturabteilung der Landsmannschaft Ostpreußen, Dr. Sebastian Husen, Parkallee 86, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 41 40 08 28, Fax (0 40) 41 40 08 48, E-Mail: husen@lm-ostpreussen.de ■

»Wie schmeckt Osteuropa?«

Diakonisches Werk sammelt Rezepte aus der Heimat

Italienisch, chinesisch, indisch und griechisch. In Deutschland mangelt es nicht an diversen ausländischen Einflüssen auf den Speiseplan. „Hoffnung für Osteuropa" fragt nun: „Wie schmeckt Osteuropa?" Über die osteuropäische Küche weiß man in Deutschland noch recht wenig. Deshalb bittet „Hoffnung für Osteuropa" um die Zusendung von Koch- und Backrezepten. Ziel ist es, die kulinarische Vielfalt dieser Länder den Menschen hierzulande näher zu bringen. Da sich der kulturelle Reichtum dieser Region auch im Essen zeigt, hofft man bei der Organisation auf eine bunte und abwechslungsreiche Rezeptesammlung.

Willkommen sind neue und exquisite ebenso wie bewährte und traditionelle Rezepte aus dem osteuropäischen Raum. Diese können auch mit einem Foto der Köchin oder des Kochs und einer kleinen Geschichte, die mit dem Gericht zusammenhängt, eingesandt werden. Die besten werden auf der Internetseite der Aktion unter www.hoffnung-fuer-osteuropa.de vorgestellt. Der Chefkoch des Marriott Hotels in Frankfurt bewertet mit einer Fachjury die feinsten Gerichte.

„Hoffnung für Osteuropa" wurde 1994 von der ev. Kirche mit dem Ziel gegründet, den Aufbau diakonischer Einrichtungen und sozialer Strukturen in Osteuropa zu fördern und Verständnis für die unterschiedlichen Lebensumstände zu wecken.

Die Rezepte bitte an: „Hoffnung für Osteuropa", Diakonisches Werk der EKD, Stafflenbergstraße 76, 70184 Stuttgart, E-Mail: service@hoffnung-fuer-osteuropa.de **EB**

Ein verstecktes Kleinod

Das Kleine Museum in Husum hat so manche Überraschung zu bieten

Wer hätte das gedacht? Der Vortragsraum in der Altenbegegnungsstätte war voll besetzt. 30 Leute kamen, um an dem ostpreußischen Abend teilzunehmen. Erstmalig in Husum hat „Das Kleine Museum" einen Versuch gewagt, eine ostpreußische Lesung zu veranstalten, der anscheinend ins Schwarze traf.

Die Mischung aus ostpreußischen Geschichten, Bärenfang und ostpreußischem Platt hat wohl viele Interessierte zum Kommen bewegt. Cornelia Dauter, die 1. Vorsitzende des gemeinnützigen Vereins, führte durch den Abend und stellte das Museum vor, denn viele wußten noch nicht, was „Das Kleine Museum" mit Ostpreußen zu tun hat. Winrich Naujoks, bekannt durch seine Veranstaltungsreihe „Vergessene Literatur", bot ein abwechslungsreiches Programm, in dem für jeden etwas dabei war.

Zunächst trug er Texte und Gedichte über die Kurische Nehrung vor, um den Zuhörern ein besseres Verständnis über die ostpreußische Mentalität dieses Landstriches zu geben. „Die Frauen von Nidden", eine berühmte Ballade von Agnes Miegel, ließ jeden darüber erschaudern, wie die Bewohner der Kurischen Nehrung mit den erbarmungslosen Naturgewalten gekämpft haben. Fröhlicher ging es in einer weiteren Erzählung von Agnes Miegel zu, in der ein Beispiel für traditionelle Riten in Masuren gegeben wurde.

Mit den Geschichten „Eislauf auf der Memel" und „Der Klingerschlitten" von Hermann Sudermann hat Winrich Naujoks nicht nur die knackigen ostpreußischen Winter lebendig werden lassen, sondern auch den typischen Humor nach Lausbubenart rübergebracht. Vor der kleinen Pause dann ein besonderer Höhepunkt des Abends: Naujoks trägt in ostpreußischem Platt Kindergedichte vor, wobei man sich ein Schmunzeln natürlich nicht verkneifen konnte.

Nach der Pause mit ostpreußischem Punsch und Bärenfang waren die Zuhörer nun für winterliche Geschichten gewappnet, die nicht nur von Leichtigkeit geprägt waren, sondern auch zum Nachdenken anregten.

Insgesamt war es ein gelungener Abend, an dem die vielen Besucher auch ihre Neugierde darüber stillen konnten, was denn eigentlich „Das Kleine Museum" in Husum ist. Man erfuhr, daß die Tochter Cornelia Dauter ihrer ostpreußischen Mutter Helene Dauter in Husum ein Museum gewidmet hat. Die Mutter hat als Malerin ihre Erinnerungen an die Heimat am Kurischen Haff in Öl auf Leinwand gebannt. Die Ausstellung mit rund 50 Bildern ist ganzjährig geöffnet, und im Winter kann man sein Gemüt nicht nur durch das Betrachten der Bilder, sondern auch noch durch einen Bärenfang erwärmen.

Nähere Informationen unter folgender Adresse: „Das Kleine Museum", Westerende 26, 25813 Husum, Telefon (0 48 41) 66 97 79. **EB**

Eine zeitgeschichtliche Bilanz

Alfred Schickel legte Studie über die deutschen Heimatvertriebenen vor

Auf einer Tagung der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt stellte deren Leiter Dr. Alfred Schickel seine jüngste zeitgeschichtliche Arbeit vor. Sie hat den Titel „Die deutschen Heimatvertriebenen. Ihre Rolle in der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland und Österreichs von 1945 bis zur Gegenwart". Darin läßt er mit viel Sachkenntnis und Detailwissen das persönliche und politische Schicksal der vertriebenen Ost- und Sudetendeutschen in den zurückliegenden 58 Jahren lebendig werden. Und zwar nicht nur in Westdeutschland, sondern auch in Österreich.

Schickel verliert sich dabei aber nicht in einer bloßen Nacherzählung der Ereignisse, sondern vermittelt dem Leser einen nüchternen Blick auf den Wandel der Vertriebenenpolitik der Bonner und Wiener Regierungen von Adenauer beziehungsweise Renner bis zu Schröder und Schüssel. Sein Resümee ist ebenso aufschlußreich wie niederdrückend.

Zeigte das österreichische Kabinett den aus Südmähren und Südböhmen in die Alpenrepublik „abgeschobenen" Deutschen 1945/46 die kalte Schulter und suchte die mittellosen Ankömmlinge alsbald nach Westdeutschland „weiterzuleiten", setzt sich die heutige Wiener Regierung unter Kanzler Schüssel ungleich engagierter für die Belange der Sudetendeutschen ein als ihr Berliner Pendant unter Gerhard Schröder. Alfred Schickel belegt diese Erkenntnis in seiner 200 Seiten umfassenden Studie mit vielen Beispielen. Das bedrückendste ist wohl der beklatschte Verzicht auf die Ostgebiete des Deutschen Reiches durch den Grenzvertrag mit Polen. Schickels Kommentar dazu: „Damit erlebte Ulbrichts ‚Görlitzer Vertrag' von 1950 über 40 Jahre später seine traurige Absegnung durch Adenauers ‚politische Enkel'". Einen „Sieg der anderen Seite" sieht der Autor auch in der „Deutsch-tschechischen Deklaration" von 1997, mit der er sich insbesondere als Historiker kritisch auseinandersetzt. Seine Eingangsfeststellung, daß „die Erinnerung an die Vertreibung als den schmerzhaftesten Vorgang der deutschen Geschichte fortschreitend verblaßt", hat Schickel „bewußt" jetzt getroffen, weil er die „momentane Beschäftigung bestimmter Meinungsführer in Medien und Politik mit der Vertreibung der Deutschen" letztlich für einen „raffinierten Versuch" hält, „über dieses Thema die Deutungshoheit zu erringen".

Sein gut lesbares Buch bringt das geistige Rüstzeug mit, um diesen Versuch abzuwehren. Es scheint daher überaus geeignet, nicht nur als passendes Weihnachtsgeschenk bei der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle in 85110 Kipfenberg für 10 Euro erworben zu werden. **EB**

Ermländertreffen

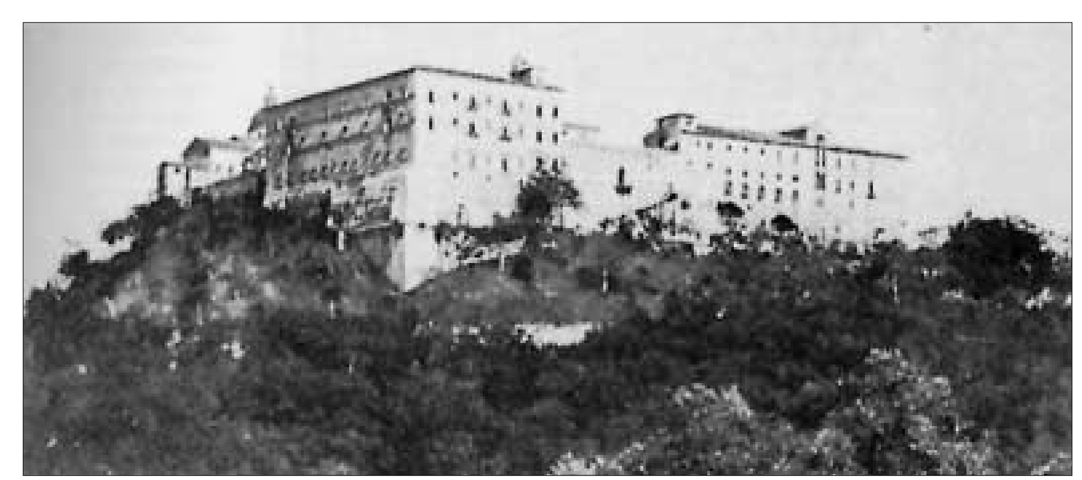
Ludwigshafen – Das Ermländertreffen findet am 29. Februar, 14 Uhr, in der St. Hedwigskirche, Brandenburger Straße 1–3, Ludwigshafen-Gartenstadt statt. Pfarrer i. R. Kunkel zelebriert die Eucharistiefeier. Anschließend gibt es ein gemütliches Beisammensein im Pfarrheim. Um Kuchenspenden wird gebeten. ■

SWG-Vortrag

Kiel – Einen Vortrag zum Thema „Der Streit um das Zentrum gegen Vertreibung in Berlin – ein Stolperstein für die offizielle Geschichtspolitik" hält am Freitag, 20. Februar, 19.30 Uhr, im Saal „Kaiser Friedrich", Hasseldieksdammer Weg 2, 24116 Kiel der Journalist Hans-Joachim von Leesen. Veranstalter ist die Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V. in Kiel. Eintritt beträgt 5 Euro. ■

Die Geschichtsschreiber sind gefragt

Vor 60 Jahren zerstörten Briten und US-Amerikaner das Benediktinerkloster Monte Cassino / Von Alfred SCHICKEL





Benediktinerkloster Monte Cassino: *Vor (links) und nach (rechts) dem anglo-amerikanischen Luftangriff vom 15. Februar 1944*

Die öffentliche Erinnerung an kriegerische Untaten der Sieger riskiert bei hiesigen „Vergangenheitsbewältigern“ schnell die Verdächtigung, aufrechnen oder die deutschen Kriegsverbrechen „relativieren“ zu wollen. So kommt es, daß die meisten Verstöße der Alliierten gegen die Landkriegsordnung dem Vergessen überantwortet bleiben. Und wenn sich die Nachwelt dennoch der einen oder anderen Terrorhandlung – wie der Zerstörung Dresdens – entsinnt, wird diese im Handumdrehen als Konsequenz vorausgegangener deutscher Barbareien erklärt. Der Satz von der „Rückkehr des von deutschem Boden ausgegangenen Unrechtes“ wurde dafür zur gängigen Entschuldigungsformel und damit zum finalen Entlastungsspruch für die alliierten Täter.

Bleiben als „unverdächtige“ Stimmen die überlieferten Zeugnisse der Zeitgenossen. Im Falle des am 15. Februar 1944 von alliierten Bombenflugzeugen zerstörten Benediktinerklosters auf dem Monte Cassino besonders die Äußerungen italienischer, US-amerikanischer und britischer Kirchenmänner.

So bezeugen der Verwalter der Abtei, Nicola Clementi, und der bischöfliche Delegierte des Verwaltungsbüros der Diözese von Monte Cassino, Francesco Salconio, „daß im Innern des Klosters und in seinem ganzen Umkreis keine deutschen Verteidigungsanlagen oder Truppen oder Kriegsmaterial irgendwelcher Art vorhanden waren“. Ein Tatbestand, den der deutsche Oberbefehlshaber, Generalfeldmarschall Kesselring, im Spätherbst 1943 auf Vermittlung des Vatikans mit dem anglo-amerikanischen Oberkommando vereinbart hatte und mithin der alliierten Führung bekannt war. Die strikte Einhaltung dieser Zusage war durch besonders eingesetzte Absperrposten der Feldgendarmerie ständig überwacht worden. Selbst von der Erlaubnis, im Notfall Schwerverwundete vorübergehend im Kloster unterzubringen, hatte die deutsche Seite keinen Gebrauch gemacht. Das bestätigte auch der Abt des Klosters, Bischof Gregorio Diamare, in einer persönlichen Erklärung. Die Angabe der Anglo-Amerikaner, die Deutschen hätten das Kloster als „Stützpunkt für militärische Zwecke genutzt“ und seien deswegen ursächlich für den Fliegerangriff verantwortlich, stellte sich damit als Schutzbehauptung heraus. Wenn sie je ernst gemeint war, konnte sie nur das Ergebnis von Mißtrauen sein, das daraus entstand, daß die deutsche Wehrmacht Monate vor dem Luftangriff beim vorsorglichen Abtransport der im Kloster befindlichen Kulturschätze mitgeholfen hatte und sich dabei auf dem Monte Cassino hätte heimlich einnisten können. Das dagegen stehende Offiziersehrenwort eines deutschen Feldmarschalls vermochte diese Unterstellung offenbar nicht aufzuwiegen. Die negativen Deutschland-Bilder hatten im fünften Kriegsjahr offenbar schon viele Köpfe erreicht und im Gegner nur noch den heimtückischen und wortbrecherischen Feind, dem man jede Schandtat zutraut, sehen lassen. Ähnlich wie die deutschen Propagandisten die Zerstörung des benediktinischen Mutterklosters von Monte Cassino als Ausdruck „klassischen Vernichtungswillens“ und Zeichen „primitiven Kulturniveaus“ bezeichneten.

Eine Beschimpfung, die ob ihrer Überzogenheit die gegnerische Seite letztlich wieder einte. Gleich nach der Zerstörung des Benediktinerklosters waren nämlich in den USA und in England offene Meinungsverschiedenheiten über diesen Luftschlag ausgebrochen. Führende Kirchenmänner hielten ihn für einen Unrechtsakt und sahen ihn als „gefährliche Weiterung des ohnehin schon problematischen Luftkriegs“ an.

> Roosevelt handelte nach der Strategie, „die Schuld für jede Zerstörung, die vorkommt, den Nazis zuzuschreiben“

Erzbischof Spellman von New York schrieb dieserhalb am 20. Februar 1944 an Präsident Roosevelt und legte Protest gegen ein solches Vorgehen in Italien ein. Er kündigte sogar für den 22. Februar eine öffentliche Stellungnahme in seiner Bischofskirche an. Der anglikanische Bischof von Chichester, George Bell, nannte die Bombardierung nichtmilitärischer Ziele „eine Kriegshandlung, die nicht gerechtfertigt werden kann“.

Beide konnten nicht durch Propagandafloskeln abgespeist werden, hatte doch der eine als Armeebischof der US-Streitkräfte genügend Einblick und Sachverstand, um das Notwendige vom Vermeidbaren unterscheiden zu können, und war der andere als Mitglied des britischen Oberhauses zu gut über die wahren Absichten der Bomberstrategen im Bilde, als daß er schönrednerischen Beschwichtigungen glaubte.

Prominente bischöfliche Mitbrüder Spellmans und Bells ordneten dagegen ihre Bedenken ihren patriotischen Gefühlen unter und beließen es bei menschlichem Bedauern. So gab beispielsweise der ehemalige Erzbischof von Canterbury, Dr. Lang, George Bell recht, daß „die Bombardierung gewisser deutscher Städte in letzter Zeit sehr viel weiter gehe als das, was ursprünglich von der Regierung erklärt worden sei“, meinte aber, daß „die Bombardierung von Zivilpersonen und historischen Monumenten als eine bedauernswerte, aber unvermeidliche Begleiterscheinung der legitimen Bombardierung militärischer Ziele angesehen werden müsse“. Der Sprecher des Oberhauses, Lord Cranborne, wurde noch deutlicher und sagte George Bell unverblümt: „Ich kann dem Bischof nicht die Hoffnung machen, daß wir unsere Bombardierungspolitik umstoßen werden“, und lieferte gleich die Begründung: „Nur wenn wir die deutschen Städte vernichten oder das Leben in ihnen unmöglich machen, kann Großbritannien den von seinen Verbündeten geforderten und erwarteten Beitrag zum Sieg erfüllen.“ Unter politisch-ideologischem Einfluß war die militärische Auseinandersetzung für viele Führungsfiguren in den Operationsstäben mittlerweile zu einem erbitterten Glaubenskampf geworden, in welchem Ritterlichkeit und Menschlichkeit immer weniger galten. Eine Folge der beiderseitigen ideologischen Verhärtungen und Herabsetzungen, an deren Ende erklärtermaßen der „Endsieg“ beziehungsweise die „bedingungslose Kapitulation“ stehen sollte.

Hauptleidtragende waren die Wehrlosen zwischen den Fronten und die Zivilisten in den bombardierten Städten. Das wurde am 15. Februar 1944 beim alliierten Luftangriff auf das Kloster Monte Cassino vor aller Welt deutlich. Trotzdem wurde der kriegsrechtsverletzende Charakter des Angriffs von den Verantwortlichen nicht eingestanden. Das bewies die unverminderte Fortsetzung der von ihnen betriebenen Bombardements der Städte. Sie erfaßten in jener Zeit auch Rom und zogen den Vatikan in Mitleidenschaft. Als alle vorausgegangenen päpstlichen Warnungen und persönlichen Appelle an US-Präsident Roosevelt nichts fruchteten und die Luftangriffe auf die Ewige Stadt zunahmen, verurteilte sie Papst Pius XII. in einer öffentlichen Rede am 12. März 1944 als „unrühmliche Kriegführung, die kein Gesetz und keine Schranken“ kenne, eine Kritik, die die Verantwortlichen in London und Washington in Unruhe versetzte. Roosevelt reagierte umgehend und entschloß sich, dem Papst auf einer Pressekonferenz öffentlich zu antworten. Sein Kriegspropaganda-Berater Wallace Carroll vom „Office of War Information“ lieferte ihm die Strategie und die dazugehörigen Schlagworte. Danach sollten die Alliierten gegenüber den Klagen über den Bombenkrieg „aus der Defensive heraus zum Angriff übergehen“, indem sie „die Schuld für jede Zerstörung, die vorkommt, den Nazis zuschreiben“.

Eine Losung, die Roosevelt gern übernahm und zur Leitlinie seiner weiteren Kriegspropaganda machte, die schließlich auch das Kriegsende überlebte und heute als „Rückkehr des Krieges in sein Ausgangsland“ den Deutschen das Recht auf die Trauer über ihre Toten streitig macht.

Stellt sich die Frage, ob das nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht schließlich der propagandistische „Endsieg“ der Alliierten über die Kriegsverlierer ist.

Wenn die Volksweisheit gilt, daß im Leben der Völker der Sieger das erste Wort, der Verlierer das zweite Wort und der Historiker das letzte Wort hat, dann sind in Erinnerung an die Vorgänge vor 60 Jahren die Geschichtsschreiber gefragt. ■

Das historische Kalenderblatt: 20. Februar 1887 – Erste Verlängerung des Dreibundes

»Herzlicher und praktischer«

Im Jahre 1887 lief der am 20. Mai 1882 unterzeichnete, in der *PAZ*-Folge 21/02 thematisierte und auf fünf Jahre befristete Dreibundvertrag zwischen Italien, dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn aus, sofern er denn nicht vorher verlängert wurde. Alle drei Vertragsparteien wollten die Verlängerung, aber die Rahmenbedingungen waren inzwischen andere, und das spiegelte sich sowohl in den Verhandlungen als auch in dem Ergebnis wider.

1882 hatte Italien aufgrund der von ihm als Affront interpretierten Annexion von Tunis durch Frankreich einen akuten Bedarf an Verbündeten gehabt. Fünf Jahre später war dieses aufgrund der Boulanger- und der bulgarischen Krise eher umgekehrt. 1885 war in Frankreich Ministerpräsident Jules Ferry mit seinem Kabinett gestürzt worden. Dem Verständigungspolitiker wurde ein „Nieder mit den Preußen!“ nachgerufen. 1886 wurde dann auch noch mit General George Ernest Jean Marie ein ausgewiesener Revanchist zum Kriegsminister berufen. Damit war die deutsch-französische Kolonialentente zu Ende. Um diese Zeit führte die bulgarische Krise zu einer Verschärfung der Rivalitäten zwischen Rußland und Österreich-Ungarn um Einfluß auf dem Balkan im allgemeinen und in Bulgarien im besonderen. Eine Verlängerung des Dreikaiservertrages zwischen dem deutschen und dem österreichischen Kaiser sowie dem russischen Zaren schien damit ausgeschlossen. Sowohl das Deutsche Reich als auch Österreich-Ungarn hatten also ein akutes Interesse an Italien als Verbündetem, das sich seinerzeit in einer vergleichsweise entspannten Situation befand.

Der italienische Außenminister Carlo Felice Nicolis Conte di Robilant nutzte diese Konstellation, um eine Veränderung des Dreibundvertrages im italienischen Sinne durchzusetzen, um ihn „herzlicher und praktischer zu gestalten“, wie er es nannte. Konkret forderte er von den Partnern eine Garantie des osmanischen Tripolis gegen eine Inbesitznahme durch den Kolonialrivalen Frankreich sowie ein Mitspracherecht bei zukünftigen Veränderungen auf dem Balkan.

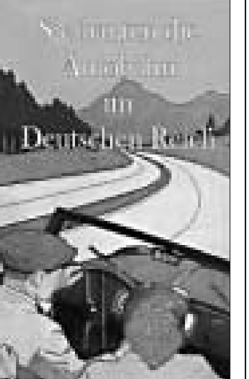
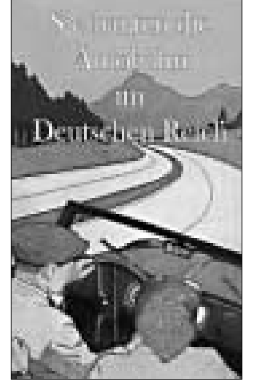
Otto v. Bismarck hatte mit den italienischen Forderungen relativ wenig Probleme. Der ganze Balkan war ihm bekanntlich nicht die Knochen auch nur eines einzigen pommerschen Grenadiers wert. Wie Wien hielt auch Berlin es für unangemessen, wegen Tripolis einen Krieg gegen Frankreich zu führen, doch Bismarck vertrat die Ansicht, daß Deutschland in einem italienisch-französischen Krieg aus Gründen der Wahrung des Gleichgewichtes ohnehin Italien beistehen müsse, und so stellte für ihn die von Robilant verlangte Garantieerklärung kein grundsätzliches Problem dar. Zudem war für ihn der Dreibund in erster Linie ein Abschreckungsmittel zur Verhinderung von Kriegen und nicht zu ihrer Regelung, so daß die konkreten Verpflichtungen für den Kriegsfall ihn weniger interessierten.

Österreich-Ungarns Außenminister Gustav Graf v. Kálnoky stand verständlicherweise den italienischen Vorschlägen kritischer gegenüber, denn im Gegensatz zum Deutschen Reich betrachtete die Donaumonarchie den Balkan als ihre Interessensphäre und sie verfügte über entspannte Beziehungen zu Frankreich, mit dem sie nicht durch Italien in einen Krieg gezogen werden wollte.

Berlin setzte Wien unter Druck, und das Ergebnis war ein Kompromiß. Österreich-Ungarn brauchte nicht wie das Deutsche Reich eine Garantieerklärung für Tripolis abzugeben, doch mußte es Italien ein Mitspracherecht auf dem Balkan einräumen. In Bismarcks Gartensalon unterzeichneten der Hausherr sowie die Botschafter Österreich-Ungarns und Italiens am 20. Februar 1887 ein entsprechendes, die Verlängerung des Dreibundvertrages um fünf Jahre mit den genannten Ergänzungen beinhaltendes Vertragswerk. **Manuel Ruoff**

Poetisch und unkritisch

Dokumentation thematisiert idealisierend den Autobahnbau unter den Nationalsozialisten

Sie bauten die Autobahn im Deutschen Reich" ist eine ebenso poetische wie unkritische Hommage an das „Gesamtkunstwerk" Reichsautobahn. Bezeichnend die von herrlicher Musik und herrlichen Bildern unterlegten letzten Worte des Sprechers vor dem Erscheinen des Schriftzuges „Ende": „Die Reichsautobahn war gedacht als Bindeglied der Länder und Staaten, erdacht für Verständigung unter den Völkern."

Bezeichnend auch der Text auf der Rückseite der Videobandhülle: „Begonnen hatte seinerzeit alles am 23. September 1933 in Frankfurt am Main. Noch nie zuvor in der Geschichte war ein Straßennetz derartigen Ausmaßes geplant und in Angriff genommen worden. Dipl.-Ing. Todt hatte die damals ungeheure technische Herausforderung angenommen und damit auch in mancherlei Hinsicht technisches Neuland betreten. Unter Verwendung vielfältigster Materialvarianten, von Naturstein bis zu Stahlbeton, und damit unter Entwicklung revolutionärer und total neuer Brückenkonstruktionen entstand ein Gesamtkunstwerk. Es sucht in seiner vollendeten Harmonie und zeitlosen Schönheit bis heute seinesgleichen, die 24 Meter breite Reichs-Autobahn."

Politisch wenig korrekt ist der krasse Gegensatz, der in dem Videofilm zwischen der Massenverelendung in der Weimarer Zeit sowie den Erfolgen im Autobahnbau und Automobilbau während der NS-Zeit aufgezeigt wird. Die den Film durchziehende und prägende Begeisterung und Bewunderung gilt jedoch weniger der Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten als der Ingenieur- und Straßenbaukunst der Autobahnbauer.

Die Dokumentation besteht ausschließlich aus historischen Originalaufnahmen. Es handelt sich um Tonfilm oder um Stummfilm mit authentisch wirkendem Klanghintergrund. Überhaupt ist die technische Qualität erfreulich gut. Dies mag auch daran liegen, daß als Grundmaterial statt privater Amateuraufnahmen professionelles NS-Propaganda- und Informationsmaterial verwandt wurde.

Nach Adolf Hitlers Kritik in seiner Rundfunkansprache vom 30. Januar 1933 an der Massenverelendung in der Weimarer Republik, die mit entsprechenden Filmaufnahmen aus der Weimarer Zeit visuell unterstützt wird, und Aufnahmen vom ersten Spatenstich Hitlers mit zugehöriger Ansprache wird entsprechend dem technikgeschichtlichen Schwerpunkt der Straßenbau mit seinen diversen Bauphasen detailliert dargestellt.

Unterbrochen wird diese informative Darstellung durch Bilder von diversen feierlichen Teilstreckeneinweihungen sowie einen Exkurs in den Automobilbau. Nach Filmaufnahmen der von Hitler besuchten Automobilausstellung in Berlin im Jahre 1938 mit Aufnahmen der spektakulären neuen Modelle werden zu Bildern von der automatisierten Automobilproduktion in Deutschland vom Sprecher im Hintergrund imponierende Informationen über die Leistungsfähigkeit und Leistungssteigerung dieser Branche der deutschen Industrie seit der nationalsozialistischen „Machtergreifung" vermittelt.

Nach einem Bericht über das Lagerleben der Straßenbauarbeiter wird der Autobahnbrückenbau thematisiert. Bilder von den unterschiedlichen Bauphasen wechseln dabei mit Aufnahmen fertiger Brücken. Schließlich wird auch Beiwerk wie Wallanschüttungen, Straßenbegrünung und Versorgungseinrichtungen wie Tankstellen und Straßenmeistereien behandelt.

„Sie bauten die Autobahn im Deutschen Reich" ist alles andere als eine kritische, distanzierte oder auch nur nüchterne Auseinandersetzung mit dem wohl prominentesten Teil der nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungs- und Infrastrukturpolitik. Eher ist es eine der Verherrlichung des „Gesamtkunstwerkes" Reichsautobahn dienende Dokumentation. Beinahe könnte man meinen, die Filmemacher hätten zum Ziel gehabt, daß man über ihr Produkt einmal sagen könnte, was sie über die Reichsautobahn sagen: „Es sucht in seiner vollendeten Harmonie und zeitlosen Schönheit bis heute seinesgleichen." **M. Ruoff**

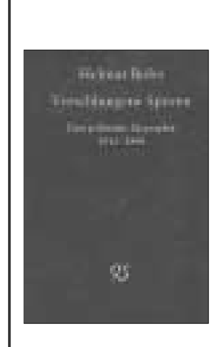
***„Sie bauten die Autobahn im Deutschen Reich"**, VHS-Video, 15,95 Euro*

Falsches Idol

Hitleranhänger erinnert

Er war ein überzeugter Nationalsozialist und hat nie einen Hehl daraus gemacht. 1914 geboren war Helmut Bohn schon als Gymnasiast ein Anhänger Hitlers. „... damit Deutschland wieder groß wird und auch der Arbeiter ein Vaterland hat", so begründete er seine Begeisterung für den Führer und stritt sich enthusiastisch mit kommunistischen Mitschülern. Sein Engagement ließ ihn beruflich zum Chefredakteur der nationalsozialistischen Zeitung *Ruhrarbeiter* aufsteigen. Als der Krieg begann, war sein Unmut über seine körperliche Untauglichkeit zum Soldaten, groß, doch 1943 stellte das Reich dann geringere Ansprüche an die Gesundheit seiner Soldaten, und Bohn durfte endlich in den Krieg. Doch die allmählich aufkommenden Zweifel an der Richtigkeit des nationalsozialistischen Handelns wurden hier nur verstärkt und dem Hitleranhänger wurde langsam bewußt, für wen er jahrelang Propaganda gemacht hatte. Als er 1949 aus russischer Gefangenschaft heimkehrt, steht er plötzlich vor einer anderen Welt und versucht mit all seiner Kraft, Lehren aus den Fehlern der Vergangenheit zum Wohle der neuen Bundesrepublik zu ziehen.

Die auf Tagebucheintragungen und Briefen basierende Biographie des späteren Geschäftsführers des inzwischen nicht mehr existierenden Markus-Verlages beschreibt offen den Weg eines von Idealen getriebenen Mannes im Wechsel der verschiedenen ideologischen Systeme des 20. Jahrhunderts. **R. B.**



***Helmut Bohn: „Verschlungene Spuren – Eine politische Biographie 1914–1998"**, Edition Antaios, Dresden 2003, geb., 411 Seiten, 23,80 Euro*

Lenor, Hakle und 4711

Handbuch klärt auf, wem welche Firmen gehören



Häufig liest man in den Wirtschaftsteilen unserer Zeitungen, daß wieder einmal namhafte Firmen fusioniert haben, daß bekannte Markennamen von einem Unternehmen ins andere wandern, daß US-Firmen deutsche Konkurrenz schlucken, daß deutsche Unternehmen ins Ausland abwandern. Kaum jemand, der sich nicht intensiv mit Wirtschaftspolitik beschäftigt, kann den Überblick behalten. Da ist ein soeben erschienenes „Handbuch Deutsche Wirtschaft" hilfreich, das von der wissenschaftlichen Stiftung „Unser Land" herausgegeben ist und als dessen Autor Alfred Mechtersheimer zeichnet. Auf fast 800 Seiten sind mehr als 4.000 Firmen verzeichnet, mit allen wichtigen Angaben über die Besitzverhältnisse, über die von ihnen produzierten oder vertriebenen Artikel, über Besonderheiten und auch über ihre Geschichte. Amüsant, daß zum Beispiel das als führendes Modekaufhaus in Europa geltende Unternehmen C&A Mode Deutschland KG, eine Tochter von C&A Europe aus Belgien, seine vor der Öffentlichkeit weitgehend geheimgehaltene Geschäftspolitik damit begründet, daß nämlich die seit dem 17. Jahrhundert mit Textilien handelnde Familie Brenninkmeijer aus dem Münsterland zu den Wanderhändlern, damals „Tödden" genannt, gehörte, die als geheimbündlerisch und streng katholisch beschrieben werden und sich sogar mit einer Geheimsprache verständigten.

Wo wirtschaftliche Macht wächst, da wächst auch der politische Einfluß. So ist es nicht belanglos, daß US-Großkonzerne deutsche Firmen im Laufe der Zeit aufkaufen. So gehören heute zum US-Konzern Procter & Gamble aus Cincinnati nicht nur die Produkte Pampers und Ariel, sondern auch Lenor, das Klopapier Hakle, alle Blendax-Erzeugnisse, Meister Proper, aber auch Arzneimittel, Impfstoffe, die Wella-Produkte sowie das Traditionsunternehmen in der Kölner Glockengasse 4711. Sogar die urdeutsch klingenden Havelland Fruchtsäfte sprudeln aus der amerikanischen Quelle.

Alles das und noch viel mehr erfährt man aus dem „Handbuch Deutsche Wirtschaft", zum Beispiel auch manches über die Strategien, die Aldi Nord oHG und Aldi Süd oHG zum größten deutschen Lebensmittel-Discount-Geschäft gemacht haben, und welche Markenprodukte hinter den von ihnen vertriebenen Waren stecken.

Beginnt man im Handbuch zu blättern, liest man sich bald fest, weil es weit mehr bietet als Bilanzzahlen und Umsatzprozente. **Hans-Joachim von Leesen**

***Alfred Mechtersheimer: „Handbuch Deutsche Wirtschaft – 2003/2004. Firmen, Marken, Hintergründe"**, Verlag Unser Land – Wissenschaftliche Stiftung für Deutschland e. V., Starnberg 2003, geb., 784 Seiten, 24,80 Euro*

Törichtes Ninive

Informative Zusammenfassung über das Reich der Assyrer

Entsetzen und Panik ergriffen Stadt und Land, sobald assyrische Soldaten heranrückten. Allen, die sich den Assyrern nicht bedingungslos beugten, drohte Tod oder Deportation. Mittels grausamster Gewalt errichteten die Assyrer in Vorderasien ein machtvolles Reich.

Um 600 v. Chr., nach mehr als 1.000 Jahren, verschwanden die Assyrer fast blitzartig von der Bühne der Geschichte und waren bald vergessen. Eva Cancik-Kirschbaum, Altorientalistin der Freien Universität Berlin, resümiert knapp und informativ assyrische Geschichte, die uns sehr fremdartig erscheint, worin aber gerade ihr Reiz verborgen liegt.

Erst seit dem 19. Jahrhundert, erläutert die Autorin, entdeckten europäische Forscher Assyrien neu. Archäologen fanden die Ruinen der Städte Ninive, Nimrud und Assur; britische und deutsche Wissenschaftler entzifferten die assyrische Keilschrift. Dennoch sei die Quellenbasis, die den Historikern zur Verfügung steht, immer noch sehr lückenhaft und dürr.

Im frühen 2. Jahrtausend konzentrierte sich um die Stadt Assur am Tigris ein Herrschaftsgebiet. Assyrische Kaufleute trieben Handel mit weit entfernten Regionen, etwa Kleinasien. Schamschi-Adad I. eroberte fremde Städte, bis das Reich nach kurzer Zeit zerfiel und Assur unter die Dominanz von Mittani geriet. König Tukulti-Ninurta I. forcierte im 13. Jahrhundert den zweiten Aufstieg Assyriens, aber wieder folgte eine Phase des Zerfalls. Aramäische Nomaden bedrohten das assyrische Kernland in Nordmesopotamien. Während des 9. und 8. Jahrhunderts stellten Könige wie Assurnasirpal II. und Tiglatpilesar III. den assyrischen Staat wieder her, der nun massiv expandierte.

Assyrische Könige regierten autokratisch; man betrachtete sie als Stellvertreter des Stadtgottes Assur. In seinem Auftrag führten sie Krieg. Die Provinzen des Reiches regierten oftmals Mitglieder der Königssippe, die sich bisweilen verselbständigten. Assur eroberte Territorien, um sie wirtschaftlich auszuplündern. Dies ermöglichte es, in den Residenzstädten der Assyrer große Bauten zu errichten wie Zikkurate und Königsgräber. Berühmtheit erlangte auch die Tontafel-Bibliothek des Assurbanipal in Ninive. Staatliche Palast und Tempelgüter prägten die ökonomische Struktur des Imperiums.

Akzeptierte ein besetztes Land die Hoheit der Herrscher vom Tigris, mußte es nur Tribute entrichten und behielt eine gewisse Selbstverwaltung. Wer sich jedoch widersetzte, dem erging es wie dem Reich von Urartu im 9. Jahrhundert. Der Assyrer Sargon II. berichtete hierüber: „Ihr Blut ließ ich die Spalten und Terrassen herabfließen, schlachtete sie wie Schafe." Die massenhafte Deportation von Menschen gilt als besondere „Spezialität" der Assyrer, doch sollte man nicht verkennen, daß andere altorientalische Reiche ähnliche Praktiken anwandten.

Gegen Ende des 7. Jahrhunderts beherrschten die Assyrer fast ganz Vorderasien – vom östlichen Mittelmeer bis zum Persischen Golf. Damit überschätzten sie allerdings ihre Kräfte, ein Fehler, den viele Imperien begingen. Gewalt und Terror hatten das Reich der Assyrer geschaffen und richteten es nun zugrunde. Es gelang den Assyrern nicht, die unterworfenen Gebiete zu integrieren. Das geknechtete Babylon verbündete sich mit dem Volk der Meder, und Assyrien wurde binnen weniger Jahre restlos vernichtet. Den Assyrern verdanken wir die zeitlos gültige Erkenntnis des Phokylides von Milet: „Eine Stadt, auf einer Anhöhe gelegen, wohlgeordnet, klein, ist besser als das törichte Ninive." **R. Helfert**

***Eva Cancik-Kirschbaum: „Die Assyrer. Geschichte, Gesellschaft, Kultur"**, Verlag C. H. Beck, München 2003, 128 Seiten, 7,90 Euro*

Absolut verwirrend

Über 1.000 Jahre deutsche Geschichte in zehn Kapiteln

Unser Heimatland heißt Deutschland, aber wie lange gibt es dieses eigentlich, woher hat es seinen Namen? Das Deutschland der vielen Gesichter will der Wiener Autor Günter Steinbach seinen Lesern in seinem Buch „Europas unruhiges Herz – Die zehn wichtigsten Stationen der deutschen Geschichte" näherbringen. Hierbei beginnt er bei Otto dem Großen, um sich dann allmählich über das Heilige Römische Reich Deutscher Nation Richtung Deutschen Bund, Deutsches Reich und Drittes Reich zur nahen Vergangenheit vorzubewegen. Ob er hierbei wirklich die zehn wichtigsten Ereignisse auswählt, mag mancher in Frage stellen – schließlich ist in den über 1.000 Jahren, die er behandelt, doch so einiges geschehen.

Seine Absicht, einen klaren Überblick zu schaffen, ist ihm jedenfalls nicht sonderlich geglückt. Seine Entscheidung, jedes der Kapitel mit einem szenischen Einstieg zu beginnen, ist zwar gelungen, doch sein Versuch, über die jeweilige Vorgeschichte im nachhinein umfassend aufzuklären, scheitert aufgrund einer den durchschnittlich vorgebildeten Leser überfordernden Fülle von Informationen. Generationen von Herrschern werden da in wenigen Zeilen abgehandelt. Hier wären nebengedruckte Stammtafeln und Übersichtskarten durchaus hilfreich gewesen, doch leider wird der Leser hier ziemlich alleine gelassen.

Der beabsichtigte Versuch, „Geschichte hautnah spürbar zu machen", endet leider in großer Verwirrung. **R. Bellano**



***Günter Steinbach: „Europas unruhiges Herz – Die zehn wichtigsten Stationen der deutschen Geschichte"**, Ueberreuter, Wien 2003, geb., 224 Seiten, 19,95 Euro*



Ruth Geede, herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

PREUSSISCHER MEDIENDIENST



Agnes Miegel liest aus eigenen Dichtungen

Lieder und Balladen der Heimat

Ostpreußen – Es war ein Land …

Geläut der Silberglocke des Königsberger Doms / Es war ein Land (aus: Stimme der Heimat) / Land der dunklen Wälder / Sonnenwendreigen (aus: Ostland) / Reiter schmuck und fein / Mainacht (aus: Stimme des Herzens) / So seht mal an mein rosa Kleid / Anke von Tharau / De Oadebar / Zogen einst fünf wilde Schwäne u.v.m.

CD **13,00 €** MC **11,00 €**



Der fröhliche Ostpreuße – Lustige Geschichten und Lieder

Es singen: Vera Brunschede, H. Tilsner und die „Elbinger Spatzen“, es musizieren: Die „Lustigen Pillkaller“, und es schabbert: Heinz Wald.

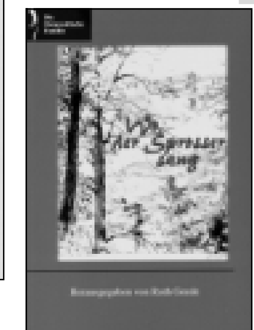
CD **12,95 €**

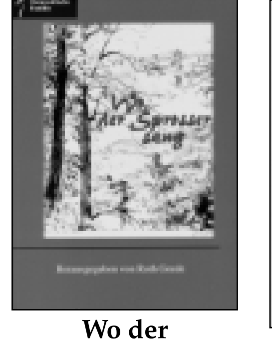


Kurische Legende
Erzählungen aus dem nördlichen Ostpreußen
TB, 128 S. **10,20 €**



Das Bernsteinkettchen
Fröhliche Kindertage im alten Ostpreußen
Erzählungen und Gedichte
TB, 128 S. **10,20 €**





Wo der Sprosser sang
34 Erzählungen und Gedichte aus Ostpreußen
TB, 128 S. **10,20 €**



Der Wiesenblumenstrauß
Ein Gebinde heiterer Geschichten, das den Duft der unvergessenen Heimat ausströmt.
Geb., 168 S. **12,70 €**

Ostpreußische Hochzeitsgeschichten
Herausgegeben von Ruth Geede
Eine Sammlung der schönsten und ausgefallensten Hochzeitsgeschichten ostpreußischer Autoren.
Geb., 142 S. **8,60 €**

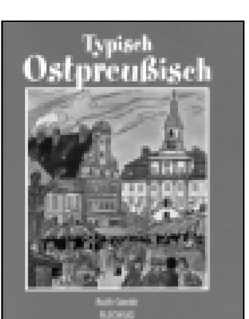




Märchen aus dem Bernsteinland
Gesammelt und erzählt von Ruth Geede
Uralte Märchen, die in den Spinnstuben erzählt und von Generation zu Generation weitergegeben wurden.
CD **14,30 €**



Oder als Musikkassette:
Ruth Geede liest ihre Geschichten und Gedichte
10,20 €



Typisch Ostpreußisch
Die Autorin stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern, in Sprüchen und Kochrezepten vor, was das Land und seine Menschen prägt und so liebenswert macht.
Geb., 200 S. **7,95 €**

Becker / Dirsch / Winckler
Die 68er und ihre Gegner
Der Widerstand gegen die Kulturrevolution
Dieses Buch ermöglicht eine Annäherung aus konservativer Sicht und ist somit ein interessanter Gegenpol zur Ausrichtung der 68er Bewegung.
Geb., 252 S. **19,90 €**



Oster, Uwe A.
Der preußische Apoll
Prinz Louis Ferdinand von Preußen
Ein Liebling der Frauen – und vergöttertes Vorbild für seine Soldaten. Die Legende machte aus Louis Ferdinand einen Helden – und vergaß den Menschen dahinter.
Geb., 304 S. **24,90 €**



Angela Merkel
im Gespräch mit Hugo Müller-Vogg
Angela Merkel – Mein Weg
Eine Positionsbestimmung – persönlich und politisch. Vor 14 Jahren war sie eine unbekannte Physikerin an der Ost-Berliner Akademie der Wissenschaften. Heute ist Angela Merkel politisch die mächtigste Frau, die es in Deutschland je gab: Parteivorsitzende, Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag – und vielleicht im Jahr 2006 die erste deutsche Kanzlerkandidatin.
Geb., 250 S. **19,90 €**

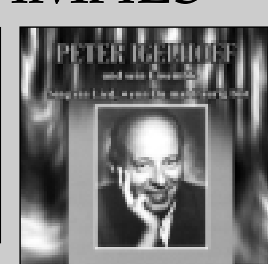
MUSIK VON DAMALS



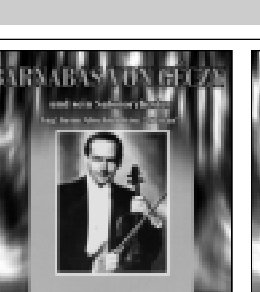
Salonmusik
Wien bleibt Wien, Ein Liebestraum, Nordische Träume, Träumerei, Poème, Schön Rosmarin, Plaisir d'Amour und viele mehr
2 CDs mit 36 Melodien, intoniert von bekannten Salonorchestern nur **9,99 €**



Die Goldenen Schlager der 30'er Jahre
Willy Fritsch, Lilian Harvey, Hans Albers, Zarah Leander, Any Ondra, Rudi Schuricke, Marika Rökk, Willy Forst, Lizzi Waldmüller, Comedian Harmonists und viele andere.
2 CDs mit 34 berühmten Schlagern nur **9,99 €**



Peter Igelhoff und sein Ensemble
Sing ein Lied, wenn Du mal traurig bist.
24 bekannte Melodien
CD nur **7,95 €**



Sag' beim Abschied leise Servus
Barnabas von Géczy und sein Salonorchester
21 Titel
CD nur **7,95 €**

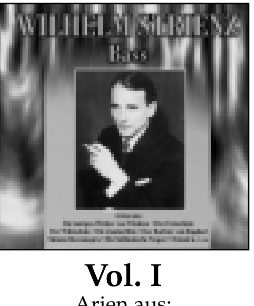


Willy Forst
Durch dich wird diese Welt erst schön, Mein Mädel ist nur eine Verkäuferin, Unter einem Regenschirm am Abend, Gnädige Frau, wo waren sie gestern, Wir zahlen keine Miete mehr, Sag' beim Abschied leise Servus u.v.a.
18 unvergessene Lieder
CD nur **7,99 €**

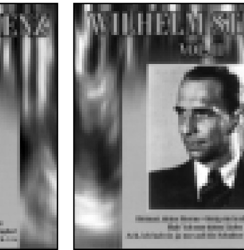


Nostalgische Kostbarkeiten
Heinz Rühmann, Hans Albers & Marika Rökk
Die schönsten Lieder dieser großen Stars
38 Melodien
3 CDs nur **11,99 €**

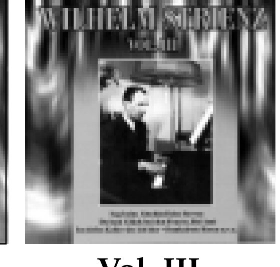
Wilhelm Strienz



Vol. I
Arien aus: Die lustigen Weiber von Windsor, Der Freischütz, Der Wildschütz, Die Zauberflöte, Der Barbier von Bagdad, Simone Boccanegra, Die sizilianische Vesper, Ernani u.v.a.



Vol. II
Heimat, deine Sterne, Steig ein in die Gondel, Hab' ich nur deine Liebe, Ach, ich hab sie ja nur auf die Schulter geküßt u.v.a.



Vol. III
Sag beim Abschied leise Servus, Du hast Glück bei den Frau'n, Bel Ami, Im tiefen Keller sitz ich hier, Dunkelrote Rosen u.v.a.

Jede CD nur 7,99 €
Alle 3 CDs zusammen für nur 19,99 €

ZUM KANT-JAHR

Grondin, Jean
Kant zur Einführung
Der Autor gibt einen Überblick über das Gesamtwerk Kants. Diese Einführung mißt Kants Philosophie an ihrem eigenen Selbstverständnis und betont die Aktualität des Konzepts von Freiheit als Selbstgesetzgebung.
TB, 158 S. **11,50 €**

Schultz, Uwe
Immanuel Kant
Eine Monographie, die Kants geordneten Lebensweg und die kühl-revolutionäre Kraft seiner kritischen Philosophie vergegenwärtigt.
TB, 186 S., viele, z. T. farbige Abb.
8,50 €

Höffe, Otfried
Kants Kritik der reinen Vernunft – Die Grundlegung der modernen Philosophie.
Der Autor unternimmt es, Kants Kritik der reinen Vernunft neu zu lesen, sie historisch und systematisch auszudeuten und sie auf gegenwärtige philosophische Fragestellungen hin zu beziehen.
Geb., 378 S.
24,90 €

Kühn, Manfred
Kant – Eine Biographie
Manfred Kühns Biographie ist eine der besten, wenn nicht die beste Biographie über das „manelchen“. Kühn schreibt mit enormem Detailwissen und gleichzeitig gut verständlich ... Seine Ausführungen werden selbst dem kritischsten „Antiphilosophen“ Immanuel Kant näher bringen. Geb., 639 S. **29,90 €**

Geier, Manfred
Kants Welt
Das Buch ist eine gelungene Darstellung der Einheit von Kants Leben und Werk. Schwerpunktmäßig beleuchtet der Autor Kants Verstrickung in den Hintergrund seiner Zeit (Naturwissenschaft, Auseinandersetzung mit Swedenborg, Aufklärung, Frz. Revolution ...).
Geb., 349 S. **24,90 €**

Das Buch zur aktuellen ZDF-Dokumentation

sternflüstern

Das Sibirien-Abenteuer



Zwei deutsche Familien haben sich auf das Wagnis Sibirien eingelassen. Sie wollen erleben, was es heißt, ohne den gewohnten Komfort in einem kleinen Dorf am Baikalsee unter Einheimischen zu leben.

TB, 254 S. **12,00 €**

Kant, Immanuel
Die drei Kritiken



Anläßlich des 200. Todestages des berühmten Königsberger Philosophen erscheint im Meinerverlag diese Sonderausgabe der drei Kritiken. Die drei Bände „Kritik der reinen Vernunft“, „Kritik der praktischen Vernunft“, „Kritik der Urteilskraft“ sind seiten- und textidentisch mit den Einzelausgaben in der Philosophischen Bibliothek von Meiner. Es handelt sich dabei um hervorragende Ausgaben, die sich seit Jahren im Kantstudium bewährt haben.

TB, 3 Bände **19,80 €**

Bitte Bestellschein ausfüllen und senden an: **PREUSSISCHER MEDIENDIENST**
Parkallee 86 · 20144 Hamburg · Telefax 040 / 41 40 08 58 · Telefon 040 / 41 40 08 27
E-Mail: info@preussischer-mediendienst.de · Internet: www.preussischer-mediendienst.de

Menge	Titel	Preis

Lieferung gegen Rechnung, Versandkostenpauschale € 4,– / Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, CDs, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Vorname: ____________ Name: ____________

Straße, Nr.: ____________

PLZ, Ort: ____________ Telefon: ____________

Ort, Datum: ____________ Unterschrift: ____________

7/2004

Quer durchs Beet

EU: Seuchengefahr durch Erweiterung

Die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen befürchtet für die Zeit nach der EU-Osterweiterung nicht nur eine drastische Zunahme des illegalen Rauschmittel-Imports in die bisherigen EU-Staaten. Auch bestehe die Gefahr, daß sich Krankheiten wie Tuberkulose, Aids und Syphilis in nicht oder lange nicht mehr gekannten Dimensionen ausbreiteten, so die in Lissabon ansässige EU-Behörde. Überträger der Infektionen seien vor allem (oft drogensüchtige) Prostituierte aus dem Osten und Sex-Touristen aus West- und Mitteleuropa, die ab dem 1. Mai die Grenzen frei passieren können.

Muslimischer Pate für Belgiens Louise

Die am vorvergangenen Freitag geborene Tochter des belgischen Prinzen Laurent, Louise Sophie Mary, soll einen muslimischen Taufpaten bekommen. Dies teilte der Prinz am Montag der Presse mit. Die belgische Bischofskonferenz erklärte sich einverstanden, da nur ein Pate katholisch sein müsse. Vor allem in den Metropolen Brüssel und Antwerpen dominieren Moslems bereits große Teile des städtischen Lebens in Belgien.

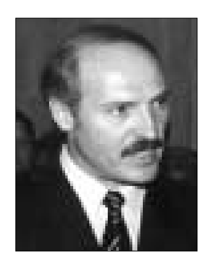
Personalien

BA-Chef Weise: Mann des Apparats



Es war eine weitere Schlappe für den Bundeskanzler, die im Getöse um seinen Rücktritt als SPD-Chef fast unterging: Kenner der Szene betiteln den neuen Präsidenten der Bundesagentur für Arbeit (BA), **Frank-Jürgen Weise**, als „Verlegenheitslösung“. Schröder wollte einen profilierten Wirtschaftskapitän an die Spitze der BA bringen, doch keiner fand sich bereit. CDU-Mitglied Weise gilt als Mann des Apparats sowie als eine Hauptfigur des Filzes von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften an der Spitze der Nürnberger Anstalt – und daher als Gegner des reformeifrigen Ex-BA-Chefs Florian Gerster, dessen Sturz er gemeinsam mit DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer vorbereitet haben soll. Als Finanzvorstand sei Weise selbst tief in die umstrittenen Beraterverträge verstrickt und habe, so heißt es, Entlastungsmaterial für Gerster sogar bewußt zurückgehalten. Reformen würden mit Weise noch schwieriger.

Weißrußland: Der Raubritter Europas



Der letzte Diktator Europas, Weißrußlands **Alexander Lukaschenko**, plündert nach Medienberichten immer unverschämter in oder durch sein Land reisende Ausländer aus, um seine Kasse zu füllen. Nach einem Bericht der *Frankfurter Allgemeinen* werden willkürlich neuwertige Autos und andere hochwertige Waren vom weißrussischen Zoll beschlagnahmt und dann gewinnbringend verkauft. Die Erlöse aus dem dreisten Raubzug trügen bereits 30 Prozent zum Staatshaushalt bei. Proteste etlicher Nachbarn, auch Deutschlands, haben an den Zuständen bislang nichts geändert.



»Wollt' ich in den Reichstag geh'n / wollte Mehrheit sichern / stand ein bucklig Männlein da / fing gleich an zu kichern« Zeichnung: Götz Wiedenroth

Nur die Besten

... oder: Wozu wir Benneter brauchen / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Endlich hat Kanzler Schröder seine eitlen Brioni-Anzüge essen müssen und ist im hohen Bogen aus dem Partei-Chefsessel geflogen. Nachfolger Müntefering konnte sich vor Freude über seinen Aufstieg kaum einkriegen. Nur Papst sein sei schöner als SPD-Vorsitzender, flötete der Glückliche in die Kameras. Er muß dabei an die Zeit der Reformation gedacht haben, als dem Heiligen Stuhl gerade ein Bistum nach dem anderen auseinanderflog. In den SPD-Landesverbänden ist der Glaubenskrieg jedenfalls voll entbrannt: Überall schichten die roten Häscher ihre Scheiterhaufen auf und machen Listen von denen, die brennen sollen.

Als erste kommen die dran, denen man schon immer ans Zeug wollte: Unternehmer, „Reiche“ und andere Idioten, die ihr Vermögen in Deutschland aufbewahren, statt es wie rot-grüne Spitzenpolitiker in der Toskana anzulegen: Ausbildungsplatzabgabe, Erbschaft- und Vermögensteuer machen nur den Anfang. Später sehen wir weiter. Die alte sozialistische Weisheit sagt: Damit das Volk Filz und Pfusch nicht krummnimmt, mußt du ihm kleine Geschenke machen, immerzu. Die holt man dort, wo noch Geld zu finden ist. Indes, was geschieht, wenn alles weggesteuert, gepfändet oder außer Landes geschmuggelt wurde? Wenn der Pöbel rebelliert, weil's nix mehr gibt und alles zusammenkracht? Keine Sorge, die Geschichte des Sozialismus hat für derlei Verlegenheiten einen Plan B in der Schublade: Panzer.

Erst vor diesem martialischen Hintergrund wird der Sinn der wundersamen Ernennung von Klaus Uwe Benneter zum neuen SPD-General (*Spiegel*: „Am Samstag hielten es viele noch für einen Witz“) erkennbar. Benneter war Schröders Vorgänger als Juso-Chef. Er mußte 1977 die Partei verlassen, weil er sie mit der DKP vermählen wollte – der westdeutschen Filiale der SED. Die Ostberliner Genossen hatten in den Fünfzigern ausgiebig studiert, welch fabelhafte Überzeugungskraft ein Panzerbataillon auf verbiesterte Querulanten ausübt. Kein Wunder also, daß Benneter die spießige Abgrenzung der SPD von den Kommunisten beenden wollte, was ihm damals leider nur auf Juso-Ebene gelungen war. 1983 holte Schröder seinen alten Freund zurück in die Partei, wissend: Den brauchen wir nochmal. Jetzt haben wir ihn. Wenn es soweit ist, kann er auf den reichen Erfahrungsschatz seiner SED-Freunde zurückgreifen. Allerdings ahnen die Genossen, daß es mit der jüngsten Umgruppierung an der Parteispitze nicht getan ist, und rufen nach einer Kabinettsumbildung.

Dafür ist es in der Tat höchste Zeit, schließlich ist Verteidigungsminister Struck unter dem Etikett „Bundeswehrreform“ im Begriff, nach und nach alles Material zu verschrotten, das man für die bewaffnete Kommunikation mit dem Volk nun einmal benötigt. Er gehört ausgewechselt. Nicht minder fehl am Platze ist Verkehrsminister „Mautfred“ Stolpe. Der wollte den Posten





Geschickt ins Programm gehievt: *SPD-Mirow in echt (links) und als Pro-7-Zeichentrickfigur „Milhouse“*

ja sowieso nicht, er hat ihn, wie er damals tapfer bekannte, nur „aus Verantwortung für die Sache“ übernommen. Die „Sache“ ist mittlerweile im Gelächter der ganzen Welt untergegangen, weshalb es für Stolpe eigentlich nichts mehr zu tun gibt. Seine Erfahrungen mit einem deutschen Geheimdienst, die ihm den Ehrentitel „IM Maut“ eingetragen haben, prädestinieren ihn statt dessen für einen weit verantwortungsträchtigeren Job: Geheimdienstbeauftragter. Daß Stolpe für das Gewerbe von Horch und Guck wie geschaffen ist, beweist auch die Tatsache, daß er Einzelheiten aus seinem Leben sogar dann noch eisern verschweigt, wenn sie sonst längst jeder weiß und hemmungslos herumplappert. Ein Profi eben.

Gerhard Schröder will es aber wohl erst einmal mit Bewährtem versuchen und verspricht einen „Neuanfang“. Das klingt beruhigend, mit Neuanfängen sind wir vertraut. Den ersten machte Schröder gleich mit Amtseinführung 1998. Im April 1999 trat überraschend der damalige Parteichef Lafontaine zurück. Schröder übernahm die Stelle selbst und verkündete einen „Neuanfang“. Im September desselben Jahres verpaßte die Landtagswahl an der Saar der SPD eine demütigende Niederlage. Schröder umschrieb die Bereitschaft zum Neuanfang mit den Worten „Wir haben verstanden“. Mitte 2001 zog das Chaos in der Regierungspolitik immer weitere Kreise, weshalb der Kanzler einen Neuanfang machte und ab nun die „Politik der ruhigen Hand“ verordnete – wer nichts macht, macht nichts falsch. Weitere Neuanfänge folgten nun in immer dichteren Abständen bis zur „Agenda“-Verkündung im April 2003. Danach wurde es etwas ruhiger. Bis letzte Woche. Das Tempo erhöht sich wieder, denn bald steht schon der nächste Neuanfang an: Der bevorstehende SPD-Parteitag wird die „Agenda 2010“ vermutlich weitgehend kassieren, um an die schönen Zeiten davor anzuknüpfen. Wie sagte Münte noch im Herbst 2002? „Der Staat muß eben mal richtig Geld in die Hand nehmen, um seine Aufgaben zu bewältigen!“

In Hamburg zittern die Genossen, ob der große Wurf für die dortigen Wahlen am 29. Februar nicht zu spät kommt. Gut, etwas heller sieht es ja schon aus. Nachdem sämtliche Umfragen die Roten an der Alster immer tiefer sinken sahen, erbarmte sich der NDR und gab eine in Auftrag, die die SPD wieder leicht im Plus verbuchte. Doch ob's hilft? Der SPD-Wahlkampf kommt selbst im eigentlich roten Hamburg nicht richtig auf Touren. Das, obwohl die Sozialdemokraten ihre Kampagne mit den modernsten Methoden des Marketings von langer Hand vorbereitet haben.

„Product placement“ nennen die Amis das, was früher als „Schleichwerbung“ verpönt war: Man hievt seine Ware klammheimlich ins normale Programm, statt die Werbung als solche zu kennzeichnen. So strahlt *Pro 7* seit Jahren eine Zeichentrickserie aus, in der unverkennbar das Ebenbild von SPD-Kandidat Thomas Mirow mit von der Partie ist. Die Sendung heißt „Die Simpsons“ und läuft wochentäglich ab 18.55 Uhr. Der beste Freund von Hauptfigur Bart, der kleine Milhouse, ist Mirow wie aus dem Gesicht geschnitten, samt Brille, Seitenscheitel und treudoof-linkischem Blick. Auch sonst ist alles wie beim SPD-Kandidaten: Milhouse ist ein Streber ohne eigene Ausstrahlung, er wäre gern so ein Radaubruder wie Bart, ist dafür aber leider zu feige. Manchmal rebelliert Milhouse zaghaft, doch die unbeholfenen Wutausbrüche sind selten und enden mit schlechtem Gewissen, weil er es eigentlichen allen recht machen will. Ob ihm das in Hamburg gelingt? ■

Zitate

Der **Politikwissenschaftler Franz Walter** *sieht den designierten SPD-Vorsitzenden* **Franz Müntefering** *schon jetzt* **auf verlorenem Posten**. *Er schreibt in der* Süddeutschen Zeitung *vom 9. Februar:*

„Eigentlich kann der Mann nur scheitern. Denn drei Aufgaben müßte Müntefering zugleich lösen. Er muß die Sozialdemokraten regierungs- und zukunftsfähig halten; er muß ihr heftiges Identitätsverlangen stillen; und er muß ihre abtrünnigen Wähler zurückholen. Doch all diese drei Aufgaben stehen in einem heftigen Kontrast zueinander. Und überdies: für alle drei Aufgaben ist Müntefering im Grunde gar nicht der richtige Mann.“

Die Nürnberger Nachrichten *vom 9. Februar sehen die* **Gefahren** *der neuen Arbeitsteilung eher auf der Seite von Kanzler* **Schröder**:

„Wenn beide (Schröder und Müntefering) wirklich derart stark an einem Strang ziehen – weshalb braucht es dann den Wechsel an der Spitze überhaupt? Wenn Müntefering aber andere Akzente setzen sollte als Schröder, dann wird es rasch gefährlich – und zwar für den Kanzler.“

Oskar Lafontaine, *Schröders Vorgänger im SPD-Vorsitz (1995 bis 1999),* **wettert** *gegen die gesamte* **Führungsriege der Sozialdemokraten**:

„Eine Partei, die bei solch verheerenden Ergebnissen ihre Politik nicht ändert, gibt sich auf ... Eine ganze Generation von Funktionären in Bund, Ländern und Gemeinden sieht zu, wie ihre einst so stolze Partei zerfällt.“

Die Frankfurter Allgemeine *vom 10. Februar spekuliert bereits über einen möglichen* **Sturz Schröders** *durch die SPD mit anschließender* **Großer Koalition** *Müntefering/Merkel, da Schwarze und Rote ohnehin gut zusammenpaßten:*

„SPD und Union, die nicht nur an ihrem Wert, sondern auch an ihrem (eigenen) Verstand zweifeln, haben sich bei Unternehmensberatern geliehen, was sie dafür halten. Den Kurs, den Müntefering seit dem vergangenen Sommer nach seiner 180-Grad-Wende vom Systembetonkopf zum Reformbetonkopf verficht, ist mit dem der Opposition kompatibel, da er aus demselben Mischer kommt.“

Einen hübschen **Freudschen Versprecher** *leistete sich* **Sabine Christiansen** *bei ihrer ARD-Gesprächsrunde vom 8. Februar. An die Grünen-Fraktionschefin* **Katrin Göring-Eckardt** *gerichtet fragte sie:*

„Nun fordern die Gören ... die Grünen, der Reformprozeß dürfe nicht gestoppt werden ...“

Einzahl und Mehrzahl

Zusammensetzung ist Manie
im deutschen Sprachgeschehen,
doch meistens schafft man's irgendwie,
die Regeln zu verstehen:

So heißt es logisch Rinderpest –
ein Rind kriegt's nie alleine.
Auch Schweinepest, soviel steht fest,
erfaßt in Mehrzahl Schweine.

Desgleichen wird kein Einzelhuhn
von Hühnerpest befallen,
und waren Hasen nicht immun,
gibt's Hasenpest bei allen.

Nur Vögel sind im Singular
von Vogelpest betroffen!
Wieso? Man kann es ahnen zwar,
doch laß ich's lieber offen.

Pannonicus